

**Die Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen nach dem
bayerischen Stiftungsgesetz vom 26. November 1954
unter besonderer Berücksichtigung des Artikels 39
des Stiftungsgesetzes**

von

Dr. jur. Helmut Stolba

1957

**Die Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen nach dem
bayerischen Stiftungsgesetz vom 26. November 1954
unter besonderer Berücksichtigung des Artikels 39
des Stiftungsgesetzes**

von

Dr. jur. Helmut Stolba



Vorwort

Die Arbeit hat der Juristischen Fakultät Erlangen als Dissertation vorgelegen. Das Manuskript wurde im Mai 1956 abgeschlossen. Der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wohltätigkeits-, Erziehungs- und Kultusstiftungen, dem Bischöflichen Ordinariat Würzburg und dem Evang.-Luth. Landeskirchenrat in München bin ich für die Gewährung von Druckzuschüssen zu Dank verpflichtet.

Mein besonderer Dank gilt meinem Lehrer Herrn Professor Dr. D. Liermann, Herrn Domkapitular Dr. Brander, Herrn Oberkirchenrat Dr. Vischer und Herrn Professor Dr. Joseph Mayer, die durch ihre großmütige Unterstützung viel zum Gelingen der Arbeit beigetragen haben.

Erlangen, im Januar 1957

Helmut Stolba

Inhaltsübersicht

Vorwort	3
Einleitung	
Ziele und Grundgedanken des Stiftungsgesetzes	6
Grundlegung	
1. Der Stiftungsbegriff	7
2. Die Einteilung der Stiftungen	8
3. Entstehung und Erlöschen der Stiftungen	8
4. Die Stiftungssatzung	9
5. Die wesentlichsten Grundsätze der Stiftungsverwaltung	9
6. Die Stiftungsaufsicht	10
1. Hauptteil	
Begriff und Hauptarten kirchlicher Stiftungen	11
1. Kapitel	
Der Begriff der kirchlichen Stiftungen nach Art. 36 des Stiftungs-	
gesetzes	11
1. Die gesetzliche Regelung	11
2. Die Auslegung des Art. 36 StiftG.	11
a) Die enge Auslegung der Gesetzesbegründung	11
b) Die weite Auslegung	12
2. Kapitel	
Die Hauptarten kirchlicher Stiftungen und ihre Rechtsnatur	16
2. Hauptteil	
Die Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen bis zum bayerischen	
Stiftungsgesetz	18
3. Kapitel	
Die kirchlichen Stiftungen bis zum Verfassungsumbruch von 1919	18
4. Kapitel	
Das Schicksal der kirchlichen Stiftungen seit der Weimarer Reichs-	
verfassung bis zum Stiftungsgesetz	22
1. Die Bedeutung des Art. 137 Abs. 3 WV für die kirchlichen Stiftungen	22
2. Die Problematik des § 25 der Bayerischen Verfassungsurkunde	
vom 14. August 1919	27
3. Die Bayerische Verfassung von 1946 und das Bonner Grundgesetz	
von 1949	30
3. Hauptteil	
Die neue Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen nach der staatlichen	
und kirchlichen Gesetzgebung	33
5. Kapitel	
Die Rechtsstellung der Stiftungen der Evang.-Lutherischen Kirche	
in Bayern	33
1. Die staatliche und kirchliche Stiftungsgesetzgebung	33
2. Der Kreis der evangelischen Stiftungen	34

3. Der Einfluß der staatlichen Gesetzgebung auf die Rechtsstellung der evangelischen Stiftungen	35
4. Die Obhutspflicht der Evangelisch-Lutherischen Kirche	40
5. Die genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäfte der evangelischen Stiftungen	45
6. Das beschränkte Oberaufsichtsrecht des Staates	48
7. Besonderheiten des ortskirchlichen und Pfründestiftungsvermögens der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bezug auf Sitz, Zweck, Vertretung, Verwaltung und Beaufsichtigung	51
A. Die ortskirchlichen Stiftungen	51
1. Der Sitz	51
2. Der Zweck	52
3. Die Vertretung	52
4. Die Verwaltung	53
5. Die Beaufsichtigung	55
B. Die Pfründestiftungen	56
1. Sitz und Zweck	56
2. Vertretung der Pfründestiftung	56
3. Verwaltung	57
4. Beaufsichtigung	58
6. Kapitel	
Die Rechtsstellung der Stiftungen der Evang.-Reformierten Kirche	58
7. Kapitel	
Die Rechtsstellung der Stiftungen der Katholischen Kirche in Bayern	61
1. Die innerkirchliche Gesetzgebung	61
2. Der Kreis der katholischen Stiftungen nach dem CIC	62
3. Entstehung, Verwaltung und Erlöschen katholischer Stiftungen nach dem Stiftungsgesetz und dem CIC	63
4. Die Obhutspflicht der Katholischen Kirche	65
5. Besonderheiten der ortskirchlichen Stiftungen, der Pfründestiftungen und der Unterrichts- und Wohltätigkeitsstiftungen der Katholischen Kirche in Bezug auf Sitz, Zweck, Vertretung, Verwaltung und Beaufsichtigung	67
A. Die ortskirchlichen Stiftungen	67
1. Sitz und Zweck	67
2. Vertretung und Verwaltung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens	69
3. Beaufsichtigung ortskirchlicher Stiftungen	70
B. Die Pfründestiftungen	71
1. Allgemeines	71
2. Vertretung und Verwaltung	72
3. Beaufsichtigung	74
C. Die Unterrichts- und Wohltätigkeitsstiftungen der kath. Kirche	76
1. Allgemeines	76
2. Vertretung und Verwaltung	77
3. Aufsicht	77
Schlußwort	77
Schrifttumsverzeichnis	79

EINLEITUNG

Ziele und Gedanken des Stiftungsgesetzes

Am 1. Januar 1955 ist in Bayern das staatliche Stiftungsgesetz vom 26. November 1954¹ in Kraft getreten.

Das Gesetz macht es sich zur Aufgabe, die bestehenden Stiftungen zu erhalten und die Errichtung neuer Stiftungen zu fördern². Schon wegen dieser Ziele mußte es eine zusammenfassende Kodifizierung des bayerischen Stiftungsrechts bringen und mit dem bisherigen Rechtszustand gründlich aufräumen.

Durch das Stiftungsgesetz wurde eine große juristische Flurbereinigung vorgenommen. Das ganze bisher in Bayern geltende Stiftungsrecht ist zusammengefaßt und die zahllosen, unübersichtlichen und schwer auffindbaren Gesetze und Verordnungen, die früher mit dieser Materie befaßt waren und sie beispiellos zersplittert haben, sind aufgehoben worden³.

Neben dieser umfassenden Kodifikation des bayerischen Stiftungsrechts, die das Gesetz gegenüber dem früheren Rechtszustand ausgesprochen modern erscheinen läßt, zeichnet sich aber das Stiftungsgesetz noch durch drei große Grundgedanken aus: Durch eine Reform der staatlichen Stiftungsaufsicht, für die das Gesetz den Begriff der Obhutspflicht geprägt hat, durch die besondere Stellung der kommunalen Stiftungen und schließlich durch die Anpassung der Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen an die gegenwärtige staatskirchenrechtliche Lage, wie sie sich seit der Weimarer Reichsverfassung, dem Grundgesetz und den Bayerischen Verfassungen von 1919 und 1946 entwickelt hat.

Man wird nicht zu viel behaupten, wenn man das Stiftungsgesetz als einen Markstein in der Geschichte des kirchlichen Vermögensrechtes anspricht, denn das Gesetz hat die kirchlichen Stiftungen auf eine neue Grundlage gestellt, die dem Standpunkt der kirchlichen Autonomie und Selbstverwaltung in vollem Umfang gerecht wird.

Das beweisen die Artikel 38 und 39 des Stiftungsgesetzes. Nach Art. 38 obliegt den Kirchen und nicht wie bisher dem Staat die Obhutspflicht und Stiftungsaufsicht über die kirchlichen Stiftungen. Der Staat hat sich lediglich ein beschränktes Oberaufsichtsrecht vorbehalten. Der Organisationsgewalt der Kirchen Rechnung tragend,

1) GVBl. S. 301.

2) Vgl. Amtliche Begründung des Regierungsentwurfs (im folgenden kurz Gesetzesbegründung genannt) in: Drucksachen d. Bayer. Landtags der IV. Tagung 1953/54, Bd. VII: Beilage 5560 (Vorlage d. Ges. Entwurfs mit Begründung durch die Staatsregierung an den Landtag v. 21. 5. 54, S. 9).

3) Vgl. allein den Katalog der aufgehobenen Gesetze und Verordnungen in Art. 50 d. Stiftungsgesetzes (StiftG.).

gibt Art. 39 für die Kirchen die Anregung, „allgemeine Vorschriften über Namen, Sitz, Zweck, Vertretung, Verwaltung und Beaufsichtigung kirchlicher Stiftungen“ zu erlassen und erklärt den Erlaß solcher Vorschriften ausdrücklich als „Aufgabe der Kirche“. Entsprechend den jeder Selbstverwaltung innerhalb des Staatsbereichs gezogenen Schranken durch die für alle geltenden Gesetze steht dem Staat jetzt nur noch das Recht zu, die allgemeinen kirchlichen Stiftungsvorschriften daraufhin zu überprüfen. Diesem staatlichen Recht wird entsprochen durch die gesetzliche Vorschrift des Art. 39, die allgemeinen kirchlichen Stiftungsvorschriften spätestens vier Wochen vor ihrem Inkrafttreten dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus vorzulegen. Erhebt das Ministerium innerhalb dieser Frist keine Erinnerung, so bedeutet dies, daß diese Vorschriften mit den für alle geltenden Gesetzen vereinbar sind.

In dieser Arbeit soll versucht werden, nach grundlegenden dogmatischen und geschichtlichen Betrachtungen die neue Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen, wie sie sich aus dem Stiftungsgesetz und der kirchlichen Gesetzgebung, im Zusammenwirken von staatlichem und kirchlichem Recht, ergibt, im einzelnen darzulegen.

Da sich aber die kirchliche Gesetzgebung zur Zeit auf die notwendigsten Übergangsvorschriften beschränkt und bis jetzt noch keine abschließende kirchliche Regelung zu Art. 39 StiftG. besteht, kann auch von dieser Arbeit noch keine vollständige Darstellung der neuen Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen erwartet werden.

GRUNDLEGUNG

1. Der Stiftungsbegriff

Im landläufigen Sinn bedeutet das Wort Stiftung eine Vermögenswidmung für einen bestimmten Zweck.

Juristisch bedeutet es mehr, nämlich einen Vermögensbegriff, der dem Willen des Stifters entsprechend selbständig gestellt ist und für einen bestimmten Zweck verwaltet wird. Hier ist aber noch zu unterscheiden, ob die Vermögenszuwendung an einen schon bestehenden Rechtsträger erfolgt, oder ob mit ihr ein neuer Rechtsträger geschaffen werden soll. Im ersten Fall liegt eine sogenannte nichtrechtsfähige Stiftung vor, im zweiten Fall eine rechtsfähige. Nur mit der letzteren befaßt sich das Bürgerliche Gesetzbuch und das Stiftungsgesetz (Art. 1 StiftG., §§ 80 ff. BGB.)⁴.

4) Vgl. Gesetzesbegründung am a.a.O. S. 7. Es liegt nahe, aus dem Wort „Vermögensbegriff“ zu folgern, daß bei den rechtsfähigen Stiftungen die Rechtsfähigkeit mit dem Stiftungsvermögen verknüpft ist, es sich also bei der Stiftung um zweckgebundenes Sondervermögen mit juristischer Persönlichkeit handelt. (So Alois Friedrich, Die Kirchenstiftungen in Bayern, Diss. Erlangen, 1927, S. 1; Friedrich Eichler, Die Neuordnung des Stiftungsrechts in Bayern, in: Bayer. Verwaltungsblätter, Zeitschrift f. öff. Recht und öff. Verwaltung, München 1955, Heft 4, S. 106; Christoph Masson, Gemeinde- und

2. Die Einteilung der Stiftungen

Die rechtsfähigen Stiftungen lassen sich einmal nach den drei Hauptarten in allgemeine, kommunale und kirchliche Stiftungen einteilen. Darüber hinaus ist auch eine Einteilung in weltliche und kirchliche Stiftungen üblich. Zu den allgemeinen Stiftungen gehören alle Stiftungen, die nicht kommunale oder kirchliche Stiftungen sind (Art. 35, 36 StiftG.).

Eine andere Einteilung läßt sich nach rechtsdogmatischen Gesichtspunkten in Stiftungen des bürgerlichen und Stiftungen des öffentlichen Rechts treffen (Art. 1 Abs. 2 StiftG.). In Bayern besteht außerdem seit altersher eine weitere Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Stiftungen (Art. 1 Abs. 3 StiftG.). Die Stiftungen des öffentlichen Rechts sind immer zugleich öffentliche Stiftungen nach bayerischer Terminologie, nicht aber umgekehrt. Die Stiftungen des bürgerlichen Rechts sind teils öffentliche, teils private Stiftungen⁵.

3. Entstehen und Erlöschen der Stiftungen

Die Entstehung einer rechtsfähigen Stiftung verlangt zweierlei: Einmal ein sogenanntes Stiftungsgeschäft (einen Stiftungsakt bei Stiftungen des öffentlichen Rechts), durch das der Stifter ein Vermögen für einen bestimmten Zweck dauernd zur Verfügung stellt, und sodann die Genehmigung dieses Geschäftes durch den Staat, in dem die Stiftung ihren Sitz haben soll (Art. 3 u. 4 StiftG.)⁶.

Die Voraussetzungen für das Erlöschen einer Stiftung bestimmen sich nach Art. 17 StiftG. in Verbindung mit §§ 87 u. 88 BGB.

Stiftungsrecht, Das Recht der örtlichen Stiftungen in Bayern, in: Vorschriften-sammlung für die Bayer. Gemeindeverwaltung, München 1955, Heft 340, S. 7).

Diese Formulierung geht fehl. Das Stiftungsvermögen kann schon deshalb niemals Rechtssubjekt sein, weil es zeitweise überhaupt fehlen kann. Das Stiftungsvermögen ist lediglich Rechtsobjektiv. Rechtssubjektiv ist bei der Stiftung auch keine Personenmehrheit wie bei der Korporation, sondern die rechtliche Organisation zur Durchführung des Stifterwillens. (Richtig Heinrich Lehmann, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches, 9. Aufl. Berlin 1955, S. 443, Bundesgerichtsrätekomentar, 10. Aufl., Berlin 1953, 1. Band § 80 Anm.1.)

5) An dieser Stelle mag diese Unterscheidung genügen. Bei der Behandlung der kirchlichen Stiftung wird auf diese schwierigen Fragen näher einzugehen sein. Vgl. zur Problematik jedoch: Art. 1 StiftG. mit Gesetzesbegründung a.a.O.; Beilage 5593 (Ausschußbericht v. 21./22. 10. 54), Stenographische Berichte S. 2400 ff. (224. Sitzung v. 27. 10. 54), Protokoll über die 235., 238., 240., 241., 242. u. 244. Sitzung des Ausschusses f. Rechts- u. Verfassungsfragen v. 9., 23., 30. 9., 1., 12. u. 19. 10. 54 a.a.O.; Hans Liermann, Der Entwurf des bayer. Stiftungsgesetzes und das deutsche Stiftungswesen, in: Blätter der Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg, 100. Jahrgang, März 1953, Nr. 3, S. 2 ff.; derselbe, Mündliches Rechtsgutachten zum Stiftungsgesetz, erstattet am 23. 9. 54 vor dem Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen des bayer. Landtags, in: Drucksachen des bayer. Landtags a.a.O., Protokoll über die 238. Sitzung; Eichler a.a.O.; Anton Scharnagl, Das neue bayer. Stiftungsgesetz, Juristische Beilage zum Klerusblatt Nr. 7, München 1955, S. 8 ff.

6) Das Erfordernis der staatlichen Genehmigung läßt sich bei den Stiftungen des bürgerlichen Rechts einmal damit rechtfertigen, daß eine bloße privatgeschäftliche Willensverfügung des Stifters nicht instande sein darf, mit der Bereitstellung einer Vermögensmasse ein selbständiges Rechtssubjekt

Die Stiftung hat zwar aus dem Grundgedanken heraus, daß die Achtung vor dem Stifterwillen oberste Richtschnur bei der Handhabung des Stiftungsgesetzes ist (Art. 2 Abs. 1 StiftG.), ein Recht auf ihren Bestand (Art. 2 Abs. 2 StiftG.), jedoch läßt sich dieser Grundsatz dann nicht durchführen, wenn die Erfüllung des Stiftungszweckes, sei es aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen, unmöglich wird, oder wenn der Stiftungszweck das Gemeinwohl gefährdet. Hier wäre ein unverändertes Fortbestehen vom Standpunkt der Allgemeinheit aus nicht vertretbar. Das Stiftungsgesetz sieht daher vor, daß der Staat die Stiftung unter Beachtung eines bestimmten Verfahrens aufheben oder ihr eine andere Zweckbestimmung (Umwandlung!) geben kann. Die Aufhebung ist jedoch nur einer der Fälle des Erlöschens von Stiftungen. Außer durch Aufhebung kann das Erlöschen z. B. eintreten durch Ablauf der im Stiftungsgeschäft vorgesehenen Zeit, durch Eintritt der auflösenden Bedingung des Stiftungsgeschäfts und durch Widerruf der Genehmigung⁷.

4. Die Stiftungssatzung

Jede Stiftung muß eine Satzung haben (Art. 8 StiftG.), durch die die Gesamtheit ihrer Verhältnisse im einzelnen geregelt wird: Der Name, Sitz und Zweck der Stiftung, die Bildung der Organe der Stiftung, ob sie eingliedrig oder mehrgliedrig sein soll, aus welchen Personen sie bestehen soll und welche Aufgaben sie zu erfüllen hat, insbesondere wem die Vertretung der Stiftung obliegt, wie und auf welche Zeit die Mitglieder der Verwaltung bestellt werden und unter welchen Voraussetzungen sie wieder abberufen werden können⁸.

5. Die wesentlichsten Grundsätze der Stiftungsverwaltung

Auch bei der Verwaltung des Stiftungsvermögens muß als oberster Grundsatz die Achtung vor dem Stifterwillen gelten. Aus diesem das ganze Stiftungsrecht beherrschenden Grundsatz folgt als wesentlichster Verwaltungsgrundsatz, daß das Stiftungsvermögen sparsam zu verwalten, in seinem Bestand ungeschmälert zu erhalten und von anderem Vermögen getrennt zu halten ist (Art. 10

zu schaffen, mit allen den daraus entstehenden wichtigen bürgerlich- und öffentlichrechtlichen Folgen. Für die Stiftungen des bürgerlichen Rechts und des öffentlichen Rechts ist für eine staatliche Mitwirkung aber vor allem der Gesichtspunkt tragend, daß der Staat politisch und wirtschaftlich berechtigtes Interesse daran hat, daß größere Vermögensmassen nicht ohne seine Prüfung und Begutachtung der Gesetzmäßigkeit des Stiftungsgeschäftes, sowie der Erlaubtheit und Gemeinnützigkeit des Stiftungszweckes für alle Zeiten stiftungsmäßig gebunden werden. Über die näheren Einzelheiten des Stiftungsgeschäfts und Stiftungsakts, sowie die staatliche Genehmigung vgl. Masson S. 16 ff.

7) Vgl. Gesetzesbegründung a.a.O. S. 12 zu Art. 17. Eine andere Frage ist es jedoch, ob ein befristetes oder bedingtes Stiftungsgeschäft überhaupt zu genehmigen ist, da der Stiftung ein Dauerzweck innewohnen muß. Die Beantwortung dieser Frage wird vom konkreten Einzelfall abhängen, insbesondere von der Art der Bedingung und der Zeitspanne der Frist.

8) Vgl. Scharnagl, Das neue bayerische Stiftungsgesetz a.a.O. S. 15.

Abs. 1, 15 StiftG.). Die weitere Folgerung hieraus ist, daß das Stiftungsvermögen unter keinem Vorwand dem Vermögen des Staates oder einer sonstigen Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts einverleibt werden darf (Art. 11 StiftG.).

Von Art. 10 abgeleitet ist auch Art. 25 StiftG., der das Insihgeschäft verbietet.

Altbewährter Grundsatz des Stiftungsrechts ist es ferner, daß veräußerte Bestandteile des rentierenden Stiftungsvermögens grundsätzlich durch Erwerb anderer rentierender Vermögenswerte zu ersetzen sind, für veräußerte Grundstücke wieder Grundstücke beschafft werden sollen (Art. 10 Abs. 2 StiftG.).

Ein weiterer im Stiftungsgesetz festgelegter Fundamentalsatz des Stiftungsrechts besagt abschließend, daß der Ertrag des Stiftungsvermögens und etwaige zum Verbrauch bestimmte Zuwendungen (Zuschüsse!) stets entsprechend dem Stiftungszweck zu verwenden sind (Art. 12 StiftG.).

6. Die Stiftungsaufsicht

Die rechtsfähigen Stiftungen stehen, soweit sie nicht reine Privatstiftungen sind, die wegen ihrer ausschließlich privaten Zweckbestimmung vom Staate nicht überwacht werden (Art. 34 StiftG.), unter der besonderen Obhut des Staates und werden zu diesem Zweck von ihm beaufsichtigt (Art. 21 ff. StiftG.). Für die kirchlichen Stiftungen wird allerdings durch Art. 38 StiftG. die staatliche Obhutspflicht zugunsten der kirchlichen Stiftungsaufsicht weitgehend beschränkt.

Der Obhutspflicht liegt der Gedanke zugrunde, daß der moderne Staat seiner Grundordnung zufolge den mit eigener Rechtsfähigkeit ausgestatteten Instituten ein hinreichendes Maß an Selbstbestimmung und Selbstverantwortung gewähren und daher die staatliche Aufsicht auf das Notwendigste beschränken soll⁹.

Aus diesem Grundgedanken heraus hat das Stiftungsgesetz bei der Regelung der Stiftungsaufsicht das früher übliche System der Stiftungskuratel oder Stiftungsbevormundung durch den Staat durch den Gesichtspunkt einer fürsorgenden und schützenden staatlichen Betreuung ersetzt, wie ihn Art. 22 StiftG. näher umschreibt. Ganz durfte die Stiftungsaufsicht nicht fallen. Sie ist aus einem einfachen Grunde notwendig. Die Stiftung ist nämlich nicht wie etwa der Verein körperschaftlich organisiert. Ihr fehlt die allein durch die körperschaftliche Struktur mögliche Selbstkontrolle der Mitglieder über ihre Organe. Dieses Regulativ muß die staatliche Aufsicht für die Stiftungen ersetzen und sie überwachen, damit keine Mißbräuche einreißen¹⁰.

9) Näheres vgl. Hans Liermann, Die Staatsaufsicht über die Stiftungen, ihre Aufgaben und ihre Grenzen, Referat, gehalten auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wohltätigkeits-, Erziehungs- und Kultusstiftungen in Frankfurt/M. am 28. November 1951, in: Blätter der Wohlfahrtspflege in Württemberg-Baden, 99. Jahrgang, Februar 1952, Nr. 2, S. 36 ff.

10) Vgl. Liermann, Rechtsgutachten a.a.O.

1. HAUPTTEIL: BEGRIFF UND HAUPTARTEN KIRCHLICHER STIFTUNGEN

1. Kapitel

Der Begriff der kirchlichen Stiftungen nach Art. 36 des Stiftungsgesetzes

1. Die gesetzliche Regelung

Artikel 36 des Stiftungsgesetzes bestimmt:

„Kirchliche Stiftungen im Sinn dieses Gesetzes sind die überwiegend religiösen Zwecken der katholischen, der evangelisch-lutherischen und der evangelisch-reformierten Kirche gewidmeten Stiftungen, sofern sie nicht satzungsgemäß von einer Behörde des Staates, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes zu verwalten sind.

Kirchliche Stiftungen sind insbesondere die ortskirchlichen Stiftungen und die Pfründestiftungen.“

Artikel 46 Abs. 3 des Stiftungsgesetzes erweitert diesen Begriff der kirchlichen Stiftungen noch:

„Stiftungen, die nach Art. 5 Abs. 4 der Kirchengemeindeordnung v. 24. September 1912 (GVBl. S. 911) bisher durch kirchliche Organe verwaltet wurden, gelten weiterhin als kirchliche Stiftungen im Sinn dieses Gesetzes.“

Weiter erklärt Art. 40 StiftG. als kirchliche Stiftungen im Sinn des Stiftungsgesetzes die entsprechenden Stiftungen der Israelitischen Kultusgemeinden, der sonstigen Religionsgemeinden und der weltanschaulichen Gemeinschaften, sofern sie Körperschaften des öffentlichen Rechts in Bayern sind¹¹.

2. Die Auslegung des Artikel 36 StiftG.

a) Die enge Auslegung der Gesetzesbegründung

Für den Begriff der kirchlichen Stiftung ist in erster Linie, wie die gesetzliche Regelung zeigt, Art. 36 StiftG. maßgebend. Dieser Begriff muß im folgenden schon deshalb näher erläutert werden, damit eine klare Unterscheidung der kirchlichen Stiftungen von den übrigen, sogenannten weltlichen Stiftungen gewonnen werden kann; denn diese Unterscheidung ist die Grundvoraussetzung für eine Neuregelung des kirchlichen Stiftungsrechts überhaupt¹². Wann

11) Kirchliche Stiftungen gibt es bis jetzt allerdings nur bei den drei großen Kirchen. Art. 40 StiftG. bezieht sich daher auf neu zu errichtende Stiftungen dieser Körperschaften.

12) Vgl. Gesetzesbegründung a.a.O. S. 16.

eine kirchliche Stiftung vorliegt, ergibt sich einmal aus dem Zweck: dieser muß überwiegend religiös sein; zum anderen aus der Vertretung der Stiftung: die Stiftung darf nicht satzungsgemäß von einer Behörde des Staates, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes verwaltet werden; drittens aus besonderen Rechtsverhältnissen (Herkommen): aus Art. 46 Abs. 3 StiftG. muß gefolgert werden, daß Stiftungen mit nicht „überwiegend religiösen Zwecken“ dennoch als kirchliche Stiftungen gelten, wenn sie bisher auf Grund eines besonderen Rechtsverhältnisses einer Kirchenverwaltung oder einer besonderen Verwaltung ortskirchlichen Charakters nach Art. 5 Abs. 4 KGO zugewiesen waren.

Schwierigkeiten bereitet bei Art. 36 die Frage, wann eine Stiftung „überwiegend religiösen Zwecken“ gewidmet ist. Aus der Formulierung des Art. 36 ergibt sich zunächst, daß der Begriff der kirchlichen Stiftung weiter ist, als der der Kultusstiftung, deren Zweck sich auf die reinen Kultusbedürfnisse einer Religionsgesellschaft, hauptsächlich Bereitstellung von Mitteln für Gottesdienst und Seelsorge, beschränkt.

In der Gesetzesbegründung¹³ wird nun ausgeführt, daß sich Art. 36 mit § 19 Steueranpassungsgesetz deckt. Das würde bedeuten, daß unter „überwiegend religiösen Zwecken“ des Art. 36 nur die „kirchlichen“ Zwecke des § 19 zu verstehen sind. „Überwiegend religiöse Zwecke“ wären danach nur solche Zwecke, durch deren Erfüllung eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts ausschließlich und unmittelbar gefördert wird. Zu diesen Zwecken gehörten insbesondere die Einrichtung, Ausschmückung und Unterhaltung von Gotteshäusern und kirchlichen Gemeindehäusern, die Abhaltung des Gottesdienstes, die Ausbildung von Geistlichen, die Erteilung von Religionsunterricht, die Beerdigung und die Pflege des Andenkens der Toten, ferner die Verwaltung des Kirchenvermögens, die Besoldung der Geistlichen, Kirchendiener und Kirchenbeamten, Alters- und Invalidenversorgung für diese Personen und die Versorgung ihrer Witwen und Waisen (Art. 36 StiftG., § 19 Abs. 1 und 2 SteueranpG.).

Richtig ist, daß die Zwecke des § 19 in Art. 36 enthalten sind. Der Gesetzesbegründung muß aber insoweit widersprochen werden, als sie die Auslegung des Art. 36 durch § 19 beschränkt.

b) Die weite Auslegung

Die Unhaltbarkeit dieser engen Auslegung des Art. 36 zeigt sich besonders am Beispiel der von den Kirchen errichteten bzw. verwalteten Unterrichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeitsstiftungen. Diese wären, soweit sie nicht unter Art. 46 Abs. 3 StiftG. fallen, nach der engen Auslegung keine kirchlichen Stiftungen, sondern allgemeine, mit der Konsequenz, daß für sie das Selbstverwaltungs-

13) a.a.O. S. 16; offensichtlich handelt es sich hier um einen Druckfehler, wenn gesagt wird: „Art. 37 (anstatt 36) deckt sich mit § 19/d, Steueranp.G. v. 16. Oktober 1934 (RGBl. I S. 925).“

und Selbstgesetzgebungsrecht der Kirchen nach Art. 38 und 39 StiftG. nicht gelten würde. Diese Schlußfolgerung wird durch die Vorgeschichte des Art. 36 bestätigt¹⁴. Die Staatsregierung will hiernach die von den Kirchen errichteten oder verwalteten Unterrichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeitsstiftungen deswegen nicht als kirchliche Stiftungen ansprechen, weil es sich hierbei um keine „spezifisch eigenen Angelegenheiten“ der Kirchen handele. Wenn auch in der Literatur keine vollständige Übereinstimmung über den Begriff der eigenen Angelegenheiten einer Religionsgesellschaft herrscht¹⁵, so kann doch nicht bestritten werden, daß die Ausübung des kirchlichen Lehramtes einschließlich der Sorge für die christliche Erziehung der Jugend und die Ausübung der Wohltätigkeit von Anfang an zu den Aufgaben der Kirchen gehört haben, während sich der Staat dieser Gebiete erst viel später angenommen hat. Gegenüber dieser historischen Tatsache ist es ohne Belang, daß das staatliche Unterrichtswesen und die staatliche Wohlfahrt heute fast ausschließlich das öffentliche Leben beherrschen und die Kirche an Einfluß eingebüßt hat. Weil das Unterrichts- und Wohltätigkeitswesen organisch aus der Kirche herausgewachsen sind, nehmen die Kirchen es mit Recht nach wie vor als ihre eigene Angelegenheit in Anspruch. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß die Kirche auf diese Gebiete einen Ausschließlichkeitsanspruch erheben will, sondern sie verlangt nur, daß sie sich auf diesen Gebieten autonom betätigen kann.

Da das Unterrichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeitswesen somit als eine eigene Angelegenheit der Kirchen angesehen werden muß, können auch Stiftungen zu Erziehungs-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecken kirchlichen Aufgaben dienen, was insbesondere dann angenommen werden muß, wenn die Stiftung von der Kirche selbst errichtet oder ihr vom Stifter zur Verwaltung anvertraut worden ist.

Schon aus diesen Gründen soll hier einmal eine weitere Auslegung des Art. 36 über den Rahmen des § 19 hinaus in dem Sinne befürwortet werden, daß „überwiegend religiösen Zwecken“ der Kirchen auch solche Unterrichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeitsstiftungen gewidmet sind.

Darüber hinaus ist aber die enge Auslegung des Art. 36 durch die Gesetzesbegründung insofern nicht haltbar, als sie nämlich mit Art. 138 Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung (WV) vom 11. August 1919¹⁶, der nach Art. 140 des Bonner Grundgesetzes (GG) vom 23. Mai 1949¹⁷ geltendes Verfassungsrecht geblieben ist, in Widerspruch steht.

14) Vgl. die Begründung zum Entwurf eines Stiftungsgesetzes vom Juli 1952, a.a.O. S. 27.

15) Vgl. Godehard Josef Ebers, Staat und Kirche im neuen Deutschland, München 1930, S. 261 bis 279.

16) RGBl. Nr. 152, S. 1383 ff.

17) BGBl. S. 1.

Nach Art. 138 Abs. 2 WV, 140 GG werden das Eigentum und andere Rechte der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine an ihren für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermögen gewährleistet.

Man könnte nun sagen, daß Art. 138 Abs. 2 WV einer engen Auslegung des Art. 36 StiftG. nicht im Wege stehen könne und ausführen: Art. 138 Abs. 2 gewährleistet den Kirchen ihr Eigentum und andere Rechte, nämlich dingliche und persönliche Rechte¹⁸ an dem für kirchliche Zwecke bestimmten Vermögen. Der Inhalt des Schutzes besteht darin, daß eine Wegnahme des garantierten Vermögens ohne Entschädigung durch sogenannte Säkularisation verboten wird¹⁹; die wahre Bedeutung des Art. 138 Abs. 2 liegt in der Abwehr von Sonderschränken für das garantierte Kirchengut, sein Sinn ist, die Erfüllung bestimmter kirchlicher Aufgaben zu sichern²⁰.

Nach einer solchen Auslegung des Art. 138 Abs. 2 WV erhellt es freilich von selbst, daß die enge Auslegung der Gesetzesbegründung hier schwerlich kollidieren kann. Art. 138 Abs. 2 bedeutet ja hier nichts weiter als die Wiederholung und Spezialisierung der allgemeinen Eigentumsgarantie, eine Auslegung, die freilich durch die betont privatrechtliche Fassung des Artikels „Eigentum und andere Rechte“ bestimmt war.

Die heutige Bedeutung des Art. 138 Abs. 2 ist jedoch eine andere. Man kann sie nur richtig verstehen, wenn man sich vor Augen hält, daß die Gewährleistung des Kirchenguts ein Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche ist und ihr Inhalt sich nach dem jeweiligen Verhältnis von Staat und Kirche bestimmt. Mag obige Auslegung des Art. 138 Abs. 2 zur Zeit der Weimarer Verfassung — also in der Ära des liberalen Staatskirchenrechts — vielleicht durchaus berechtigt gewesen sein, so ist doch „unwiderfürlich und unübersehbar das Verhältnis von Staat und Kirche mit dem Dritten Reich in eine neue Phase getreten“²¹. Aus der Abwehrstellung der Kirchen gegenüber der nationalsozialistischen Kirchenpolitik kristallisierte sich nach dem Zusammenbruch eine Phase der gegenseitigen Zusammenarbeit, eine Phase der Partnerschaft von Staat und Kirche, heraus. Auf Grund dieser Zusammenarbeit von Staat und Kirche erwuchs der Kirche der „Öffentlichkeitsan-

18) So Friedrich Giese, Die Reichsverfassung v. 11. August 1919, Komm., 7. Auflage, Berlin 1926, Art. 138 Abs. 2, Anm. 2, S. 368.

19) So Godehard Jos. Ebers, Art. 137, 138, 140, 141. — Religionsgesellschaften, in: Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung, Komm. v. Nipperdey, Berlin 1930, 2. Band S. 383; ferner: Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reichs v. 11. August 1919, Komm. 13. Auflage, Berlin 1930, Art. 138, Anm. 6, 7, S. 564.

20) So Ernst Rudolf Huber, Die Garantie der kirchlichen Vermögensrechte in der Weimarer Verfassung, Tübingen 1927, S. 12.

21) Rudolf Smend, Staat und Kirche nach dem Bonner Grundgesetz, in: Zeitschrift f. Evangelisches Kirchenrecht, 1. Bd., Tübingen 1951, S. 4.

spruch“, d. h. „der konkrete Anspruch der christlichen Kirchen auf die Freiheit der Erfüllung ihrer konkreten kirchlichen Aufgaben“²².

Mit Recht sieht daher Heckel²³ in Art. 138 Abs. 2 WV heute die „Anerkennung der öffentlichen Autorität, Selbstbestimmung und Unverletzlichkeit der Kirche nach der Seite ihres materiellen Substrats“. Es ist heute die Aufgabe des Art. 138 Abs. 2, den öffentlich-kirchlichen Zweck des Kirchengutes, seine öffentliche Funktion, vor jeder Antastung durch die weltliche Gewalt zu schützen²⁴.

Indem der Verfassungsgesetzgeber das Eigentum und andere Rechte der Kirchen an ihren Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitsstiftungen gewährleistet, erkennt er einmal an, daß diese von den Kirchen errichteten oder verwalteten Stiftungen einen öffentlich-kirchlichen Zweck verfolgen und verbietet zum anderen, diesen unmittelbar oder mittelbar anzutasten.

Hieraus ergibt sich aber zwingend, daß Art. 36 StiftG. mit der engen Auslegung der Gesetzesbegründung verfassungswidrig wäre und durch Art. 31 GG — Bundesrecht bricht Landesrecht — außer Kraft gesetzt sein würde, da er den Unterrichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeitsstiftungen den öffentlich-kirchlichen Zweck abspricht, sie zu allgemeinen, weltlichen Stiftungen stempelt und den Kirchen ihr Selbstverwaltungs- und Selbstgesetzgebungsrecht verwehrt. Auch aus diesem Grunde muß daher eine weitere Auslegung des Art. 36 StiftG. angenommen werden²⁵.

Folgt man einer weiteren Auslegung des Art. 36 StiftG., so wird man als kirchliche Stiftungen die Kultusstiftungen sowie die von den Kirchen errichteten oder verwalteten Unterrichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeitsstiftungen zu betrachten haben. Art. 46 Abs. 3 StiftG. erscheint insoweit recht überflüssig. Er kann lediglich noch für den seltenen Fall Bedeutung gewinnen, daß ein kirchliches Organ eine Stiftung mit ausgesprochen oder überwiegend weltlichen Zielen verwaltet.

Nachdem am Beispiel der Unterrichts- und Wohltätigkeitsstiftungen gezeigt wurde, daß die Auslegung der Gesetzesbegründung der Sachlage nicht voll gerecht werden kann und deshalb eine weitere Auslegung unumgänglich ist, soll abschließend der unbestimmte Rechtsbegriff des „überwiegend religiösen Zweckes“ einer Stiftung näher bestimmt werden.

Es erscheint verständlich, daß der Zweck nicht „überwiegend religiös“ „im Sinn der objektiv-institutionellen Äußerung der Gottverbundenheit und Gottesverehrung in einer Religionsgesellschaft“²⁶

22) Derselbe a.a.O. S. 9.

23) Johannes Heckel, Kirchengut und Staatsgewalt, in: Rechtsprobleme in Staat und Kirche, Festschrift für Rudolf Smend, Göttingen 1952, S. 105.

24) Vgl. Hermann v. Mangoldt, Das Bonner Grundgesetz, Komm. Berlin u. Frankfurt/M. 1953 Art. 140, S. 663.

25) Zur näheren Begründung der hier vertretenen Ansicht vgl. im einzelnen die eingehende Beweisführung bei Heckel, Kirchengut, und Smend a.a.O.

26) So Johann B. Singer, Das neue bayerische Stiftungsgesetz v. 26. November 1954 in seiner Auswirkung auf die kirchliche Verwaltung, Juristische Beilage zum Klerusblatt Nr. 17, München 1955, S. 8.

sein muß, da dieser Begriff noch enger wäre als § 19 Abs. 1 SteueranpG. Andererseits ist aber auch noch § 19 zu eng. Eine klare Abgrenzung wird man aber finden, wenn man ausgehend von § 19 als überwiegend religiös einmal Zwecke versteht, durch deren Erfüllung eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts ausschließlich und unmittelbar gefördert wird und zum anderen Zwecke, die verfassungsrechtlich als „öffentlich-kirchliche“ Zwecke anerkannt sind, wie insbesondere Kultus-, Unterrichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeitszwecke.

2. Kapitel

Die Hauptarten kirchlicher Stiftungen und ihre Rechtsnatur

Aus dem oben erläuterten Begriff der kirchlichen Stiftungen können zwei große Hauptarten kirchlicher Stiftungen festgestellt werden: Auf der einen Seite die Gruppe der Kultusstiftungen, auf der anderen die Gruppe von kirchlich errichteten oder verwalteten Unterrichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeitsstiftungen.

Diese Stiftungen sind immer öffentliche Stiftungen nach bayerischer Terminologie und nie Privatstiftungen, weil sie Zwecke der Religion, des Unterrichts und der Wohltätigkeit verfolgen, die von Art. 1 Abs. 3 StiftG. als öffentliche Zwecke anerkannt sind. Stiftungen des öffentlichen Rechts sind sie unter der Voraussetzung des Art. 1 Abs. 2 StiftG., wenn sie ausschließlich öffentliche Zwecke verfolgen und mit den Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts²⁷ in einem organischen Zusammenhang stehen, der sie selbst zu einer öffentlichen Einrichtung macht. Für die Beschaffenheit des „organischen Zusammenhangs“ läßt sich eine allgemeine Regel bei der Vielfalt der Möglichkeiten und der Verschiedenheit der Verhältnisse nicht aufstellen. Als öffentliche Einrichtung und somit als Stiftung des öffentlichen Rechts wird man eine kirchliche Stiftung aber dann ansprechen können, wenn sie in die kirchliche Organisation fest eingegliedert ist. Art. 36 StiftG. hebt als kirchliche Stiftungen besonders die ortskirchlichen Stiftungen und die Pfründestiftungen wegen ihrer Zahl und Bedeutung hervor. Sie fallen jedenfalls nach der bisherigen Regelung durchwegs unter die Kategorie der Kultusstiftungen. Örtliche Unterrichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeitsstiftungen der Kirchen sind dagegen keine ortskirchlichen Stiftungen im technischen Sinn²⁸. Ortskirchliche Stiftungen sind in erster Linie die Kirchenstiftungen (auch Kirchenfabriken, *fabrica ecclesiae* genannt). Das sind Stiftungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Errichtung des Kirchengebäudes

27) Vgl. Art. 137 Abs. 5 WV i. V. m. 140 GG.; Art. 143 Abs. 2 der Bayer. Verfassung v. 1946 (GVBl. S. 333).

28) Nach Art. 39 StiftG. können allerdings die Kirchen von dem durch die KGO geschaffenen Begriff abweichen. De lege ferenda würde es sich empfehlen, diesen Begriff zu einem Oberbegriff zu erweitern, unter den das gesamte örtliche Stiftungsvermögen der Kirchen fällt, gleichgültig, ob es zu Kultuszwecken oder Unterrichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeitszwecken bestimmt ist.

selbst oder im Hinblick auf sie begründet worden sind und mit ihrem Vermögen den unmittelbaren, allgemeinen Bedürfnissen der örtlichen Kirchen zu dienen bestimmt sind²⁹. Außerdem gelten als ortskirchliche Stiftungen besondere örtliche Kultusstiftungen, die sich an die Kirchenstiftung anlehnen, weiterhin Fonds im Sinne des Art. 5 Abs. 2 der bisherigen Kirchengemeindeordnung von 1912³⁰.

Die Pfründestiftung ist die mit einer ständigen Dotation versehene vermögensrechtliche Ausstattung eines Kirchenamtes, die dem Unterhalt der sich ablösenden Pfründeinhaber, insbesondere der Seelsorgegeistlichen, dient³¹.

Die ortskirchlichen Stiftungen und die Pfründestiftungen dienen ausschließlich, wenn auch nur mittelbar religiösen Zwecken³². Sie sind Stiftungen des öffentlichen Rechts, weil sie mit der kirchlichen Organisation in einem untrennbaren organischen Zusammenhang stehen. Sie sind damit auch öffentliche Stiftungen im Sinn des Art. 1 Abs. 3 des Stiftungsgesetzes.

29) Vgl. Gustav-Adolf Vischer, Die staatskirchenrechtlichen Auswirkungen des neuen bayer. Stiftungsgesetzes, in: Bayer. Verwaltungsblätter, München 1955 Heft 5, S. 141 ff.

30) Näheres vgl. Ernst Langheinrich, Kirchengemeindeordnung f. d. Königreich Bayern, Kommentar, München, Berlin u. Leipzig 1914, Art. 5, S. 155 ff.; Josef Frank, Die bayer. Kirchengemeindeordnung, Kommentar, Regensburg 1913, 2. Teil: Erläuterungen, Art. 5, S. 45 ff.

31) Näheres vgl. Christian Meurer, Bayerisches Kirchenvermögensrecht, 2. Bd.: Bayerisches Pfründerecht, Stuttgart 1901, S. 31 ff.

32) Vgl. Gesetzesbegründung a.a.O. S. 16.

2. HAUPTTEIL: DIE RECHTSSTELLUNG DER KIRCHLICHEN STIFTUNGEN BIS ZUM BAYERISCHEN STIFTUNGSGESETZ

3. Kapitel

Die kirchlichen Stiftungen bis zum Verfassungsbruch von 1919

Zum richtigen Verständnis der neuen Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen ist die Kenntnis der sehr langen und interessanten Geschichte der kirchlichen Stiftungen Voraussetzung. Diese soll daher im folgenden in großen Zügen gestreift werden³³.

Die ersten kirchlichen Stiftungen, vorwiegend in der Form der nichtrechtsfähigen oder fiduziarischen Stiftung, findet man in Bayern bereits um die Mitte des 8. Jahrhunderts. Zunächst war der Bischof der alleinige Verwalter und Verfügungsberechtigte über das Stiftungsgut. „Aber während das kirchliche Verfassungsrecht sich in der Form der Zentralisation entwickelte, vollzog sich die Fortbildung des Kirchenvermögensrechts zielbewußt unter dem Zeichen der Dezentralisation. Am Ende dieses Spezialisierungsprozesses steht eine große Anzahl kirchlicher Spezialstiftungen von typischer Form“³⁴.

Anfang des 9. Jahrhunderts gibt es schon Kirchen mit eigenem Stiftungsvermögen, hauptsächlich in der Form der Pfründestiftung und Kirchenfabrik³⁵. Diese Stiftungen stehen unter der unumschränkten Aufsicht des Staates, resp. der bayerischen Herzöge. Die gesamten kirchlichen Rechtsverhältnisse unterliegen der weltlichen Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit.

Das 11. und 12. Jahrhundert ist in Bayern durch den „Curialismus“ gekennzeichnet. Die Kirche ist vom Staat vollkommen unabhängig. Sie verwaltet ihr Vermögen frei, ohne Mitwirkung des Staates. Die Aufsicht über die kirchlichen Stiftungen wird von den Bischöfen ausgeübt, ohne daß der Landesherr ein Einspruchsrecht hinsichtlich des Erwerbes oder der Verwendung des Kirchenvermögens hat.

Im 13. bis 16. Jahrhundert gewinnt der Staat wieder mehr Einfluß über die Kirche³⁶. Die Laien beherrschen die Verwaltung des

33) Es wird hier im wesentlichen den Ausführungen v. Meurer, Bayer. Kirchenvermögensrecht (KVR), 3 Bde., Stuttgart 1899, 1901, 1919, August Reinhard, Die Kirchenhoheitsrechte d. Königs v. Bayern, München 1884, und Alois Mitterwieser, Geschichte der Stiftungen u. des Stiftungsrechts in Bayern, München 1907, zu folgen sein.

34) Christian Meurer, Kirchenstiftung u. Kirchengemeinde, München und Berlin 1910, S. 1.

35) Vgl. auch Konstantin Hohenlohe, Grundlegende Fragen des Kirchenrechts, Wien 1931, S. 81 ff.

36) Herzog Albrecht IV. erläßt zum Ende des 15. Jh. das „Oberbayerische Landgebot“, eine zusammenfassende Kodifikation des staatskirchlichen Verwaltungsrechts.

kirchlichen Stiftungsvermögens. In die Verwaltung des ortskirchlichen Vermögens teilen sich die weltlichen Gemeindemitglieder (die sog. Zechleute), die Pfleger (herzogliche Beamte) und der Ortspfarrer.

Seit der Reformation verschieben sich die Verhältnisse noch mehr zugunsten des Staates, bis schließlich zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Kirchen von der Verwaltung der kirchlichen Stiftungen ganz ausgeschaltet sind und Verwaltung und Beaufsichtigung der kirchlichen Stiftungen völlig dem Staat obliegen³⁷.

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts sind die Kirchen bei der Verwaltung der kirchlichen Stiftungen wieder stärker beteiligt. Das Fabrikvermögen wird z. B. vom Pfarrer und Vertretern des Staates, den Kirchenpröbsten, gemeinsam verwaltet. Die Aufsicht wird vom Staat und Bischof gemeinschaftlich ausgeübt.

Unter Kurfürst Maximilian III. setzt sich der „Josephinismus“³⁸ auch in Bayern durch. Das Schwergewicht in der Verwaltung des kirchlichen Stiftungsvermögens liegt wieder vollkommen beim Staat. 1769 wird der „Geistliche Rat“ wieder besetzt. Das gesamte Kirchengut steht „sub jurisdictione saeculari“ und unter dem „supremo jure advocatiae“ des Geistlichen Rates. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts sind die Rechte der Kirche vollkommen weggefallen.

Die französische Revolution hat auch für Bayern Auswirkungen. Bayern erwirbt große Gebiete mit fast ausschließlich oder doch überwiegend protestantischer Bevölkerung und ist dadurch gezwungen, den einseitig katholischen Standpunkt zu verlassen und den drei christlichen Kirchen Gleichberechtigung zu gewähren. Der Staat muß sich über die von ihm anerkannten Religionsgesellschaften stellen und sein Verhältnis zu ihnen kraft eigenen Rechts regeln. Er tut dies in einer für den „Josephinismus“ bzw. „Territorialismus“ typischen Weise. Er verweist die Religionsgesellschaften auf das rein geistliche Gebiet der Glaubens- und Sittenlehre und beansprucht die Regelung der sog. „weltlichen Angelegenheiten“, hauptsächlich die kirchliche Vermögensverwaltung, in Bezug auf Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung für sich allein.

Zu der Ausschaltung der Kirchen auf dem Gebiete der Vermögensverwaltung gesellt sich die große Säkularisation von 1803, die für die Kirchen große Vermögenseinbußen zur Folge hat. Gleichzeitig bringt sie aber für die Folgezeit doch einen gewissen Schutz für das Kirchenvermögen, den § 63 des Reichsdeputations-Hauptschlusses (RDH) vom 25. Februar 1803³⁹ näher umschreibt.

37) Durch die „Landesordnung“ v. 1553 wurde die staatliche Aufsicht über das kirchliche Stiftungsvermögen verschärft. 1557 wurde im „Religionsrat“ oder „Geistlichen Rat“ eine eigene staatliche Stiftungsaufsichtsbehörde geschaffen. Ein Rentmeister hatte das Rechnungswesen zu überprüfen. Das Aufsichtsrecht des Staates wurde weiter ausgebaut durch die „Landpolizeiordnung“ v. 1616, „Rentmeisterordnungen und Instruktionen“ v. 1608, 1629, 1669 u. a. m.

38) Das Wort ist hier wie sonst als Typenbezeichnung für die staatskirchenrechtliche Praxis katholischer Monarchien gebraucht.

39) Wortlaut siehe bei Hans Liermann, Kirchen und Staat, München 1954, 1. Teilband, S. 2.

Die kirchlichen Stiftungen werden von der Säkularisation jedenfalls nicht unmittelbar betroffen.

So bestimmt § 65 RDH: „Fromme und milde Stiftungen sind, wie jedes andere Privateigentum zu conserviren, doch so, daß sie der landesherrlichen Aufsicht und Leitung untergeben bleiben“⁴⁰.

Der Beginn des 19. Jahrhunderts bringt auch die Zentralisation des gesamten Stiftungsvermögens unter Montgelas. Das gesamte Vermögen der in Bayern gelegenen Stiftungen wird nach seinen drei Zwecken: Kultus, Wohltätigkeit, Unterricht und Erziehung vereinigt und seine Verwaltung zentralisiert⁴¹. Sämtliches Kirchenvermögen wird als einheitliche Masse betrachtet, aus der alle Kultusbedürfnisse des Königreichs Bayern gedeckt werden. Die Stiftungen sind einer einzigen Verwaltungsbehörde unterstellt und ihres individuellen Charakters beraubt. Sie sind Bestandteile des allgemeinen Staatsvermögens mit besonderer Zweckbestimmung⁴².

1817 wird die Zentralisation des Stiftungsvermögens abgeschafft und die frühere Selbstverwaltung wieder hergestellt. Die Verwaltung des gesamten örtlichen Stiftungsvermögens, auch des ortskirchlichen Stiftungsvermögens, wird den politischen Gemeinden unter staatlicher Aufsicht übertragen⁴³.

Das Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818 bestätigt diesen Rechtszustand. Die geistlichen Behörden haben zwar ein gewisses Mitwirkungsrecht bei der Verwaltung, aber im großen und ganzen liegt das Hauptgewicht bei den weltlichen Verwaltungsorganen.

Die Bayerische Verfassungsurkunde vom 26. Mai 1818⁴⁴ hat die bisherige Rechtsentwicklung sanktioniert. In der Verfassung wird der Territorialismus oder vielmehr, da es sich bei Bayern um einen

40) Stiftungsgüter sind jedoch häufig säkularisiert worden, weil ihr Stiftungscharakter nicht erkannt wurde. Vgl. hierzu und über die Säkularisation vor allem: Vitus Brander, Drei Abhandlungen zur Rechtsfrage der auf dem Konkordat vom Jahre 1817 beruhenden Verpflichtungen des Bayerischen Staates an das Bistum Würzburg, Würzburg 1954; Joseph Kress, Ist der bayerische Staat zu den Leistungen an die Seelsorgegeistlichkeit rechtlich verpflichtet? München 1930; Joseph Buholzer, Die Säkularisation katholischer Kirchengüter während des 18. und 19. Jh., insbesondere in Deutschland, Diss., Freiburg i. Ue., Luzern 1921; R. W. Dove und Emil Sehling, Artikel „Säkularisation“, in: Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche von Albert Hauck, 3. Auflage, Leipzig 1908, Bd. XXI, S. 838–858; Arndt, Artikel „Kirchengut“, in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart (RGG), Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft, 2. Aufl., Bd. III, S. 907.

41) Vgl. Allerhöchste Verordnung v. 29. Dezember 1806, die Verwaltung der Stiftungen betreffend (RGBl. 1807 S. 49).

42) Durch das „Organische Edikt“ über die General-Administration d. Stiftungsvermögens v. 1. Oktober 1807 (RGBl. 1808, S. 209 ff.) wurde die Verwaltung der Stiftungen eingehend geregelt. Oberste Aufsichtsbehörde war das neu errichtete Staatsministerium des Innern, ausgeübt wurde die Aufsicht durch das „Centralrechnungskommissariat“ des Innern. Diesem oblag die oberste Kontrolle über das gesamte kirchliche Stiftungsvermögen. Die bisher von den Pfarrern und Zechprübsten ausgeübte Kontrolle fiel weg.

43) Vgl. Allerhöchste Verordnung v. 6. März 1817, die Verwaltung des örtlichen Stiftungs- und Kommunalvermögens betreffend (RGBl. S. 153).

44) GBl. S. 101 ff.

vorwiegend katholischen Staat handelt, der Josephinismus festgelegt⁴⁵. Er findet seinen Ausdruck in der verfassungsrechtlichen Abstempelung der kirchlichen Vermögensverwaltung als einer weltlichen Angelegenheit der Kirche⁴⁶. Das Kirchengut steht unter dem Schutz der Verfassung⁴⁷.

Durch die Formationsverordnungen von 1825⁴⁸ wird die Staatsaufsicht über die Pfründestiftungen nur prinzipiell festgelegt. Sie ist später durch landesherrliche und ministerielle Entschlüsse so ausgebaut worden, daß sie nicht bloß in der Praxis, sondern auch nach dem Recht vollständig uferlos war⁴⁹.

Durch das Revidierte Gemeindeedikt (RGE) vom 1. Juli 1834⁵⁰ wird die Verwaltung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens den politischen Gemeinden entzogen und besonderen Kirchenverwaltungen anvertraut⁵¹. Die Kirchenverwaltung besteht aus dem Pfarrer, einem Abgeordneten der Gemeindeverwaltung und einer Anzahl gewählter Gemeindeglieder derselben Konfession (§§ 59 Abs. 3, 94 Abs. 5 RGE). Das Stiftungsvermögen steht unter einer ausgedehnten Staatskuratel (§§ 24, 25, 59, 94, 103, 104, 105, 123, 124, 128, 131 RGE).

Die Praxis hat sich aber keineswegs im Rahmen dieser Kuratelbestimmungen gehalten, „sondern den Umfang der Kuratel noch erweitert, und zwar gesetzwidrig“⁵². Die kirchlichen Oberbehörden sind bei der Verwaltung der kirchlichen Stiftungen so gut wie nicht

45) Vgl. auch Ludwig Ebert, Der kirchenrechtliche Territorialismus in Bayern im Zeitalter der Säkularisation, Paderborn 1911.

46) Vgl. § 64 des Religionsedikts (RE) d. i. die II. Verfassungsbeilage zur Bayer. Verfassung v. 1818, „Edict über die äußeren Rechtsverhältnisse der Einwohner des Königreichs Bayern, in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften“:

„Zur Behebung aller künftigen Anstände werden als weltliche Gegenstände erklärt alle Bestimmungen über liegende Güter und fahrende Habe, Nutzung, Renten, Rechte der Kirchen und kirchlichen Personen.“

Und weiter § 65 RE:

„In allen diesen Gegenständen kömmt der Staatsgewalt allein die Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit zu.“

Schließlich § 75 RE:

„Die Verwaltung des Kirchenvermögens steht nach den hierüber gegebenen Gesetzen unter dem königlichen obersten Schutze und königlicher oberster Aufsicht.“

47) Vgl. Tit. IV §§ 9 und 10 Bayer. Verf. v. 1818 und §§ 31 u. 47 RE. Ferner: Robert Piloty, Die Verfassungsurkunde des Königreichs Bayern, Kommentar, 2. Aufl., München 1907.

48) Vgl. Formationsverordnungen v. 9. Dezember 1825 (§§ 63, 74 Buchst. a) und v. 17. Dezember 1825 (§§ 17 d, 61 u. 69 bis 75) — RGBl. S. 977 u. 1049.

49) Vgl. Meurer, KVR, Pfründerecht a.a.O. S. 387.

50) GVBl. S. 109.

51) Es war mit Tit. IV § 9 Abs. 2 Bayer. Verfassung unvereinbar, daß Angehörige einer fremden Konfession zufolge ihrer Zugehörigkeit zum politischen Gemeinderat über das Stiftungsvermögen einer anderen Konfession verfügen konnten. Zur rechtlichen Stellung der neuen Kirchenverwaltung vgl. die Ausführungen von Meurer, Kirchenstiftungsrecht a.a.O. zur Kirchengemeinde-streitfrage.

52) Meurer, KVR, Bd. 1, Bayerisches Kirchenstiftungsrecht, Stuttgart 1899, S. 156.

beteiligt. Sie haben lediglich ein Recht der Einsicht- und Kenntnisnahme, eventuell auch ein Erinnerungs- und Beschwerderecht, in den seltensten Fällen ein Zustimmungsrecht (Vetorecht)⁵³. Die Bayerische Kirchengemeindeordnung (KGO) vom 24. September 1912 läßt eine erste große Wendung in der staatlichen Kirchenpolitik erkennen. Der „Josephinismus“ der Bayerischen Verfassungs-urkunde von 1818 erscheint in ihr in gemilderter Form. Den Kirchen wird ein gewisses Selbstbestimmungsrecht über ihre Stiftungen eingeräumt, was hauptsächlich daraus hervorgeht, daß aus dem früheren Recht der Einsicht- und Kenntnisnahme, dem Erinnerungs- und Beschwerderecht des RGE, in den meisten Fällen ein Zustimmungsrecht der Kirchen geworden ist⁵⁴. Die ausgedehnte Staatskuratel des RGE ist durch eine eingeschränkte Staatsaufsicht ersetzt⁵⁵.

Es dürfte unter diesen Umständen nicht zuviel behauptet sein, daß die KGO Bayern in ein neues kirchenpolitisches System geführt hat, vom System des Staatskirchentums in das System der Staatskirchenhoheit⁵⁶.

4. Kapitel

Das Schicksal der kirchlichen Stiftungen seit der Weimarer Reichsverfassung bis zum Stiftungsgesetz

1. Die Bedeutung des Artikels 137 Abs. 3 WV für die kirchlichen Stiftungen

Die Weimarer Reichsverfassung von 1919 leitet eine neue Ära der staatlichen Kirchenpolitik ein. Kennzeichnend für das neue kirchenpolitische System der Verfassung ist sein Kompromißcharakter zwischen den beiden entgegengesetzten kirchenpolitischen Systemen der Verbindung von Staat und Kirche und der Trennung.

Durch die Weimarer Verfassung werden die Kirchen zwar nicht vom Staate getrennt, aber doch in der Weise von ihm losgelöst, daß sie auf der einen Seite Körperschaften des öffentlichen Rechts geblieben sind (Art. 137 Abs. 5 WV), auf der anderen Seite aber Auto-

53) Meurer, Kirchenstiftungsrecht a.a.O. S. 162 ff.

54) Vgl. z. B. Art. 75 Abs. 3, Art. 11 Abs. 5 KGO.

55) Vgl. Langheinrich a.a.O., Art. 73, S. 385; Frank a.a.O. Art. 73, S. 261; H. Hellmuth, Die Staatsaufsicht im Rahmen der bayerischen Kirchengemeindeordnung, in: Archiv d. öffentl. Rechts, 31. Bd. 1913, S. 556 ff.

56) Der Unterschied zwischen den beiden kirchenpolitischen Systemen dürfte allerdings mehr quantitativer als qualitativer Art sein. Im System des Staatskirchentums ist die Bindung zwischen Staat und Kirche viel enger, weshalb sich der Staat auch viel intensiver mit der Kirche befaßt und ihre Angelegenheiten mehr als seine eigenen betrachtet und regelt. Aus der weniger engen Bindung im System der Staatskirchenhoheit müssen sich naturgemäß gewisse Freiheiten der Kirche vom Staat ergeben. Man wird fast sagen können: Je mehr die Bindung zwischen Staat und Kirche aufgelockert und abgebaut ist, je mehr sich der Staat von der Kirche distanziert, desto größer wird die Freiheit der Kirche vom Staat.

nomie und Selbstverwaltung vom Verfassungsgesetzgeber zugesprochen bekommen (Art. 137 Abs. 3 WV).

Art. 137 Abs. 3 WV ist die *lex regia* des neuen kirchenpolitischen Systems und beherrscht alle Normen desselben. Er bestimmt: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der politischen Gemeinde.“

Angesichts der Bedeutung dieser Bestimmung für die Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen und wegen der verschiedenartigen Auslegungen in Literatur und Praxis ist eine nähere Behandlung unumgänglich.

Bis zum Inkrafttreten der Weimarer Verfassung stand es auf Grund der engen Verbindung von Staat und Kirche im freien Ermessen des Staates, ob er in den Tätigkeitsbereich der Kirche eingreifen wollte. Mit dem unmittelbar geltenden Rechtssatz des Art. 137 Abs. 3⁵⁷ verbietet der Verfassungsgesetzgeber dem Staat jede formelle und materielle Einflußnahme auf die Willensbildung und Willensbetätigung der Religionsgesellschaften, kurz: die Weimarer Verfassung gewährt jeder Religionsgesellschaft das Selbstbestimmungsrecht.

Bei der Auslegung dieser Verfassungsbestimmung muß vor allem eine nivellierende Behandlung der einzelnen Religionsgesellschaften vermieden werden. Zur Nivellierung verleitet die landläufige Definition der Religionsgesellschaften „als gesellschaftliche Organisationen der Anhänger eines und desselben Bekenntnisses“⁵⁸. Unter einer Religionsgesellschaft wird man vielmehr mit Heckel⁵⁹ „den auf der Grundlage eines oder mehrerer verwandter Bekenntnisse aufgebauten obersten Verband von Bekenntnisgenossen zur allseitigen Erfüllung der bekenntnismäßigen Aufgaben“ zu verstehen haben. Auch diese Definition ist für die Auslegung des Art. 137 Abs. 3 jedoch nur dann wertvoll, wenn sie ergänzt wird durch die Erkenntnis, daß es drei Gruppen von Religionsgesellschaften gibt, die voneinander durch ihre Bedeutung im öffentlichen Leben abgestuft sind und zwischen denen keine Gleichheit des Rechtsstandes herrscht. Die oberste Gruppe, von größter Bedeutung für das öffentliche Leben und am höchsten in der Wertschätzung des Staates stehend, bilden die großen christlichen Kirchen. „Es sind die schon im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation öffentlich aufgenommenen, in großen Kirchenkörpern lebenden Hauptkonfessionen und ihre lehr- und kultusmäßigen Zusammenschlüsse (Unionen).

57) Vgl. die Übersicht bei Josef Schmitt, *Kirchliche Selbstverwaltung im Rahmen der Reichsverfassung*, Paderborn 1926, S. 73 ff.

58) So Anschütz, *Kommentar z. Reichsverf.*, 3. u. 4. Aufl., Berlin 1926, S. 360. Anschütz hat allerdings diese Definition später revidiert (vgl. Anschütz 13. Aufl. a.a.O. S. 548) und nähert sich der Definition Heckels.

59) Johannes Heckel, *Kirchliche Autonomie u. staatliches Stiftungsrecht in den Kirchengemeinden der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern r. d. Rhs., Nördlingen* 1932, S. 13.

Ihnen folgen auf der Stufe von Verbänden des Verwaltungsrechts die sonstigen als öffentlichrechtliche Körperschaften anerkannten christlichen und nichtchristlichen Religionsverbände (Weltanschauungsgemeinschaften). Den Schluß bilden die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des Privatrechts“⁶⁰.

Diese Dreigliederung der Religionsgesellschaften ist bestimmend für die Art und den Umfang ihres Selbstbestimmungsrechts nach Art. 137 Abs. 3 WV. Der Verfassungsgesetzgeber umschreibt dieses mit den Worten „ordnen und verwalten“. Für die Religionsgesellschaften des Privatrechts, für die unterste Gruppe, bedeuten diese Worte eine selbständige privatrechtliche Willensbestätigung⁶¹, welche ihre Schranke in dem für alle geltenden Gesetz findet. Das für alle geltende Gesetz ist für diese Gruppe das allgemeine Vereinsrecht. Für die zweite Gruppe bedeutet „ordnen und verwalten“ schon mehr, da die Willensbetätigung dieser Gruppe, auf Grund ihrer Stellung als Körperschaften des öffentlichen Rechts, die öffentliche Sphäre berührt. Man kann darunter schon Autonomie und Selbstverwaltung im Sinne des öffentlichen Rechts verstehen. Die Autonomie wird beschränkt durch die für alle Körperschaften des öffentlichen Rechts geltenden Gesetze.

Für die Kirchen, als erste und oberste Gruppe der Religionsgesellschaften bedeutet „ordnen und verwalten“ ebenfalls Autonomie und Selbstverwaltung, jedoch findet dieses Recht nicht wie bei der zweiten Gruppe seine Schranke im allgemeinen Recht der öffentlichen Körperschaften, sondern geht weiter. Auf Grund der Stellung der Kirchen als öffentliche Gemeinwesen von einer dem Staate nahestehenden Macht und Bedeutung, muß man sie als Körperschaften des öffentlichen Rechts *sui generis* ansehen und kann sie den übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts nicht gleichsetzen. Für die Kirchen ist ein für alle geltendes Gesetz „ein Gesetz, das auf die Allgemeinheit im prägnanten Sinne, nämlich auf das deutsche Volk gemünzt ist und für seinen staatlichen Bestand konstitutiv ist. Das für alle geltende Gesetz ist ein Gesetz, das im Sinn der Verfassung für den Bestand der Gesamtnation als einer politischen, kulturellen und Rechtsgemeinschaft unentbehrlich ist. Oder anders ausgedrückt: Nicht mehr das staatliche Verwaltungsinteresse, sondern das Verfassungsinteresse soll maßgebend sein für die Grenzziehung zwischen Staat und Kirche; nicht mehr der „ordre public“ im Sinn des zwischen Verwaltung und Verfassung nicht unterscheidenden Wohlfahrts- und Polizeistaates, sondern die „öffentliche Ordnung“ im Sinn des modernen Verfassungsrechts bildet die Schranke der kirchlichen Autonomie“⁶².

Das Selbstgesetzgebungs- und Selbstverwaltungsrecht der Kirchen ist in Art. 137 Abs. 3 noch einer letzten Schranke unterworfen.

60) Heckel, Kirchengut a.a.O. S. 109.

61) Vgl. Anschütz a.a.O. S. 550.

62) Heckel, Kirchliche Autonomie a.a.O. S. 18 ff. mit einer eingehenden Beweisführung; derselbe, Das staatskirchenrechtliche Schrifttum der Jahre 1930 und 1931, in: Verwaltungsarchiv Bd. 37 (1932) S. 284.

Es besteht nur in „ihren Angelegenheiten“. Hierunter könnte man begriffsmäßig alle Angelegenheiten verstehen, an denen die Kirchen einen Anteil haben. Art. 137 Abs. 3 versteht aber hierunter etwas Bestimmteres und zwar eigene Angelegenheiten, etwa im Sinn des lateinischen „res suae“⁶³.

Aus der geschichtlichen Entwicklung sowie der Einstellung des Verfassungsgesetzgebers, der die Kirchen von der staatlichen Bevormundung lösen und sie zu unabhängigen Organisationen gestalten wollte, geht hervor, daß Art. 137 Abs. 3 unter „ihren Angelegenheiten“ neben der Religion Ämter, Güter, Organisation, sowie freie Verwaltung des kirchlichen Vermögens, auch des Anstalts- und Stiftungsvermögens, versteht⁶⁴.

Zusammenfassend kann man also davon ausgehen, daß Art. 137 Abs. 3 WV den Kirchen volle Autonomie und Selbstverwaltung über ihre Stiftungen einräumt, die lediglich durch staatliche Gesetze beschränkt werden kann, welche zur Aufrechterhaltung der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Sinne des modernen Verfassungsrechts“⁶⁵ erlassen werden.

Diese Bestimmung hätte schon damals die Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen grundlegend beeinflussen müssen, wenn ihre wahre Bedeutung richtig erkannt worden wäre. Statt dessen kann gerade Bayern, in dem das System der Staatskirchenhoheit, vermischt mit Gedanken des Staatskirchentums, viel ausgeprägter war als in den übrigen deutschen Ländern, einfach noch nicht verstehen, daß mit der Weimarer Verfassung eine völlig neue Ära der staatlichen Kirchenpolitik begonnen hat⁶⁶.

Nur diese intensive Nachwirkung des Systems der Staatskirchenhoheit in Bayern in Verbindung mit den unsicheren, inkonsequenten, zwischen den zwei extremen kirchenpolitischen Systemen der Trennung und Verbindung hin- und herschwankenden Auslegungen⁶⁷ des Art. 137 Abs. 3 WV machen es verständlich, daß Bayern

63) Richtig Ebers, Staat und Kirche a.a.O. S. 258.

64) Vgl. A. Lilienthal, Die Staatsaufsicht über die Religionsgesellschaften nach Art. 137 d. Reichsverfassung, Berlin 1925, S. 41 ff.

65) Über diesen Begriff und den Unterschied zwischen „ordre public“ im Sinne des Verwaltungsrechts und „öffentliche Ordnung“ im Sinn des Verfassungsrechts vgl. Heckel, Diktatur, Notverordnungsrecht, Verfassungsnotstand, in: Archiv des öffentlichen Rechts, N.F. 22, 1932, S. 261 ff.

66) Interessanterweise kamen die Länder Württemberg und Baden, in denen die Verbindung von Staat und Kirche weniger eng war, dem Autonomiegedanken des Art. 137 WV schon wesentlich näher. Preußen hat lediglich die katholische Kirche gegenüber früher etwas freier gestellt, während es die evangelischen Kirchen nach alter Praxis weiter behandelt. (Vgl. für Württemberg: „Gesetz über die Kirchen“ v. 3. März 1924; für Baden: „Gesetz über die Verwaltung des Vermögens der Religionsgesellschaften“ v. 7. April 1927; für Preußen: „Gesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens“ v. 24. Juli 1924 und „Gesetz über die Kirchenverfassung in den sieben evangelischen Landeskirchen“ vom 8. April 1924; Scharnagl, Stiftungsgesetz a.a.O. S. 40 ff.; Heckel, Kirchliche Autonomie a.a.O. S. 22 ff.)

67) Vgl. Anschütz a.a.O. Art. 137; Giese a.a.O. Art. 137; Ebers, Staat und Kirche a.a.O. S. 213 ff.; derselbe in Nipperdey, Grundrechte II S. 382 ff.; Ludwig Gebhard, Die Verfassung des Deutschen Reichs, Kommentar, München 1932, S. 514 ff.; August Roedel, Das bayerische Kirchenrecht, München 1930, S. 8 ff.

die staatliche Aufsicht über die Kirchen und Kirchengemeinden nur zögernd erst im Laufe der Jahre aufgibt, für die kirchlichen Stiftungen aber nach wie vor die Kirchengemeindeordnung für maßgebend erklärt⁶⁸.

Die einzige Veränderung in der Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen, die Art. 137 WV bewirkt hat, betrifft die Kirchenverwaltung als gesetzliches Vertretungs- und Verwaltungsorgan des ortskirchlichen Stiftungsvermögens. Nach der Kirchengemeindeordnung fungierte sie bisher als staatliches Vertretungs- und Verwaltungsorgan (Art. 6 KGO), während sie jetzt als kirchliches Verwaltungsorgan anerkannt wird, über dessen Zusammensetzung die Kirchen im Rahmen des „Gesetzes über die ortskirchlichen Vertretungskörper“ vom 21. Dezember 1921⁶⁹ frei bestimmen können⁷⁰.

Der Grundfehler dieser Auslegungen war, daß sie alle Religionsgesellschaften gleich behandelt haben. Durch die nivellierende Auslegung dieses Begriffes mußte es zwangsläufig zu Inkonssequenzen und Unsicherheiten sowohl über die Begriffe „ordnen und verwalten“ als auch des „für alle geltenden Gesetzes“ kommen. Eine besondere Inkonssequenz zeigt sich darin, daß die Vertreter dieser Lehre trotz ihres grundsätzlichen Bekenntnisses zu der Auslegung eines Selbstbestimmungsrechts der Religionsgesellschaften innerhalb der Schranken des allgemeinen Vereinsrechts den Kirchen gegenüber dieses Gesetz als das für alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Stiftungen geltende Gesetz interpretieren und damit im wesentlichen das kommunale Recht für die Kirchen als maßgebend erklären. Hierauf wird an anderer Stelle noch zurückzukommen sein. Wenn an dieser Stelle noch die „Korrelatentheorie“ erwähnt wird, nach der die Staatsaufsicht über die Kirchen das notwendige Korrelat für ihre öffentliche Korporationsfähigkeit sein sollte (Kahl in der 19. Sitzung des Verfassungsausschusses vom 1. April 1919, Prot. S. 14, Sten.Ber. S. 1647), der sich zahlreiche Kommentare zur Reichsverfassung wie Giese, Anschütz und Poetzsch-Heffter angeschlossen haben, so nur um zu zeigen, wie hoffnungslos der Autonomiegedanke der WV verschüttet worden ist.

Vgl. zur Problematik des Art. 137 auch: Joseph Löhr, Ist eine staatliche „Kirchenhoheit“ und eine besondere Staatsaufsicht über die Kirche mit der deutschen Reichsverfassung vereinbar? Paderborn 1927; Hans Rieder, Staat und Kirche nach modernem Verfassungsrecht, Berlin 1928; Friedrich Schilling, Die verschiedene länderrrechtliche Auslegung des Artikels 137 der Reichsverfassung auf dem Gebiete der kirchlichen Vermögensverwaltung, Diss. Erlangen 1932; Hans Dabelstein, Die Rechtsgrundlage der Staatsaufsicht über die katholische Kirche und die evangelischen Kirchen Deutschlands, Diss. Hamburg 1930; Anton Flörchinger, Das Problem der Trennung von Kirche und Staat und die Besetzung der katholischen Kirchenämter nach bayerischem Recht, Diss. Würzburg 1929; Friedrich Giese, Staat und Kirche im neuen Deutschland, Tübingen 1932.

68) Vgl. Entschließung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (KME) vom 1. Juli 1927 Nr. 24411; KME vom 19. September 1927 Nr. II 5428, wo es heißt: „Ausdrücklich wird jedoch bemerkt, daß gegenüber den Kirchenstiftungen die Bestimmungen über die Staatsaufsicht nach wie vor Platz greifen“, abgedruckt bei Roedel a.a.O. S. 108.

69) GVBl. S. 617; Roedel a.a.O. S. 133 ff.

70) Vgl. August Hofmann, Das Recht der Religionsgesellschaften in Bayern, Nachtrag zum Handbuch der inneren Verwaltung für Bayern von Dr. von Henle, Abschnitt V (Religionsangelegenheiten) 2. Aufl., München 1929, S. 27; Einzelheiten vgl. auch Bruno Kadner, Die rechtliche Stellung der Kirchenverwaltung in der evang.-luth. Landeskirche in Bayern r. d. Rhs., Diss. Erlangen 1928.

2. Die Problematik des § 25 der Bayerischen Verfassungsurkunde vom 14. August 1919

Während sich § 18 Abs. 3 der Bayer. Verfassungsurkunde (VU) von 1919 eng an Art. 137 Abs. 3 WV anlehnt⁷¹, trifft § 25 VU eine Bestimmung, die es ermöglicht, daß über § 94 VU die kirchlichen Stiftungen weiterhin der Kirchengemeindeordnung unterworfen bleiben. So bestimmt § 25 Abs. 1 VU: „Das gesamte Vermögen der öffentlichen Stiftungen und die stiftungsmäßige Verwendung seiner Erträge unterstehen dem besonderen Schutze des Staates. Stiftungsvermögen darf unter keinem Vorwande dem Staatsvermögen einverleibt werden. Verwaltung und Ausrichtung der öffentlichen Stiftungen werden staatlich beaufsichtigt.“

Auf Satz 3 dieser Bestimmung basiert seither die besondere Staatsaufsicht über die kirchlichen Stiftungen, da diese öffentlichen Stiftungen sind⁷².

Die Frage der Vereinbarkeit einer solchen Praxis mit Art. 137 Abs. 3 WV drängt sich von selbst auf. Geht man bei der Entscheidung dieser Frage von der nivellierenden Auslegung der damals herrschenden Meinungen aus, so sind folgende Grundsätze herauszustellen:⁷³

I. Die Kirchen haben das Selbstgesetzgebungs- und Selbstverwaltungsrecht über ihre Stiftungen innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes.

II. Ein für alle geltendes Gesetz ist für sie ein Gesetz, das für alle Körperschaften oder Stiftungen gilt⁷⁴.

III. Hierbei ist eine Sondergesetzgebung gegenüber bestimmten Arten von Religionsgesellschaften zulässig, verboten sind nur Ausnahme Gesetze, die alle Religionsgesellschaften oder auch nur einzelne von ihnen schlechter stellen als die ähnlich organisierten juristischen Personen.

Diese Grundsätze auf die vorliegende Frage der Verfassungsmäßigkeit des § 25 Abs. 1 S. 3 VU angewandt müssen freilich dazu führen, § 25 Abs. 1 S. 3 als ein „für alle geltendes Gesetz“ zu betrachten, da er den Kirchen die gleiche Beschränkung auferlegt (besondere Staatsaufsicht, wenn man der Auslegung, die er durch die bayerische Ministerialpraxis erfahren hat, folgt!) wie allen anderen Rechtspersonlichkeiten, die öffentliche Stiftungen nutzen oder verwalten. Auch kann aus dem Begriff der öffentlichen Stiftung nicht der Schluß gezogen werden, daß nur die Kirchen in ihrer Freiheit beschränkt werden sollen und daß aus diesem Grund § 25

71) Selbständige Bedeutung konnte § 18 Abs. 3 VU neben Art. 137 Abs. 3 WV nicht erlangen, weil durch Art. 13 Abs. 1 WV auch gleichlautendes Landesrecht durch das Reichsrecht verdrängt wird.

72) Vgl. auch Jakob Kratzer, Die Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern vom 14. August 1919, Kommentar, München, Berlin und Leipzig 1925, § 25, S. 109, 110; Heinrich von Jan, Die Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern vom 14. August 1919, München, Berlin und Leipzig 1927, § 25, S. 72.

73) Vgl. zur Literatur Anm. 67.

74) Vgl. hierzu auch Hofmann a.a.O. S. 16, 28.

Abs. 1 S. 3 VU ein unzulässiges Ausnahmegesetz ist. Der Begriff der öffentlichen Stiftung ist nicht erst mit Rücksicht auf die kirchlichen Stiftungen geschaffen worden, sondern dem bayerischen Recht seit langem bekannt und umfaßt praktisch fast alle rechtsfähigen Stiftungen. Hiernach ist also § 25 Abs. 1 S. 3 VU mit Art. 137 Abs. 3 WV vereinbar.

Damit ist aber noch die Frage offen, ob es über § 25 nach § 94 VU zulässig ist, die besondere Staatsaufsicht über die kirchlichen Stiftungen nach der KGO weiter fortbestehen zu lassen, oder ob es sich bei den Bestimmungen der KGO um unzulässige Ausnahmegesetze handelt. Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, ob die kirchlichen Stiftungen nach der KGO schlechter gestellt sind, strenger vom Staat beaufsichtigt werden als „die ähnlich organisierten juristischen Personen“. Die allgemeinen öffentlichen Stiftungen bilden einen so unbestimmten Kreis, daß sie zu einem solchen Vergleich nicht herangezogen werden können. Es bleiben also lediglich die kommunalen Stiftungen „als ähnlich organisierte juristische Personen“ übrig. Vergleicht man die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der KGO über die kirchlichen Stiftungen (Art. 61, 73, 74, 75, 78 KGO) mit den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der bayerischen „Gemeindeordnung für die Landesteile diesseits des Rheins“ vom 29. April 1869⁷⁵ über die kommunalen Stiftungen (Art. 65, 66, 157, 159)⁷⁶, so läßt sich hieraus keine Schlechterstellung der kirchlichen Stiftungen erkennen. Die besondere Staatsaufsicht über die kirchlichen Stiftungen nach der KGO ist also mit Art. 137 Abs. 3 WV durchaus vereinbar.

Ist aber ein solches Ergebnis wirklich befriedigend, läßt es überhaupt noch eine Spur einer kirchlichen Autonomie und Selbstverwaltung auf dem Gebiet des kirchlichen Stiftungswesens, wie sie Art. 137 Abs. 3 WV doch gewollt hat, erkennen? Keineswegs!

Es ist vielmehr Heckel⁷⁷ zuzustimmen, wenn er zu dieser Auslegung in sehr drastischer Weise erklärt: „Damit wird im wesentlichen das kommunale Recht für die Kirchen als maßgebend erklärt. Aber auch damit ist nichts ausgerichtet. Kirche und Kommune können nicht über denselben Leisten geschlagen werden und ebenso wenig die kirchlichen öffentlichrechtlichen Stiftungen und die weltlichen, insbesondere kommunalen öffentlichrechtlichen Stiftungen. Im praktischen Ergebnis würde eine solche Auslegung der Reichsverfassung nur auf eine Vergewaltigung der Kirchen durch das Kommunalrecht hinauslaufen.“

Hinzu kommt aber nun für die kirchlichen Stiftungen, daß man die „interpretatio bajuvarica“⁷⁸ für Kirchen und Kirchengemeinden, wenn auch nicht in der Theorie, so doch in der Praxis revidiert hat,

75) Vgl. GBl. 1866/69 S. 865.

76) Vgl. Gustav von Kahr, Bayerische Gemeindeordnung 2. Bd. München 1896 und 1898; Karl Helmreich u. Kurt Rock, Handausgabe der bayer. Gemeindeordnung, 5. Aufl. München und Würzburg 1924.

77) Heckel, Autonomie, S. 16 ff.

78) Heckel, Autonomie, S. 22.

während man die kirchlichen Stiftungen nach wie vor nach alter Praxis unter eine besondere Staatsaufsicht stellt. Das führt in Bayern zu dem merkwürdigen Ergebnis, daß einerseits den Kirchen und Kirchengemeinden Autonomie zuerkannt wird, während andererseits Art. 137 Abs. 3 WV nach bayerischer Auffassung für die kirchlichen Stiftungen überhaupt keinen Bezug haben soll. Besonders deutlich wird die Unhaltbarkeit einer unterschiedlichen Behandlung am Beispiel der Kirchenstiftungen, die ja mit der Kirchengemeinde aufs engste zusammenhängen. Man muß hier doch konsequenterweise die Auffassung vertreten, daß, wenn schon der Kirche Autonomie eingeräumt worden ist, diese sich auf alle dem Verband eingegliederten Teilorganismen erstrecken muß. Derartige Teilorganismen sind bei den Kirchen nicht nur die genossenschaftlichen Unterverbände, wie etwa die Kirchengemeinden, sondern auch die ihr eingegliederten kirchlichen Stiftungen. Auch über sie muß der Kirche Autonomie zugebilligt werden. „Was der Kirchengemeinde recht ist, muß der mit ihr aufs engste zusammenhängenden Kirchenstiftung billig sein“⁷⁹.

Aus all diesen Erwägungen ergibt sich, daß die nivellierende Auslegung des Art. 137 Abs. 3 WV nicht richtig sein kann. Dem Autonomiegedanken des Art. 137 Abs. 3 WV wird nur eine Auslegung gerecht, die zwischen den einzelnen Religionsgesellschaften streng differenziert. Folgt man dieser differenzierenden Auslegung, wie sie oben⁸⁰ vertreten wurde, so ist § 25 Abs. 1 S. 3 VU für die Kirchen dann kein „für alle geltendes Gesetz“, wenn ihm der Sinn zugeschrieben wird, daß er für alle öffentlichen Stiftungen, also auch für die kirchlichen Stiftungen, eine besondere Staatsaufsicht sanktioniert.

Er wäre verfassungswidrig, weil er sich zu Art. 137 Abs. 3 WV in Widerspruch setzte und durch Art. 13 Abs. 1 WV außer Kraft gesetzt. Damit verstößt auch die auf §§ 25, 94 VU fußende staatliche Stiftungspraxis gegen Art. 137 Abs. 3 WV und ist unzulässig. Die Kirchengemeindeordnung ist mit der Weimarer Verfassung ein Fremdkörper im neuen staatskirchenrechtlichen System geworden und kann keine Geltung für die kirchlichen Stiftungen haben.

§ 25 Abs. 1 S. 3 VU ist nur dann verfassungsmäßig, wenn er dahingehend ausgelegt wird, daß die Beaufsichtigung der Verwaltung und die Ausrichtung der kirchlichen Stiftungen keine besondere Staatsaufsicht sind, sondern eine allgemeine Rechtsaufsicht, die sich darauf beschränkt, darüber zu wachen, daß sich Geschäftsgebarung und Organisation der kirchlichen Stiftungen im Rahmen der für alle geltenden Gesetze halten, worunter hier dasselbe verstanden werden soll, wie bei der Auslegung des Art. 137 Abs. 3 WV. Für eine solche Auslegung spricht auch § 25 Abs. 2 VU, der bestimmt: „Ein besonderes Gesetz über das Stiftungswesen bleibt vorbehalten.“ Für diese Bestimmung dürfte, abgesehen von der Zersplitterung

79) Derselbe, Autonomie, S. 35.

80) Vgl. oben S. 23 ff.

des ganzen Stiftungsrechts, die eine einheitliche Stiftungskodifikation wünschenswert erscheinen ließ, hauptsächlich der Gedanke tragend gewesen sein, daß die Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen dem neuen staatskirchenrechtlichen System der Weimarer Verfassung angepaßt werden müßte. Jedenfalls kann man eines aus der Problematik des § 25 VU feststellen: Die bayerische Ministerialpraxis, die trotz des Art. 137 Abs. 3 WV, die kirchlichen Stiftungen weiter nach der KGO behandelt, ist verfassungswidrig.

Auch die mit den christlichen Kirchen abgeschlossenen Verträge von 1924⁸¹ führen trotz ihrer Bestimmungen in Art. 1 § 2 und Art. 10 § 4 des Konkordats sowie in Art. 19 des Vertrags mit der Evang.-Lutherischen Kirche in Bayern zu keiner Änderung der Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen.

In der Folgezeit wird der Entwurf eines Stiftungsgesetzes ausgearbeitet, der am 1. April 1933 in Kraft treten soll. Die staatskirchenrechtliche Entwicklung im Dritten Reich verhindert jedoch eine weitere gesetzgeberische Behandlung.

3. Die Bayerische Verfassung von 1946 und das Bonner Grundgesetz von 1949

Nach dem Zusammenbruch wird im Januar 1946 durch die bayerische Staatsregierung der Entwurf eines „Gesetzes zur Befreiung der Religionsgesellschaften vom staatlichen Zwang“ ausgearbeitet^{81a}, in dem besonders Art. 3 Abs. 3 zu erwähnen ist: „Kirchen und anerkannte Religionsgemeinschaften sowie solche weltanschaulichen Gemeinschaften, deren Bestrebungen den allgemeinen Gesetzen nicht widersprechen, sind von staatlicher Bevormundung frei. Sie ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze selbständig. Sie verleihen ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der politischen Gemeinden.“

Obwohl dieser Entwurf nicht Gesetz geworden ist, bildet er doch die Grundlage für die Bestimmungen im 3. Abschnitt „Religion und Religionsgemeinschaften“ der neuen bayerischen Verfassung (BV) vom 2. 12. 1946⁸².

Art. 3 Abs. 3 des Entwurfes wird vollinhaltlich als Art. 142 Abs. 3 BV übernommen. Besonders durch diesen Artikel wird eine Überprüfung der bisherigen Rechtslage der kirchlichen Stiftungen unausweichlich. Interessant ist einmal an Art. 142 Abs. 3 BV, daß er im Gegensatz zu Art. 137 Abs. 3 WV zwischen „Kirchen“, „anerkannten Religionsgemeinschaften“ und „Weltanschauungsgemeinschaften, deren Bestrebungen den allgemeinen Gesetzen nicht widersprechen“, differenziert, und damit gleichsam die Richtigkeit der von Heckel

81) Vgl. Bayerisches Konkordat vom 29. März 1924 und Bayerische Kirchenverträge vom 15. November 1924, bei Liermann, Kirchen und Staat a.a.O. S. 90 ff.

81a) Vgl. Vischer, Staatsaufsicht ohne Ende? a.a.O. S. 163 ff.

82) GVBl. S. 333.

oben vertretenen Ansicht bestätigt. Man wird bei dieser Fassung des Art. 142 Abs. 3 BV schwerlich sagen können, es handle sich hier um eine bloße Aufzählung von Religionsgesellschaften. Aus der Fassung ergeben sich vielmehr ganz klar drei große Gruppen von Religionsgesellschaften, die voneinander durch ihre Bedeutung im öffentlichen Leben abgestuft sind.

Einer besonderen Hervorhebung bedarf zum anderen in Art. 142 Abs. 3 BV der Satz, daß die Kirchen von staatlicher Bevormundung frei sind.

Es geht nicht an, diese Bestimmung dadurch zu entwerten, daß man den Ausdruck „Bevormundung“ nachträglich als „recht wenig scharfen Ausdruck“⁸³ oder als „nicht völlig eindeutig“⁸⁴ bezeichnet oder sogar daraus folgert, daß sich der Staat nur „nach Möglichkeit nicht in die inneren Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften einmischen solle, daß er sich auf die Rechts- und Pflichtaufsicht zu beschränken habe“⁸⁵.

Mag auch der Begriff „Bevormundung“ ein Begriff des Privatrechts sein, während das öffentliche Recht an sich mit dem Begriff „Staatsaufsicht“ operiert, so ist doch das Entscheidende, daß beide Begriffe auf den Begriff der „Kuratel“ zurückgehen. Gerade deswegen ist aber die Verwendung des Wortes „Bevormundung“ schärfer, als wenn in der Bayerischen Verfassung der wandelbare Begriff der „Staatsaufsicht“ gebraucht worden wäre. Wie Vischer⁸⁶ richtig bemerkt, waren dem bayerischen Verfassungsgesetzgeber die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen über die kirchenpolitische Tragweite des Art. 137 Abs. 3 WV sicher nicht unbekannt geblieben. „Wenn in dem entsprechenden Abschnitt der neuen bayerischen Verfassung vor den wörtlich gleichlautenden Bestimmungen aus der Weimarer Verfassung noch erstmalig und besonders ausgesprochen wurde, daß die Kirchen von staatlicher Bevormundung frei seien, so muß dieser Bestimmung eine besondere rechtliche Bedeutung zukommen. Sie ist fortan die oberste staatsrechtliche Norm für das Verhältnis von Staat und Kirche in Bayern, die den Gesetzgeber bindet, nach der alle übrigen staatskirchenrechtlichen Normen auszurichten und auszulegen sind, der alle Regierungs- und Verwaltungsakte des Staates unterworfen sind“⁸⁷.

Von besonderer Bedeutung für die Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen muß es weiter sein, daß eine dem § 25 VU entsprechende Bestimmung in der Bayerischen Verfassung fehlt. § 25 VU ist ersatzlos untergegangen. Das bedeutet, daß damit auch der vom Staat,

83) So Hans Nawiasky—Claus Leusser, Die Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946, Handkommentar, München/Berlin 1948, S. 225.

84) So Adolf Süsterhenn—Hans Schäfer, Kommentar der Verfassung für Rheinland-Pfalz, 1950 S. 197.

85) So Wilhelm Högner, Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechts, München 1949, S. 174.

86) Gustav-Adolf Vischer, Staatsaufsicht ohne Ende? in: Zeitschrift für Evangelisches Kirchenrecht, 1951, S. 163 ff.

87) Derselbe, Staatsaufsicht a.a.O. S. 166.

wenn auch zu Unrecht angenommene Vorbehalt einer besonderen Staatsaufsicht über die kirchlichen Stiftungen aufgegeben wird.

Eine besondere staatliche Stiftungsaufsicht über die kirchlichen Stiftungen läßt sich auch nicht aus Art. 55 Ziff. 5 BV herleiten, denn dieser Artikel ist lediglich eine formale Zuständigkeitsbestimmung.

Durch Art. 140 des Bonner Grundgesetzes von 1949 werden die staatskirchenrechtlichen Bestimmungen der Weimarer Verfassung vollinhaltlich übernommen. Damit ist Art. 137 Abs. 3 WV zur Zeit geltendes Verfassungsrecht⁸⁸.

Ein von der bayerischen Staatsregierung 1948 bis 1950 gearbeiteter Entwurf eines Stiftungsgesetzes kommt dem Autonomiegedanken, der lex regia der Art. 142 Abs. 3 BV und Art. 137 Abs. 3 WV, 140 GG dann auch schon wesentlich näher. Im 2. Abschnitt (Kirchliche Stiftungen) des Entwurfes wird bestimmt, daß die staatsaufsichtlichen Befugnisse und Zuständigkeiten über die kirchlichen Stiftungen von den kirchlichen Oberbehörden ausgeübt werden. Allerdings sollen die Kirchen in der Ausübung ihrer Aufsicht inhaltlich grundsätzlich an die Aufsicht gegenüber den übrigen öffentlichen Stiftungen gebunden sein. Damit wird den Kirchen aber weiterhin entgegen der verfassungsrechtlich eingeräumten Autonomie und Selbstverwaltung das Recht vorenthalten, Inhalt und Form der Aufsicht allein materiellrechtlich zu gestalten⁸⁹.

Nach langen und zum Teil sehr schwierigen Verhandlungen^{89a} verabschiedet der Bayerische Landtag am 26. November 1954 das staatliche Stiftungsgesetz, das der verfassungsrechtlichen Autonomie und Selbstverwaltung der Kirchen über ihre Stiftungen gerecht wird.

Das Gesetz besiegelt für die kirchlichen Stiftungen eine Entwicklung, die ihnen seit den Verfassungen von 1919 vorgezeichnet war. Im großen und ganzen ist das kirchliche Stiftungswesen genauso wie das ganze kirchliche Verwaltungs- und Rechtsleben auch auf anderen Gebieten vom Staate gelöst und den Kirchen überlassen worden.

Das Stiftungsgesetz folgt dabei der allgemeinen Tendenz, daß sich die Kirche aus der ehemals so engen Verbindung immer mehr vom Staate löst und selbständig wird.

88) Über seine heutige Bedeutung vgl. neben der oben gegebenen Auslegung vor allem: Bonner Kommentar, Kommentar zum Bonner Grundgesetz, Loseblattausgabe, Hamburg 1950, Art. 140; Werner Weber und Hans Peters, Die Gegenwartslage des Staatskirchenrechts, 2 Berichte in den Verhandlungen der Tagung der deutschen Staatsrechtslehrer zu Marburg am 16. und 17. Oktober 1952, in: Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer, Heft 11, Berlin 1954 S. 153; Eduard Kern, Staat und Kirche in der Gegenwart, Hamburg, Berlin, Bonn 1951.

89) Über die weiteren Nachteile des Entwurfs vgl. Vischer, Staatsaufsicht a.a.O. S. 163 ff.

89a) Vgl. Anton Scharnagl, Das Stiftungsgesetz, Referat, in: Klerusblatt Nr. 23, München 1953, S. 374 ff.

3. HAUPTTEIL: DIE NEUE RECHTSSTELLUNG DER KIRCHLICHEN STIFTUNGEN NACH DER STAATLICHEN UND KIRCHLICHEN GESETZGEBUNG

5. Kapitel

Die Rechtsstellung der Stiftungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

1. Die staatliche und kirchliche Stiftungsgesetzgebung

Für die Rechtsstellung der Stiftungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche (im folgenden kurz evangelische Stiftungen genannt) ist einmal das staatliche Stiftungsgesetz maßgebend und zwar neben dem 4. Abschnitt (Kirchliche Stiftungen) die allgemeinen staatlichen Stiftungsvorschriften des I. Abschnitts (Art. 37 Abs. 3 StiftG.). Neben diesen staatlichen Rahmenvorschriften kommt für sie aber über Art. 39 StiftG. hauptsächlich die kirchliche Gesetzgebung zum Zuge.

Der Anregung des Art. 39 StiftG., das kirchliche Stiftungswesen in eigener Zuständigkeit zu regeln, ist die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern für ihren Bereich nachgekommen. Am 8. Dezember 1954 wird die „Vorläufige Anordnung über die kirchlichen Stiftungen im Bereich der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern“ (VA)⁹⁰ erlassen, die gleichzeitig mit dem staatlichen Stiftungsgesetz in Kraft tritt.

Die VA wird später durch das „Kirchengesetz über die kirchlichen Stiftungen“ (EStiftG.) vom 31. März 1955 ersetzt⁹¹.

Die „Vollzugsbekanntmachung zum Kirchengesetz über die kirchlichen Stiftungen“ (VB) vom 24. September 1955⁹² ergänzt das EStiftG.

Das EStiftG. und die VB sind allgemeine Vorschriften im Sinne des Art. 39 StiftG., wenngleich sie keine vollständige Regelung des kirchlichen Stiftungswesens bringen. Doch ist dies in Art. 39 StiftG. gar nicht gefordert. Der staatliche Gesetzgeber war sich bei Erlaß des Art. 39 sicher darüber im Klaren, daß die gesetzgeberische Regelung des kirchlichen Stiftungsrechts von kirchlicher Seite nur schrittweise vor sich gehen kann.

Wie die VA enthält auch das EStiftG. nur eine Übergangslösung, die sich auf das Notwendigste beschränkt, einige wesentliche Fragen des materiellen Stiftungsrechts und die Zuständigkeiten für die Ausübung der kirchlichen Obhut und Stiftungsaufsicht regelt. Die

90) Vgl. Amtsblatt f. d. Evang.-Luth. Kirche in Bayern (KABl.), München 1954, Nr. 24, S. 136; KMBI. 1954 S. 383.

91) KABl. 1955 Nr. 6 S. 36 ff.; KMBI. S. 110; § 12 EStiftG.

92) KABl. 1955 Nr. 17, S. 103 ff.

Begründung zum EStiftG⁹³ äußert sich deshalb auch dahingehend: „Eine endgültige und erschöpfende Regelung des gesamten Rechtsgebietes durch kirchliche Ordnung hängt jedoch enge zusammen mit anderen gesetzgeberischen Maßnahmen der Landeskirche.

Die Rechtsverhältnisse der ortskirchlichen Stiftungen werden in der in Vorbereitung befindlichen kirchlichen Kirchengemeindeordnung zusammen mit den Rechtsverhältnissen der Kirchengemeinden geregelt werden. Für die Pfründestiftungen ist ein eigenes Gesetz in Aussicht genommen, das mit der Neuregelung der Pfarrbesoldung zusammenhängt.“

2. Der Kreis der evangelischen Stiftungen

Der Kreis der kirchlichen Stiftungen ist an sich in Art. 36 und Art. 46 Abs. 3 StiftG. durch den Staat verbindlich festgelegt. Daher kann die in § 1 EStiftG. enthaltene Aufzählung der evangelischen Stiftungen nur deklaratorische Bedeutung gewinnen. Trotzdem ist es aber um der Übersichtlichkeit und Klarheit willen angezeigt, den Kreis der Stiftungen, die nunmehr dem innerkirchlichen Recht unterliegen, besonders aufzuführen.

So bestimmt § 1 EStiftG.:

„Kirchliche Stiftungen im Sinne dieses Gesetzes sind

- a) die ortskirchlichen Stiftungen (Kirchenstiftungen, besondere Kultusstiftungen und -fonds usw.)⁹⁴,
- b) die Pfründestiftungen⁹⁵,
- c) sonstige überwiegend religiösen Zwecken der Evang.-Lutherischen Kirche in Bayern gewidmete Stiftungen, sofern sie nicht satzungsgemäß von einer Behörde des Staates, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes zu verwalten sind⁹⁶,
- d) Stiftungen, die nach Art. 5 Abs. 4 der bisherigen Kirchengemeindeordnung vom 24. Sept. 1912 bisher durch kirchliche Organe verwaltet wurden“⁹⁷.

93) Entwurf eines Kirchengesetzes über die kirchlichen Stiftungen, Landessynode März 1955, Vorlage 6 S. 9 u. 10.

94) „Ortskirchliche Stiftungen sind in erster Linie die Kirchenstiftungen, außerdem besondere Kultusstiftungen und -fonds im Sinn des Artikels 5 Abs. 2 der bisherigen Kirchengemeindeordnung vom 24. September 1912 (GVBl. S. 911).“ (Nr. 1 Abs. 1 Buchst. a VB.)

95) „Wie Pfründestiftungen sind zu behandeln die besonderen Vermögen, mit denen einzelne alte Vikariatsstellen ausgestattet sind.“ (Nr. 1 Abs. 1 b VB.)

96) „Kirchliche Stiftungen sind auch sonstige überwiegend religiösen Zwecken der Evang.-Lutherischen Kirche in Bayern gewidmete Stiftungen, z. B. überwiegend religiösen Zwecken dienende Stiftungen von Einrichtungen und Werken der Inneren Mission, die in dem Landesverband der Inneren Mission der Evang.-Lutherischen Kirche in Bayern zusammengeschlossen sind. Ausgenommen sind Stiftungen, die satzungsgemäß von einer Behörde des Staates, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes verwaltet werden.“ (Nr. 1 Buchst. c VB.)

97) „Kirchliche Stiftungen, die nach Artikel 5 Abs. 4 der bisherigen Kirchengemeindeordnung durch kirchliche Organe verwaltet werden, sind Stiftungen

3. Der Einfluß der staatlichen Gesetzgebung auf die Rechtsstellung der evangelischen Stiftungen

Für die Stiftungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche gelten grundsätzlich unmittelbar die Bestimmungen des I. Abschnittes des staatlichen Stiftungsgesetzes (Art. 37 Abs. 3 StiftG.). So ist es der Kompetenz der Evang.-Lutherischen Kirche entzogen, auf Grund eigener Rechtssetzung zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen einer evangelischen Stiftung die Eigenschaft einer Stiftung des öffentlichen Rechts, einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts, einer öffentlichen oder privaten Stiftung zukommt. Diese Frage regelt in Art. 1 StiftG. der staatliche Gesetzgeber.

Die Achtung vor dem Stifterwillen bei der Handhabung und Ausgestaltung des evangelischen Stiftungsrechts muß auch für die Evang.-Luth. Kirche trotz der ihr eingeräumten Autonomie oberste Richtschnur sein (Art. 2 StiftG., Art. 37 Abs. 3 StiftG., Nr. 2 Abs. 3 a VB).

Eine evangelische Stiftung entsteht durch den Stiftungsakt (bzw. das Stiftungsgeschäft) und die staatliche Genehmigung, die der Landeskirchenrat der Evang.-Luth. Kirche in Bayern bei dem als Genehmigungsbehörde zuständigen Staatsministerium für Unterricht und Kultus beantragt (Art. 3, 4, 6 Abs. 2 StiftG., Nr. 3 Abs. 1 VB). Auf diesen Antrag hin ist die evangelische Stiftung zu genehmigen, nicht nur, wenn die nachhaltige Verwirklichung des Stiftungszwecks aus dem Ertrag des Stiftungsvermögens gesichert erscheint (Art. 5 StiftG.), sondern auch, wenn sie von der Kirche gewährleistet wird (Art. 37 Abs. 1 StiftG.). In dem Antrag des Landeskirchenrates, wie überhaupt der kirchlichen Oberbehörden auf Genehmigung einer kirchlichen Stiftung, wird man regelmäßig auch die Gewährleistung der nachhaltigen Verwirklichung des Stiftungszwecks erblicken müssen. Es muß der Gesetzesbegründung⁹⁸ insoweit widersprochen werden, wenn sie Art. 37 Abs. 1 StiftG. dahingehend auslegt, daß die kirchliche Oberbehörde neben dem Antrag auf Genehmigung jedesmal auch noch eine ausdrückliche Gewährleistungsverpflichtung abzugeben hat. Man kann aus dem Grundgedanken des Stiftungsgesetzes vielmehr ohne weiteres unterstellen, daß der Staat soviel Vertrauen in die Tätigkeit der kirchlichen Oberbehörden setzt, daß sie einen ihnen zugeleiteten Antrag auch pflichtgemäß prüfen, ehe sie sich zu einem Genehmigungsantrag entschließen. Wenn die VB sich in Nr. 3 Abs. 4 dahingehend erklärt, daß eine Gewährleistung der nachhaltigen Verwirklichung des Stiftungszweckes durch die Kirche nur in besonderen Ausnahmefällen in Frage kommen kann, so mag das die oben vertretene Ansicht nicht zu entkräften. Man wird Nr. 3 Abs. 4 VB nur eine interne Bedeu-

und Fonds zu anderen als Kultuszwecken (z. B. Unterrichts- und Wohltätigkeitsstiftungen).“ (Nr. 1 Abs. 1 Buchst. d VB.)

§ 1 d EStiftG. deckt sich inhaltlich mit Art. 46 Abs. 3 StiftG. Über seine Bedeutung vgl. oben S. 14.

98) Vgl. Gesetzesbegründung a.a.O. S. 16 zu Art. 37.

tung innerhalb der Evang.-Luth. Kirche zwischen Landeskirchenrat und den kirchlichen juristischen oder natürlichen Personen, die eine kirchliche Stiftung errichten wollen, zusprechen dürfen und zwar im Sinne einer Anweisung, genau die nachhaltige Verwirklichung des Stiftungszweckes zu prüfen und darzutun, widrigenfalls der Landeskirchenrat keinen Genehmigungsantrag abgeben werde. Zugleich enthält Nr. 3 Abs. 4 VB die Aufforderung an diese Personen, nur die Errichtung von Stiftungen beim Landeskirchenrat zu beantragen, bei denen die nachhaltige Verwirklichung des Stiftungszwecks aus dem Stiftungsvermögen (bewegliche und unbewegliche Sachen, Rechte und klagbare Ansprüche gegen Dritte auf regelmäßig wiederkehrende Leistungen usw.) gesichert erscheint und von anderen Fällen nach Möglichkeit abzusehen. Wollte man entgegen dieser Auffassung Nr. 3 Abs. 4 VB dagegen so verstehen, daß der Landeskirchenrat dem *Staat* gegenüber nur in besonderen Ausnahmefällen eine Gewährleistungsverpflichtung abzugeben habe, so müßte die Genehmigungsbehörde des Staates jeweils dort, wo keine Gewährleistungsverpflichtung der Kirche vorliegt, genauestens prüfen, ob die nachhaltige Verwirklichung des Stiftungszwecks der kirchlichen Stiftung auch gesichert erscheint. Dies wäre zwar aus arbeitsökonomischen Gesichtspunkten für die Kirche sehr schön, hieße aber im praktischen Ergebnis die Verantwortung auf den Staat abwälzen. Es erhellt von selbst, daß die den Kirchen eingeräumte Autonomie für diese auch ein erhöhtes Maß an Verantwortung mit sich bringen muß. Da der Landeskirchenrat gleichzeitig Stiftungsaufsichtsbehörde für die kirchlichen Stiftungen der Evang.-Luth. Kirche ist und sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben verständnisvoll beraten, fördern und schützen sowie die Entschlußkraft und Selbstverantwortung der Stiftungsorgane stärken soll, würde eine solche Praxis schon von Anfang an für die unteren Organe ein schlechtes Vorbild sein. Man wird vielleicht entgegenhalten, daß unter diesen Umständen jetzt der Staat einer genauen Nachprüfung des Genehmigungsantrages enthoben ist. Mit Recht! Die weitestgehende Entlastung des Staates auf dem Gebiet des kirchlichen Stiftungsrechts entspricht ja der Tendenz des Stiftungsgesetzes, eine Verselbständigung der Kirche zu erreichen.

Darüber hinaus erhebt sich an dieser Stelle aber die allgemeine Frage, ob nicht das staatliche Mitwirkungsrecht bei der Entstehung einer kirchlichen Stiftung im Wege der Genehmigung die den Kirchen verfassungsrechtlich eingeräumte Autonomie verletzt. Die Beantwortung dieser Frage hängt im wesentlichen von der Vorfrage ab, wie eine juristische Person des Kirchenrechts entsteht. Bayern stand hier von alters her auf dem Boden der „Organisationstheorie“, wonach die juristischen Personen des Kirchenrechts kraft ihrer gesetzmäßigen Errichtung mit der Genehmigung ihrer Existenz *ipso iure* auch juristische Personen waren⁹⁹. Als bei den juristischen Personen des Kirchenrechts der Unterschied von Korporation und

99) Vgl. Meurer, Kirchenstiftung a.a.O. S. 13 ff.

Stiftung schärfer herausgestellt wurde, kam die bayerische Verwaltungspraxis bezüglich der kirchlichen Stiftungen zu der „Konzessionstheorie“; für die Entstehung einer kirchlichen Stiftung bedurfte es jeweils einer besonderen „Persönlichkeitsgenehmigung“. Meurer¹⁰⁰ charakterisiert den Unterschied zwischen den beiden Theorien treffend dahingehend, daß nach der Organisationstheorie die Rechtsfähigkeit aus der Organisation erwächst, während sie bei der Konzessionstheorie äußerlich angehängt ist.

Man kann hier also einmal von einer sog. Organisationsgenehmigung sprechen, zum anderen von einer Konzessionsgenehmigung. Zur juristischen Begründung der letzteren ist angeführt worden, daß der Staat durch besonderen Akt die Rechtsfähigkeit verleihen müsse, weil die kirchliche Organisationsgewalt allein nicht mit Wirkung für das staatliche Recht ein Rechtssubjekt schaffen könne, sondern weil dazu eine „auctoritatis interpositio“ der Staatsbehörde gehöre. Mit Recht führt Heckel¹⁰¹ an, daß diese These nicht haltbar ist. „So gewiß es ist, daß gegen den Willen der staatlichen Rechtsordnung kein Rechtssubjekt in ihrem Bereich entstehen kann, so wenig folgt daraus, daß für die Entstehung eines solchen Rechtssubjekts jeweils ein besonderer Akt der staatlichen Verwaltung unentbehrlich ist. Es kann vielmehr die Voraussetzung für die Entstehung einer juristischen Person auch im voraus ein für allemal gesetzlich so geregelt sein, daß mit der Erfüllung dieser Voraussetzung das neue Rechtssubjekt ohne weiteres entsteht.“

Bei der Genehmigung des Stiftungsgesetzes ist, wie die Formulierung des Art. 4 StiftG. klar ergibt, die „Organisationsgenehmigung“ gemeint. Diese verstößt deshalb nicht gegen Art. 137 Abs. 3 WV, 140 GG, Art. 142 Abs. 3 BV, weil sie davon ausgeht, daß die Rechtsfähigkeit aus der kirchlichen Organisation erwächst, was begrifflich zur Organisationsgewalt oder Organisationsfreiheit gehört. Das Mitwirkungsrecht des Staates in der Form der Anerkennung einer Organisation beschränkt zwar die Organisationsfreiheit der Kirche, jedoch zulässigerweise, weil es für den Bestand des Staates unentbehrlich ist, daß die auf staatlichem Bereich handelnden Rechtssubjekte von ihm anerkannt sind. Die „Konzessionsgenehmigung“ ist dagegen ein unzulässiger Eingriff in die Organisationsfreiheit der Kirche, weil sie leugnet, daß die Rechtsfähigkeit aus der kirchlichen Organisation erwächst und eine besondere Verleihung der Rechtsfähigkeit durch den Staat verlangt. Eine solche ist für den Bestand des Staates als einer „politischen, kulturellen und Rechtsgemeinschaft“¹⁰² jedoch keineswegs konstitutiv.

Die Stiftungen der Evang.-Luth. Kirche müssen eine Satzung haben, die durch den Stiftungsakt (das Stiftungsgeschäft) bestimmt wird. Die Satzung hat Bestimmungen über Name, Sitz, Zweck, Vermögen und Organe der Stiftung, sowie über die Verwendung des

100) Meurer, Kirchenstiftung, S. 13.

101) Heckel, Autonomie, S. 37, 38.

102) Heckel, Autonomie, S. 18.

Stiftungsertrages zu enthalten. Soweit jedoch allgemeine kirchliche Vorschriften darüber nähere Angaben enthalten, erübrigen sich in der Satzung besondere Bestimmungen (Art. 8, 9, 37 Abs. 3 S. 1 und 39 StiftG.).

Solche Vorschriften bestehen zur Zeit, teils als aufgehobenes Staatskirchenrecht, das zum innerkirchlichen Recht erklärt wurde, teils als besondere innerkirchliche Vorschriften.

So bestimmt § 8 EStiftG.:

„Bis zum Erlaß allgemeiner kirchlicher Bestimmungen über Name, Sitz, Zweck, Vertretung, Verwaltung und Beaufsichtigung kirchlicher Stiftungen gelten im übrigen,

a) für die ortskirchlichen Stiftungen und die Pfründestiftungen die derzeitigen kirchlichen Vorschriften¹⁰³,

b) für die ortskirchlichen Stiftungen ergänzend auch die Vorschriften der bisherigen staatlichen Kirchengemeindeordnung vom 24. September 1912 nebst den dazu ergangenen Ausführungsvorschriften als innerkirchliches Recht,

c) für die kirchlichen Stiftungen im Sinne des § 1 c und d die bisherigen besonderen Bestimmungen.“

Durch § 8 EStiftG. sind die bisherigen stiftungsrechtlichen Vorschriften der Evang.-Luth. Kirche als allgemeine Vorschriften im Sinne des Art. 39 StiftG. anerkannt, auch wenn sie nur Übergangsbestimmungen sind. Das gleiche gilt für die bisherigen durch § 8 übernommenen staatlichen Bestimmungen als innerkirchliches Recht. Die Übernahme war notwendig. Durch das Stiftungsgesetz wurden die Rechtsverhältnisse der kirchlichen Stiftungen regelnden staatlichen Vorschriften, insbesondere die staatliche Kirchengemeindeordnung von 1912, außer Kraft gesetzt¹⁰⁴. Da das Stiftungsgesetz selbst die besondere Regelung der Rechtsverhältnisse der kirchlichen Stiftungen den Kirchen überläßt, wären mit dem Inkrafttreten des Stiftungsgesetzes für die ortskirchlichen Stiftungen Gesetzeslücken entstanden, wenn nicht bis zum Erlaß umfassender allgemeiner kirchlicher Vorschriften neben den derzeitigen kirchlichen auch die bisherigen staatlichen Vorschriften als ergänzendes innerkirchliches Recht aufrecht erhalten worden wären.

Für die evangelischen Stiftungen gelten die wesentlichsten Grundsätze für die Verwaltung des Stiftungsvermögens, die Art. 10 ff. StiftG. näher umschreiben¹⁰⁵, kraft staatlichen Rechts.

103) Zu erwähnen sind hier vor allem: das „Kirchengesetz über den Kirchenvorstand“ vom 22. Juli 1946 (KABl. S. 86) nebst den Durchführungsbestimmungen vom 10. Oktober 1946 (KABl. S. 128); „Bekanntmachungen über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Kirchenstiftungen und Kirchengemeinden“ vom 15. März 1937 (KABl. S. 41); „Bekanntmachungen über die Rechnungsführung der Kirchengemeinden u. Kirchenstiftungen“ vom 15. März 1944 (KABl. S. 13); das „Pfarrbesoldungsgesetz“ vom 31. März 1955 (KABl. S. 38); das „Kirchengesetz über die Bildung eines Pfründestiftungsverbandes“ vom 18. Januar 1935 (KABl. S. 10).

104) Vgl. Art. 50 Abs. 2 Ziff. 7 StiftG.

105) Vgl. oben S. 8; sowie Nr. 2 Abs. 3 b, c, d VB.

Der Grundsatz, das Stiftungsvermögen in seinem Bestand ungeschmälert zu erhalten und von anderem Vermögen getrennt zu halten, gilt hier insbesondere in Bezug auf das Verhältnis zwischen Stiftungsvermögen und dem Vermögen kirchlicher Körperschaften der Evang.-Luth. Kirche, wie Vermögen der Kirchengemeinden, Kirchenbezirke und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche. Während die Mitglieder der Stiftungsorgane, insbesondere die gesetzlichen Vertretungsorgane, zur gewissenhaften und sparsamen Verwaltung des Stiftungsvermögens kraft staatlichen Rechts verpflichtet sind (Art. 15 StiftG.), bestimmt sich ihre Haftung für vorsätzlich oder grobfahrlässige Pflichtverletzungen ausschließlich nach kirchlichem Recht (Art. 39 StiftG., § 6 EStiftG. i. V. m. Art. 24 und 26 StiftG., Nr. 2 Abs. 3 f., Nr. 13 VB).

Stiftungen der evangelisch-luth. Kirche können nur nach Maßgabe der Art. 17 bis 20 StiftG. und nur im Einvernehmen mit der Evang.-Luth. Landeskirche umgewandelt oder aufgehoben werden (Art. 37 Abs. 2 StiftG.). Es ist zunächst davon auszugehen, daß man das Wort „Einvernehmen“ in Art 37 Abs. 2 StiftG. nicht mit dem Begriff „Einvernahme“ gleichsetzen kann. Würde man dies tun, so bedeutete „Einvernehmen“ nach der Definition, die Art. 11 der bisherigen KGO für die „Einvernahme“ gibt, nichts anderes, als daß der Staat bei der Aufhebung oder Umwandlung einer kirchlichen Stiftung lediglich das Einverständnis mit der betreffenden Kirche anstreben müßte, etwaige Erinnerungen sorgfältig zu würdigen und nach Möglichkeit zu berücksichtigen hätte. Er brauchte sie jedoch nicht zu berücksichtigen und könnte nach pflichtgemäßen Ermessen frei entscheiden. Die kirchliche Oberbehörde hätte dann lediglich das Recht der Beschwerdeführung (Vorschaltbeschwerde) und könnte zuletzt die Verwaltungsgerichte anrufen (Anfechtungsklage nach §§ 22, 35 des Gesetzes Nr. 39 über die Verwaltungsgerichtsbarkeit (VVG) vom 25. September 1946)¹⁰⁶.

Diesen Begriff kann man jedoch einmal schon deshalb nicht auf Art. 37 Abs. 2 StiftG. anwenden, weil er nur aus dem System der Staatskirchenhoheit, wie es der KGO zugrunde liegt, verständlich ist. Geht man von dem Grundgedanken des Stiftungsgesetzes aus, das den Kirchen Autonomie und Selbstverwaltung über ihre Stiftungen einräumen wollte, so erhellt es von selbst, daß der Staat bei der Aufhebung einer kirchlichen Stiftung nicht mehr so frei schalten und walten darf wie früher, und daß die Kirche in weitaus stärkerem Maße als früher bei der Aufhebung oder Umwandlung einer kirchlichen Stiftung beteiligt sein muß. Wenn noch nach der Formulierung des Art. 37 Abs. 2 StiftG., das Wort „Einvernehmen“ mehr auf das „Einverständnis“ selbst hindeutet als auf ein Anstreben des Einverständnisses, so dürfte es nicht abwegig sein, in dem Wort „Einvernehmen“ ein kirchliches Zustimmungsrecht zu erblicken, ohne das die Stiftung nicht aufgehoben werden kann. Insoweit hat auch Nr. 5 VB zu § 3 Abs. 3 EStiftG. ihre Berechtigung, wenn

106) GVBl. S. 281, ber. S. 384.

sie bestimmt: „Zuständig zur Erteilung der kirchlichen Zustimmung ist der Landeskirchenrat¹⁰⁷.

Für die Aufhebung und Umwandlung einer Stiftung der Evang.-Luth. Kirche ist grundsätzlich die staatliche Genehmigungsbehörde zuständig, regelmäßig also das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Art. 17 mit Art. 6 Abs. 2 StiftG.).

Zur Frage der Umwandlung ist jedoch noch eine Besonderheit zu beachten. Der häufig vorkommende Fall der Veränderung einer Tochterkirchenstiftung in eine Pfarrkirchenstiftung¹⁰⁸ ist keine Umwandlung im Sinne des Art. 17 StiftG. und des § 87 BGB, sondern lediglich eine nur den innerkirchlichen Bereich betreffende Veränderung, durch die weder der Stiftungszweck geändert, noch der stiftungsrechtliche Bestand einer solchen Stiftung berührt wird. Für eine solche „Umwandlung“ sind die kirchlichen Aufsichtsbehörden allein zuständig¹⁰⁹.

4. Die Obhutspflicht der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche

Die evangelischen Stiftungen unterliegen grundsätzlich der Obhut der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern (Art. 38, 39 StiftG., § 2 EStiftG.). Die Übergangsregelung des Art. 47 StiftG., daß bis zum Inkrafttreten der nach Art. 39 von den Kirchen zu erlassenden allgemeinen Vorschriften, die Bestimmungen des II. Abschnittes des staatlichen Stiftungsgesetzes über die staatliche Stiftungsaufsicht gelten sollen, kommt für die Evang.-Luth. Kirche in Bayern nicht in Frage, da sie der Anregung des Art. 39 StiftG., solche Vorschriften in eigener Zuständigkeit zu erlassen, bereits entsprochen hat. Durch § 6 EStiftG. werden die Art. 22 bis 29 des staatlichen Stiftungsgesetzes für entsprechend anwendbar erklärt. Damit ist ausgedrückt, daß diese Bestimmungen für die evangelischen Stiftungen nicht als staatliches Recht, sondern als kirchliches Recht unmittelbare Anwendung finden. Wenn es sich hierbei auch nur um eine Übergangsregelung handelt, so heißt das doch, daß in § 6 EStiftG. i. V. m. Art. 22 bis 29 StiftG. von der Evang.-Luth. Kirche allein materiellrechtlich Inhalt und Form der Aufsicht gestaltet wird. Die Bezugnahme auf die staatlichen Aufsichtsbestimmungen läßt deshalb keineswegs den Schluß zu, daß die Evang.-Luth. Kirche dadurch in der Ausübung ihrer Aufsicht über ihre Stiftungen inhaltlich grundsätzlich an die staatlichen Bestimmungen über die Aufsicht gegenüber den übrigen öffentlichen Stiftungen gebunden ist.

107) Würde der Landeskirchenrat seine Zustimmung zur Aufhebung einer kirchlichen Stiftung verweigern, so müßte sie der Staat im Verwaltungsrechtsweg erzwingen. Es handelte sich dann hier um eine typische Parteistreitigkeit nach §§ 85 ff. VGG, da insoweit Staat und Kirche als gleichberechtigte und gleichgeordnete Rechtsträger i. S. des § 85 betrachtet werden müssen.

108) Über die Begriffe vgl. Langheinrich a.a.O. S. 162, 165.

109) Vgl. auch Entschließung des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 21. Juli 1955 Nr. II 53574, in: KABl. 1955, Nr. 14, S. 85.

Die Durchführung der Obhut obliegt den kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörden der Evang.-Luth. Kirche. Das sind entweder der Landeskirchenrat der Evang.-Luth. Kirche oder die Evangelisch-Lutherische Landeskirchenstelle in Ansbach (§ 5 EStiftG., Nr. 7 VB). Der Landeskirchenrat und die Landeskirchenstelle sollen die evangelischen Stiftungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben verständnisvoll beraten, fördern und schützen sowie die Entschlußkraft und Selbstverantwortung der Stiftungsorgane stärken (§ 6 EStiftG. i. V. m. Art. 22 StiftG., Nr. 8 VB)¹¹⁰. Diese Bestimmung entspricht ganz dem Obhutsgedanken des staatlichen Stiftungsgesetzes. Mit dieser neuen Terminologie der Obhutspflicht des Staates über die Stiftungen sollte gesagt sein, daß der Staat das Stiftungsvermögen nicht für eigensüchtige Zwecke und in seinem Interesse zu verwalten hat, sondern, daß er dazu da ist, durch diese Obhut der Stiftung zu dienen und ihre Zwecke zu fördern. Obhutsverpflichtungen des Staates können zwar zu einer Aufsicht werden, diese ist aber in erster Linie kein Recht des Staates, sondern sie ist eine Pflicht¹¹¹. Diesem Grundgedanken der staatlichen Obhutspflicht ist die Evang.-Luth. Kirche in der Übergangsregelung des § 6 EStiftG. für die kirchliche Obhutspflicht gefolgt. Diese Tatsache macht aber die Frage nicht überflüssig, ob sie bei der Ausübung ihrer Stiftungsaufsicht an dieselben Grundgedanken wie die staatliche Stiftungsaufsichtsbehörde gebunden ist.

Anders und extrem formuliert: Muß die Kirche die Eigenständigkeit ihrer Stiftungen weitgehendst betonen und die Selbstverantwortung der Stiftungsorgane fördern, oder kann sie ihre Stiftungen, etwa entsprechend der einmaligen staatlichen Stiftungskuratel, wie Minderjährige behandeln und ihre Handlungsfähigkeit stark einschränken? Hier muß gesagt werden, daß die kirchlichen Stiftungen zwar in ihrem Bestand und ihrem Vermögen gegen egoistische Motive der Kirche gesichert sind (Art. 2, 10 StiftG.), nicht aber in ihrer Handlungsfreiheit und Selbstverantwortung, die der Begriff der Obhutspflicht ja zum Ausdruck bringen will. Daran ändert auch nichts, daß die kirchlichen Stiftungen der Obhut der Kirche unterliegen (Art. 38 StiftG.), weil Art. 39 StiftG. den Inhalt der kirchlichen Stiftungsaufsicht vollkommen der Ausgestaltung durch die Kirche überläßt. Wenn auch diese Frage in dieser extremen Form nie aktuell werden dürfte, so ist doch gerade den Instituten der Evang.-Luth. Kirche in vermögensrechtlicher Hinsicht eine Entwicklung vorgezeichnet, die sich schwerlich mit Art. 22 StiftG. decken dürfte. Denn: Während das Stiftungsgesetz auf die Eigenständigkeit der Stiftungen abstellt, ihre Handlungsfreiheit betont und sich deswegen bemüht, die staatliche Aufsicht soweit wie möglich zu lockern und auf das Notwendigste zu beschränken, „geht ein starker zentralistischer Zug durch das evangelische Kirchenvermögensrecht hin-

110) Die gleiche Formulierung findet sich in Art. 108 GO, Art. 94 LKO und Art. 90 BO.

111) Vgl. Liermann, Rechtsgutachten a.a.O.

durch, der teilweise sogar über die zentrale Aufsicht hinaus zu einer zentralen Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens geführt hat“¹¹².

Die Bewertung der Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen spitzt sich letzten Endes auf diese Frage zu. Auf der einen Seite hat das Stiftungsgesetz die kirchlichen Stiftungen so gut wie vollständig aus der staatlichen Aufsicht entlassen und der Kirche die ihr verfassungsrechtlich eingeräumte Autonomie und Selbstverwaltung über ihre Stiftungen gewähren müssen. Beides bedeutet für Kirche und kirchliche Stiftung einen Fortschritt. Auf der anderen Seite wäre es aber für die kirchliche Stiftung ein schlechter Tausch, wenn sie für die staatliche Obhutspflicht eine kirchliche Stiftungskuratel einhandeln würde. Deshalb muß wie bei der Regelung des staatlichen Stiftungsrechts auch bei der endgültigen Regelung des kirchlichen Stiftungsrechts für die Kirche immer wieder die Frage im Vordergrund stehen, wie weit die kirchliche Aufsicht gelockert werden kann, damit sie wirklich nur das Notwendigste umfaßt, und wie weit der kirchlichen Stiftung ohne Schaden für die Kirche, Selbständigkeit, Handlungsfreiheit und Selbstverantwortung innerhalb der kirchlichen Organisation gewährt werden kann.

Die allgemeine Aufgabe des Landeskirchenrats und der Landeskirchenstelle als Stiftungsaufsichtsbehörden besteht einmal in der Überwachung der Stiftung in Bezug auf ordnungsmäßige und rechtzeitige Ausstattung. Zum anderen müssen sie darauf achten, daß die Angelegenheiten der Stiftung in Übereinstimmung mit dem Gesetz und der Stiftungssatzung besorgt werden. Sie haben dabei insbesondere die Verwaltung des Stiftungsvermögens sowie die stiftungsmäßige Verwendung seines Ertrages und etwaiger Zuschüsse zu überprüfen (§ 6 EStiftG. i. V. m. Art. 23 Abs. 1 StiftG., Nr. 9 VB).

Zur Erfüllung dieser Aufgaben steht ihnen ein Informationsrecht zu, dahingehend, daß sie die Anstalten und Einrichtungen der Stiftungen der Evang.-Luth. Kirche besichtigen, Geschäfts- und Kassensführung prüfen sowie Berichte und Akten einfordern können (§ 6 EStiftG. i. V. m. Art. 23 Abs. 2 StiftG., Nr. 10 VB). Weiter haben sie die Pflicht, rechts- und satzungswidrige Beschlüsse der kirchlichen Stiftungsorgane zu beanstanden und ihre Aufhebung oder Änderung zu verlangen, gegebenenfalls bei Weigerung der Stiftungsorgane die Pflicht zur Ersatzvornahme auf Kosten der kirchlichen Stiftung (§ 6 EStiftG. i. V. m. Art. 23 Abs. 2—4 StiftG., Nr. 10, 11, 12 VB).

Aber nicht nur gegen die Maßnahmen der Stiftungsorgane müssen Landeskirchenrat und Landeskirchenstelle notfalls mit Zwang vorgehen, sondern sie haben auch die Pflicht, Maßnahmen gegen die Mitglieder der Stiftungsorgane zu treffen, wenn diese sich einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht haben oder zur Geschäftsführung unfähig sind. Diese Maßnahmen können entweder in der

¹¹²⁾ Hans Liermann, Deutsches Evangelisches Kirchenrecht, Stuttgart 1933, S. 379.

Entfernung des Mitglieds oder in der einstweiligen Untersagung der Geschäftsführung bestehen oder in der Einklagung von Schadensersatzansprüchen gegen das Mitglied, sofern das durch das Organ der Stiftung nicht selbst geschieht (§ 6 EStiftG. i. V. m. Art. 24 und 26 StiftG., Nr. 13 VB).

Von besonderer Wichtigkeit ist es, daß die kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörden darauf achten, daß die Vorschrift des Art. 25 StiftG., der nach § 6 EStiftG. innerkirchliches Recht ist, genauestens beachtet wird. Das Verbot des Insichgeschäfts, das Art. 25 StiftG. ausspricht, ist einer der Grundpfeiler für eine saubere und ordnungsmäßige Stiftungsverwaltung. Nur eine peinlich genaue Beachtung dieses Verbots kann die Stiftung vor ernststen Schäden bewahren und ihr Vermögen dem Stiftungszweck entsprechend erhalten. An und für sich ist Art. 25 StiftG. durch § 181 BGB überflüssig, der nach überwiegender Meinung auch im öffentlichen Recht Anwendung findet. Jedoch hat die Praxis gezeigt, daß sich § 181 BGB im öffentlichen Recht nicht voll entfalten konnte, daß nicht selten gegen diesen Grundsatz verstoßen wurde und er deshalb einer eigenen öffentlich-rechtlichen Bestätigung bedurfte. In Ausführung des EStiftG. bestimmt daher Nr. 14 VB, daß das zur Vertretung der Stiftung allgemein zuständige Organ keine Rechtsgeschäfte im Namen der Stiftung mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten vornehmen könne und daß für solche Geschäfte jeweils ein besonderer Vertreter zu bestellen sei. Kein Insichgeschäft in diesem Sinne sei ein Rechtsgeschäft, das ausschließlich der Erfüllung einer Verbindlichkeit diene.

Im kirchlichen Stiftungsrecht liegen Insichgeschäfte vor allem vor, wenn zwischen einer Kirchenstiftung und einer Kirchengemeinde, die durch den gleichen Kirchenvorstand vertreten werden, Rechtsgeschäfte abgeschlossen werden. Dasselbe gilt bei Rechtsgeschäften zwischen Pfründeinhaber und Pfründestiftung. Im ersten Fall hat die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde für die Kirchenstiftung einen besonderen Vertreter zu bestellen, der nicht dem Kirchenvorstand angehören darf, im zweiten Fall wird die Pfründestiftung durch den Pfründestiftungsverband vertreten (Nr. 14 Abs. 2 VB).

Die für die Durchführung der kirchlichen Aufsicht wichtigsten Bestimmungen bringt § 6 EStiftG. i. V. m. Art. 27 und 28 StiftG., Nr. 15 und 16 VB, nämlich die Pflicht der evangelischen Stiftungen zur regelmäßigen Vorlage des Voranschlages und der Jahresrechnung. Durch diese Unterlagen wird es der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde überhaupt erst möglich, die Erhaltung des Stiftungsvermögens und die stiftungsmäßige Verwendung des Ertrages und etwaiger Zuschüsse wirksam zu überwachen. Vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres haben sämtliche evangelischen Stiftungen mit Ausnahme der Pfründestiftungen einen Voranschlag aufzustellen, der die Grundlage für die Verwaltung aller Einnahmen und Ausgaben bildet. Dieser Voranschlag ist der jeweiligen Stiftungsaufsichtsbehörde, entweder dem Landeskirchenrat oder der Landeskir-

chenstelle, spätestens einen Monat vor Beginn des Geschäftsjahres zur Einsicht vorzulegen.

Diese können Stiftungen, die im wesentlichen gleichbleibende Einnahmen und Ausgaben aufweisen, die Aufstellung des Voranschlages für mehrere Jahre gestatten, auch können sie in besonders gelagerten Fällen auf die Aufstellung des Voranschlages verzichten.

Nach Ablauf des Geschäftsjahres ist innerhalb von sechs Monaten die Rechnung über die Führung der Verwaltung aufzustellen und mit einer Vermögensübersicht der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde vorzulegen. Diese hat die Rechnung zu prüfen und zu verbescheiden.

Die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde kann die Ansammlung des Ertrags des Stiftungsvermögens anordnen, wenn das Vermögen einer evangelischen Stiftung so erheblich geschwächt ist, daß die nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks beeinträchtigt wird (§ 6 EStiftG. m. Art. 29 StiftG., Nr. 17 VB). Auch diese Bestimmung zeigt, wie wichtig die Aufstellung des Voranschlages und die Rechnungslegung für die wirksame Ausübung der kirchlichen Stiftungsaufsicht ist.

Die Ansammlung des Ertrages des Stiftungsvermögens bedeutet eine Abweichung von der regelmäßigen Stiftungsverwaltung, wie sie gewöhnlich nach den Vorschriften der jeweiligen kirchlichen Stiftungssatzung zu führen ist. Sie kann, da bei den kirchlichen Stiftungen regelmäßig eine besondere Satzungsbestimmung fehlen wird, vom Stiftungsorgan nicht selbständig vorgenommen werden, sondern bedarf der besonderen Anordnung der jeweiligen kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde, die teils auf Antrag, teils von Amts wegen erfolgt.

§ 6 EStiftG. mit Art. 29 StiftG. enthält darüber hinaus aber auch noch die allgemeine Anordnungsbefugnis zur Ansammlung des Stiftungsvermögens für die Fälle, in denen die Stiftungsorgane diese zwar selbständig vornehmen können, es aber nicht tun.

Die Ansammlung des Stiftungsvermögens ist dann erforderlich, wenn eine kirchliche Stiftung einen größeren Vermögensverlust erlitten hat, aber noch über soviel Vermögen verfügt, daß durch die Anordnung der Ansammlung die nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks in absehbarer Zeit wieder erreicht werden kann. Ist dies nicht zu erwarten, so kommt nicht die Ansammlung des Stiftungsvermögens in Frage, sondern nur noch die Umwandlung oder Aufhebung der kirchlichen Stiftung¹¹³.

Es ist jedoch zu beachten, daß diese Regelung nur bei gefährdeten Stiftungen Platz greift und soll nicht heißen, daß die Stiftungsorgane ungefährdeter kirchlicher Stiftungen nicht selbständig die Erträge des Stiftungsvermögens ansammeln dürften.

Art. 12 StiftG. bestimmt ja nur, daß der Ertrag des Stiftungsvermögens und etwaiger Zuschüsse, das sind zum Verbrauch bestimmte

113) Vgl. Gesetzesbegründung zum staatlichen Stiftungsgesetz a.a.O. S. 14 zu Art. 29 StiftG.

Zuwendungen, nur entsprechend dem Stiftungszweck verwendet werden dürfen. Dagegen ist nicht vorgeschrieben, daß der Ertrag des Stiftungsvermögens und etwaiger Zuschüsse in jedem Jahr voll ausgeschüttet werden müssen. Da in den kirchlichen Stiftungssatzungen eine bindende Regelung meist fehlt, kann man wohl davon ausgehen, daß es in das Ermessen des Stiftungsorgans gestellt sein soll, wieviel im laufenden Geschäftsjahr verteilt und wieviel zurückgelegt wird. Aufgabe der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde ist es dann, auf Grund der im Voranschlag gemachten Angaben oder anläßlich der Rechnungsprüfung für die Erhaltung des Stiftungszwecks zu sorgen. Die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde kann also, wenn eine unverhältnismäßig hohe Admassierung vorgenommen wird, Einwendungen erheben und das Stiftungsorgan veranlassen, eine Ausschüttung vorzunehmen.

5. Die genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäfte der evangelischen Stiftungen

Art. 31 des staatlichen Stiftungsgesetzes zählt die Fälle auf, in denen die Genehmigung der Stiftungsaufsichtsbehörde für Rechtsgeschäfte der Stiftungsorgane erforderlich ist. Da die Evang.-Luth. Kirche nach Art. 39 StiftG. über die Beaufsichtigung ihrer Stiftungen allgemeine Vorschriften erlassen kann, kann bei der kirchlichen Regelung von den Genehmigungsvorbehalten des Art. 31 StiftG. grundsätzlich abgewichen werden. Bis zu einer endgültigen Regelung des kirchlichen Stiftungsrechts hat die Evang.-Luth. Kirche im § 7 EStiftG. die Kirchenstiftungen hinsichtlich der genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäfte und Maßnahmen fast ausnahmslos den Kirchengemeinden gleichgestellt. Auch für die Pfründestiftungen und die übrigen kirchlichen Stiftungen soll einheitlich die gleiche Rechtslage gelten¹¹⁴.

Die Genehmigung der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde ist erforderlich:

- a) „Bei Annahme von Zustiftungen, die mit einer Last verknüpft sind, welche nachhaltig den Wert der Stiftung übersteigt oder die einem erweiterten oder anderen Zweck als die Hauptstiftung dienen.“
(§ 7 Nr. 1 EStiftG).

Im Gegensatz zu den Zuschüssen als zum Verbrauch bestimmte Zuwendungen ist die Zustiftung eine Zuwendung zum Grundstockvermögen, was zur Folge hat, daß nicht die Zustiftung selbst verbraucht werden darf, sondern nur ihr Ertrag. Die Zustiftung ist rechtlich immer unselbständig und wird auch nicht durch die Genehmigung rechtsfähig, da ja nicht die Zustiftung als solche genehmigt

114) Vgl. die Gesetzesbegründung zum EStiftG. a.a.O. S. 13, 14; die Genehmigungsvorbehalte des § 7 Nr. 3 bis 12 EStiftG. entsprechen weitgehend den Genehmigungsvorbehalten für die Kirchengemeinden im § 1 d. „Kirchengesetzes über die vermögensrechtlichen Angelegenheiten der Kirchengemeinden“ vom 14. Februar 1938 (KABl. S. 35).

wird, sondern nur ihre Annahme durch die Hauptstiftung. Die Annahme einer Zustiftung ist grundsätzlich nicht genehmigungspflichtig, auch wenn sie mit einer Last wie z. B. Wohnrechten oder Rentenzahlungsverpflichtungen verknüpft ist. Wenn jedoch eine solche Last nachhaltig den Wert der Zustiftung übersteigt, so ist es Sache der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde, darüber zu entscheiden, ob die Zustiftung trotzdem einen solchen Wert für die Hauptstiftung besitzt, daß sie die Zustiftung genehmigen kann. Das gleiche gilt, wenn die Zustiftung einem erweiterten oder anderen Zweck als die Hauptstiftung dient. Genehmigungsfrei ist dagegen eine Zustiftung, die demselben Zweck wie die Hauptstiftung dient.

- b) „Wenn von den Vorschriften des Art. 10 Abs. 2 des staatlichen Stiftungsgesetzes vom 26. November 1954 abweichend veräußerte Bestandteile des rentierenden Vermögens nicht durch Erwerb anderer rentierender Vermögenswerte ersetzt oder für veräußerte Grundstücke nicht wieder Grundstücke beschafft werden sollen.“ (§ 7 Nr. 2 EStiftG.).

Es ist selbstverständlich, daß hier eine Genehmigung der kirchlichen Stiftungsbehörde notwendig ist, berührt eine solche Veräußerung doch den wichtigsten Grundsatz des Stiftungsrechts, die Erhaltung des Stiftungsvermögens. Zu beachten ist hier, daß eine unentgeltliche Übereignung von Stiftungsgrundstücken an Dritte überhaupt unzulässig ist.

- c) „Bei Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken oder von Rechten, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des bürgerlichen Rechts gelten, ferner bei Verfügungen über ein Recht an einem Grundstück, mit Ausnahme von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden oder bei Verfügungen über ein Reichnis.“ (§ 7 Nr. 3 EStiftG.).

Auch hier ist der Genehmigungsvorbehalt berechtigt. Da Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte noch immer zu den wertbeständigsten Vermögensmassen gehören, ist bei ihrer Veräußerung oder Belastung besondere Vorsicht geboten.

- d) „Bei Übernahme fortdauernder oder wiederkehrender Leistungen oder sonstiger bleibender Lasten.“ (§ 7 Nr. 4 EStiftG.).

Diese Bestimmung wird hauptsächlich für die ortskirchlichen Stiftungen dann aktuell werden, wenn neue kirchengemeindliche Ämter und Stellen unter Beteiligung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens errichtet werden sollen und die ortskirchliche Stiftung Gehalts- oder Lohnverpflichtungen übernehmen soll.

- e) „Bei Schuldaufnahmen und Übernahme sonstiger Verpflichtungen, wenn der Betrag 1000 DM im Rechnungsjahr überschreitet; für kirchliche Stiftungen, deren Gesamteinnahmen jährlich 20 000 DM überschreiten, beträgt die Freigrenze 3000 DM“ (§ 7 Nr. 5 EStiftG.).

Diese Bestimmung soll die kirchlichen Stiftungen vor Überschuldung schützen. Zu den sonstigen Verpflichtungen dieser Bestimmung gehört vor allem die Übernahme von Bürgschaften.

- f) „Bei Erwerb, Veräußerung oder Verpfändung von Einrichtungsgegenständen im Werte von mehr als 1000 DM“ (§ 7 Nr. 6 EStiftG.).
- g) „Beim Abschluß oder der Veränderung von Verträgen über die Auseinandersetzung von Kirchen- und Schulvermögen“ (§ 7 Nr. 7 EStiftG.).
- h) „Bei der Ausleihung von Geldern an Mitglieder der ortskirchlichen Vertretungskörper, sowie bei Anlegung von Geldern abweichend von den bestehenden Bestimmungen“ (§ 7 Nr. 8 EStiftG.).

Zu den ortskirchlichen Vertretungskörpern gehören der Kirchenvorstand und die Gesamtkirchenverwaltung. Über die Anlegung von Stiftungsgeldern sind bis jetzt von der Evang.-Luth. Kirche noch keine besonderen Bestimmungen erlassen worden. Trotzdem Art. 14 StiftG. nach Art. 37 Abs. 3 StiftG. keine Anwendung findet, soll bis dahin nach § 7 Nr. 8 EStiftG. die bisherige Übung beibehalten werden, d. h. Stiftungsgelder der evangelischen Stiftungen müssen mündelsicher nach §§ 1806—1808 BGB angelegt werden. Es ist allerdings mit Sicherheit zu erwarten, daß die Evang.-Luth. Kirche in den kommenden Bestimmungen von dieser Regelung abweichen wird, da gerade die mündelsichere Anlegung bisher durch die Geldentwertungen schon zweimal große Einbußen an kirchlichem Vermögen verursacht hat.

- i) „Bei Gewährung von besonderen Vergütungen oder Aufwandsentschädigungen an Geistliche, kirchliche Angestellte oder Mitglieder der ortskirchlichen Vertretungskörper“ (§ 7 Nr. 9 EStiftG.).

Die besonderen Vergütungen oder Aufwandsentschädigungen an Geistliche kommen jedoch nur insoweit nach § 7 Nr. 9 EStiftG. in Frage, soweit sie nicht nach § 25 des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 31. März 1955 an sich unzulässig sind.

- j) „Bei Bauführungen von mehr als 1000 DM Kostenaufwand im Rechnungsjahr; Ziff. 5 zweiter Halbsatz gilt entsprechend“ (§ 7 Nr. 10 EStiftG.).
- k) „Bei Errichtung oder Übernahme von Erwerbsunternehmen oder bei erheblicher Beteiligung an solchen“ (§ 7 Nr. 11 EStiftG.).
- l) „Bei Errichtung neuer kirchengemeindlicher Ämter und Stellen unter Beteiligung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens“ (§ 7 Nr. 12 EStiftG.).

Soweit die Beteiligung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens in der Verpflichtung von Gehalts- oder Lohnzahlungen besteht, also in wiederkehrenden Leistungen, ist auch § 7 Nr. 4 EStiftG. einschlägig.

Eine nach § 7 Nr. 12 EStiftG. erteilte Genehmigung schließt in sich dann die Genehmigung nach § 7 Nr. 4 und umgekehrt.

- m) „Bei Rechtsgeschäften und Maßnahmen aller Art zwischen kirchlichen Stiftungen untereinander oder zwischen kirchlichen Stiftungen einerseits und Kirchengemeinden oder Kirchenbezirken andererseits“ (§ 7 Nr. 13 EStiftG.).

Diese Bestimmung ist besonders wichtig, da erfahrungsgemäß häufig zwischen kirchlichen Stiftungen untereinander oder zwischen kirchlichen Stiftungen und Kirchengemeinden oder Kirchenbezirken Rechtsgeschäfte der verschiedensten Art abgeschlossen werden müssen. Als Beispiel sei nur angeführt ein Grundstückstausch zwischen Kirchenstiftung und Kirchengemeinde zur Erweiterung eines kirchlichen Friedhofs. In diesem Falle muß sogar die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde zweimal tätig werden. Da hier ein Insingeschäft vorliegt, muß sie einen besonderen Vertreter für die Kirchenstiftung bestellen und dann muß sie dieses Geschäft noch genehmigen, alles um zu gewährleisten, daß das kirchliche Stiftungsvermögen auf jeden Fall erhalten bleibt und sachgemäß verwaltet wird.

6. Das beschränkte Oberaufsichtsrecht des Staates

Während die kirchlichen Stiftungen der Evang.-Luth. Kirche also einerseits unter einer ziemlich intensiven und größtenteils wohl auch notwendigen Aufsicht der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörden stehen, hat sich der Staat weitestgehend seiner bisherigen Aufsichtsbefugnis über sie begeben. Übriggeblieben von der einst so intensiven Staatsaufsicht nach der Kirchengemeindeordnung ist nach dem neuen Stiftungsgesetz lediglich ein ganz beschränktes staatliches Oberaufsichtsrecht in Art. 38 StiftG. und in den Fällen, in denen für alle geltende Gesetze die kirchliche Autonomie beschränken.

Für alle geltende Gesetze, an denen die Wahrnehmung der Obhut der Kirchen über ihre Stiftungen ihre Schranken findet, sind vor allem das bayerische Forstgesetz bezüglich der Stiftungswälder und bundes- und landesrechtliche Bestimmungen über Denkmalschutz.

Das bayerische Forstgesetz vom 28. März 1852/4. Juni 1896¹¹⁵ bestimmt in Art. 6: „Die Bewirtschaftung der Gemeinde- und Stiftungswaldungen steht unter der Oberaufsicht der Staatsregierung.“ Deshalb erklärt auch Art. 13 StiftG. für alle, auch die kirchlichen Stiftungen: „Für die Bewirtschaftung der Stiftungswälder gelten außer den Vorschriften dieses Gesetzes die jeweiligen allgemeinen Bestimmungen.“

115) GVBl. 1896 S. 325; vgl. dazu auch die Vollzugsvorschriften für Gemeinde-, Stiftungs- und Körperschaftswaldungen vom 12. Mai 1897 und 1. Februar 1918 (MABl. S. 209, MABl. S. 2) sowie die ME vom 27. September 1925 über die Vereinigung der Betriebsführung in Gemeinde-, Stiftungs- und Körperschaftswaldungen mit Forstschutz (Staatsanzeiger Nr. 215).

Das will nichts anderes bedeuten, als daß in allen genehmigungspflichtigen Angelegenheiten der Bewirtschaftung der Pfründestiftungs- und der Kirchenstiftungswälder die kirchlichen Stiftungsorgane (Pfründeinhaber bzw. Pfründestiftungsverband und Kirchenvorstand) nicht an die kirchliche, sondern an die staatliche Aufsicht gebunden sind. Nach Art. 13 StiftG. gelten aber bezüglich der Stiftungswaldungen neben diesen allgemeinen Vorschriften des Forstgesetzes und seiner Vollzugsvorschriften auch die allgemeinen Vorschriften des Stiftungsgesetzes, insbesondere Art. 10 und 11 StiftG. Hiernach unterstehen die Stiftungswaldungen dem Grundsatz der ungeschmälernten Erhaltung des Stiftungsvermögens. Aus Art. 10 Abs. 2 StiftG. muß der Schluß gezogen werden, daß bei den Stiftungswaldungen Ertragnisse aus Sondereinschlägen, die die Substanz des Waldes berühren, als veräußerte Bestandteile des rentierenden Vermögens betrachtet werden müssen, die durch Erwerb anderer rentierender Vermögenswerte (Grundstücke oder Wertpapiere) ersetzt werden müssen. Eine Freigabe zum Verbrauch solcher angefallener Vermögensteile liegt nicht in der Zuständigkeit der kirchlichen Obhutsbehörden. Ausgenommen hiervon muß natürlich der Fall sein, daß die angefallenen Vermögensteile zu dringlicher Substanzerhaltung an anderen Grundvermögensbestandteilen der Stiftung, z. B. Gebäudeerhaltung bei Leistungsunfähigkeit des Baulastträgers, verwendet werden müssen.

Eine weitere Beschränkung der kirchlichen Obhut bringen auch die Bestimmungen über den Denkmalschutz. Nach Art. 141 Abs. 1 der Bayer. Verfassung von 1946 genießen die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur den Schutz und die Pflege des Staates. So richtet Art. 38 Abs. 1 S. 2 in Verbindung mit Art. 31 Abs. 1 Ziff. 4 StiftG. der kirchlichen Obhut eine Schranke auf. „Die Veräußerung oder wesentliche Veränderung von Sachen, die einen besonderen wissenschaftlichen, geschichtlichen oder künstlerischen Wert haben“, bedarf der Genehmigung der staatlichen Stiftungsaufsichtsbehörde. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß in diesem Falle die staatliche Obhut die kirchliche gänzlich verdrängt. Vielmehr ist außerdem die Genehmigung der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde notwendig, die gleichberechtigt neben der staatlichen Genehmigung steht. Es liegt hier ein Fall einer sog. Doppelgenehmigung vor, die für die Rechtsgültigkeit der Veräußerung unerlässlich ist. Mit anderen Worten: Weder die staatliche, noch die kirchliche Genehmigung allein vermögen der Veräußerung eines Objektes mit wissenschaftlichem oder künstlerischem Wert Rechtsgültigkeit zu verschaffen, sondern nur beide zusammen. In diesem Sinne muß auch § 4 EStiftG. verstanden werden, wenn er in diesem Fall auch die Genehmigung der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörde neben der staatlichen Genehmigung zur Pflicht macht.

Kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde ist nach § 4 EStiftG., Nr. 6 VB der Landeskirchenrat. Er erteilt die kirchliche Genehmigung und beantragt die staatliche Genehmigung, wobei man regelmäßig in

diesem Antrag des Landeskirchenrats die stillschweigende Genehmigung erblicken müssen wird¹¹⁶.

Im Gegensatz zu diesem paritätischen Verhältnis von staatlicher und kirchlicher Obhut über die kirchlichen Stiftungen im Fall der Veräußerung von künstlerischen und ähnlichen Objekten, steht die Einschränkung der kirchlichen Obhut durch Art. 38 Abs. 2 Ziff. 2 StiftG., der in „schönheitlicher Beziehung“ die Genehmigung für kirchliche Bauführungen ausschließlich dem Staat vorbehält. Hierunter fallen allgemein alle Instandsetzungen und Veränderungen von kirchlichen Bauwerken und Kunstgegenständen mit Denkmalswert. Hierfür ist die Regierung ausschließliche Genehmigungsbehörde, die ihrerseits wieder die Gutachten des „Bayerischen Landesamtes für Denkmalspflege“¹¹⁷ einzuholen hat. Nach § 14 der Verordnung vom 23. Januar 1872, das Staatsbauwesen betreffend¹¹⁸, ist darüber hinaus bei Gebäuden von kirchlichen Stiftungen und Kirchengemeinden, die der Monumental- und Kirchenarchitektur angehören, die Genehmigung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus erforderlich, wenn sie neu erbaut oder ihre äußere Form und Gestalt einer wesentlichen Veränderung unterworfen werden sollen. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus erteilt die Genehmigung aber nicht als Stiftungsaufsichtsbehörde, sondern als oberste Baubehörde. Zu beachten ist aber, daß die Genehmigung, gerade weil sie lediglich auf den schönheitlichen Standpunkt abstellt, die baurechtliche Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörden nicht ersetzt.

Schließlich findet die kirchliche Obhut eine letzte Schranke in Art. 38 Abs. 2 Ziff. 1 StiftG. bezüglich der Betreuung kirchlicher Gebäude, an denen der Staat primär oder subsidiär die Baulast hat. Daß der Staat diese Gebäude als „staatliche Gebäude“ ansieht und sie den für die Benützung und Unterhaltung geltenden allgemeinen staatlichen Bestimmungen unterwirft und für sich allein das Aufsichtsrecht beansprucht, muß bezüglich der Zweckmäßigkeit und Berechtigung stark angezweifelt werden und kann lediglich aus einem gewissen Billigkeitsgesichtspunkt begründet werden. Hinzu kommt noch, daß die allgemeinen Vorschriften, auf die Art. 38 Abs. 2 Ziff. 1 StiftG. verweist¹¹⁹, in ihrer Rechtsgültigkeit bestritten und

116) Der Landeskirchenrat war schon bisher zuständige kirchliche Behörde in Angelegenheiten des Denkmalschutzes nach der Verordnung über die Errichtung einer Evang.-Luth. Landeskirchenstelle vom 15. März 1930, Ziff. 3 (KABl. S. 19).

117) Das ist die staatliche Fachbehörde für Denkmalschutz und Denkmalspflege in Bayern.

118) Reg.Bl. S. 337, 455.

119) Das ausschließliche staatl. Aufsichtsrecht gründet sich vor allem auf § 97 i. V. mit Tit. VI u. VII der Verordnung vom 28. Februar 1851, die Benützung und Unterhaltung der Staatsgebäude betreffend (RGBl. S. 161) und d. §§ 14 b, 15, 38 und 39 der Verordnung über das Staatsbauwesen vom 23. Januar 1872 (RGBl. S. 337, 455).

auch vielfach überholt sind¹²⁰, wie die Gesetzesbegründung¹²¹ selbst zugeben muß.

Wenn auch diese Vorschriften eigentlich nicht in direktem Zusammenhang mit dem Stiftungsrecht stehen, so ist es doch äußerst bedenklich, sie, die der Territorialismus geprägt hat, in ein modernes Gesetz wie das Stiftungsgesetz hineinzunehmen. Diese Bestimmungen halten sich nämlich noch ganz im Rahmen der damaligen weitgehenden Staatsaufsicht. Bei ihrer Neufassung wird man bezüglich der kirchlichen Gebäude das beiderseitige Interesse von Staat und Kirche in den Vordergrund zu stellen haben. Denn es ist zwar klar, daß der Staat an der Instandhaltung und Pflege derjenigen kirchlichen Gebäude, an denen ihm eine Baupflicht obliegt, ein besonderes Interesse hat. Das gleiche Interesse wird man aber der Kirche nicht absprechen dürfen, da es sich bei diesen Gebäuden um Eigentum kirchlicher Institute handelt und die Gebäude in der Form instandgehalten werden müssen, wie sie am besten kirchlichen Zwecken dienen. Es muß daher für die Zukunft, aus diesem beiderseitigen Interesse heraus eine gemeinsame staatlich-kirchliche Aufsicht geschaffen werden.

7. Besonderheiten des ortskirchlichen- und Pfründestiftungsvermögens der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bezug auf Sitz, Zweck, Vertretung, Verwaltung und Beaufsichtigung

A. Die ortskirchlichen Stiftungen

Über die Arten des ortskirchlichen Stiftungsvermögens wurde schon eingangs gesprochen¹²² und als Hauptart die Ortskirchenstiftung (Kirchenfabrik) hervorgehoben. Den Hauptbestandteil des Vermögens der Ortskirchenstiftung bildet — wirtschaftlich gesehen natürlich lediglich als zehrendes Vermögen — das Kirchengebäude. Eigentümerin des Kirchengebäudes ist regelmäßig die Ortskirchenstiftung, jedoch kommt praktisch vielfach das Eigentumsrecht anderen juristischen und natürlichen Personen zu, wie hauptsächlich bei Schloßkapellen und Anstaltskirchen¹²³.

1. Der Sitz

Als Sitz des ortskirchlichen Stiftungsvermögens der Evang.-Luth. Kirche gilt, sofern nichts anderes bestimmt oder hergebracht ist, der Ort der betreffenden Kirche, zu der das Vermögen in Beziehung steht.

Bei Stiftungsverbänden gilt als Sitz der hergebrachte Ort (§ 8 Abs. 1 Buchst. b EStiftG. i. V. m. Art. 6 Abs. 3 und 4 der bisherigen KGO, Nr. 19 Abs. 3 VB). Ausschlaggebend für den Sitz ist also

120) Vgl. Meurer KVR Bd. III: Die Rechtsfähigkeit und Baulast auf dem Gebiet der Kirche in Bayern, Stuttgart 1919, S. 551 ff.

121) a.a.O. S. 16 zu Art. 38 StiftG.

122) Vgl. oben S. 16.

123) Vgl. Liermann, Kirchenrecht a.a.O. S. 383.

der Ort der Kirche, zu der das Vermögen gehört, nicht aber der Ort, an welchem die Verwaltung geführt wird. Dagegen wird bei ortskirchlichen Stiftungsverbänden regelmäßig der Ort der Verwaltung maßgebend sein¹²⁴. Ausnahmen sind nur bei gegenteiliger Bestimmung oder bei Herkommen möglich, wobei letzteres soviel wie örtliches Gewohnheitsrecht bedeutet¹²⁵.

2. Der Zweck

Der Ertrag des ortskirchlichen Stiftungsvermögens dient nach Maßgabe der Art. 12 und 13 der bisherigen Kirchengemeindeordnung der Befriedung der Ortskirchenbedürfnisse. Neue Ausgaben können durch die ortskirchlichen Stiftungen nur übernommen werden, wenn die Erfüllung der bisherigen Verpflichtungen gesichert erscheint (§ 8 EStiftG., Nr. 19 Abs. 4 VB).

Als Ortskirchenbedürfnisse gelten vor allem die notwendigen Erfordernisse für die würdige Feier des öffentlichen Gottesdienstes, die Seelsorge und die Vermögensverwaltung. Ortskirchenbedürfnisse sind z. B. hauptsächlich die Herstellung und Unterhaltung der Kirchen mit regelmäßigem pfarrlichen Gottesdienst sowie die Unterhaltung der bestehenden kirchlichen Friedhöfe, ferner die Beschaffung und Unterhaltung der inneren Einrichtung für solche Kirchen und die Bereitstellung des sonstigen sachlichen Bedarfs für Zwecke des Gottesdienstes und der Seelsorge. Weiter zählen hierzu die Aufbringung des Dienst Einkommens der weltlichen Kirchendiener und die Bestreitung des sonstigen Verwaltungsaufwandes einschließlich des sachlichen Bedarfs für die pfarramtliche Geschäftsführung.

Soweit später allgemeine Vorschriften über den „Zweck“ der kirchlichen Stiftungen nach Art. 39 des staatlichen Stiftungsgesetzes von den Kirchen erlassen werden, wird darauf geachtet werden müssen, daß der Zweck der Stiftungen auch ihren Aufgabenkreis umfaßt, d. h. daß mit diesen Vorschriften über den Zweck auch der Aufgabenkreis der Stiftungen festgelegt wird.

3. Die Vertretung

Die Angelegenheiten des ortskirchlichen Stiftungsvermögens der Evang.-Luth. Kirche sind der Kirchengemeinde anvertraut und werden neben den eigenen Angelegenheiten der Kirchengemeinde durch ihre Vertretungskörper besorgt (§ 8 EStiftG. i. V. m. Art. 6 Abs. 2 der bisherigen KGO, Nr. 19 Abs. 1 VB). Vertretungsorgan der Kirchengemeinde und der ortskirchlichen Stiftung ist nach § 1 Abs. 3 des Kirchengesetzes vom 22. Juli 1946 über den Kirchenvorstand der Kirchenvorstand als Kirchenverwaltung. Den Kirchenvorstand bilden sämtliche in einer Gemeinde installierten Pfarrer sowie gewählte Laien (Kirchenvorsteher), deren Zahl je nach Größe der Gemeinde zwischen 4 und 15 liegen kann (§§ 2, 3 des Kirchenvorstandsgesetzes).

124) Vgl. Langheinrich a.a.O. S. 162 zu Art. 6 Abs. 3, 4.

125) Vgl. Frank a.a.O. S. 337 zu Art. 106, Anm. 2.

4. Die Verwaltung

Indem die Evang.-Luth. Kirche die Angelegenheiten des ortskirchlichen Stiftungsvermögens der Kirchengemeinde anvertraut, huldigt sie der sogenannten kirchengemeindlichen Stiftungsverwaltung. Eine solche Verwaltung rechtfertigt sich hier einmal wegen der großen Bedeutung, die die Kirchengemeinde im evangelischen Kirchenrecht genießt, während sie für die katholische Kirche ein Fremdkörper geblieben ist, zum anderen aber auch aus der gleichen Interessensphäre zwischen Kirchengemeinde und ortskirchlicher Stiftung. Denn wenn auch rechtsphilosophisch eigentliches Rechtssubjekt der Stiftung keine Personenmehrheit ist, so umgibt doch immer eine Personenmehrheit in der Genießerrolle die Stiftung. Um die Ortskirchenstiftung steht in der Kirchengemeinde ein ganz bestimmter Kreis von Beteiligten, deren Interesse an der Ortskirchenstiftung zwar verschieden formuliert, aber nicht in Abrede gestellt werden kann¹²⁶. Die gemeinsame Interessensphäre zwischen Kirchengemeinde und Kirchenstiftung liegt darin, daß das Kirchenstiftungsvermögen für die kirchenbaulichen und gottesdienstlichen Zwecke der Kirchengemeinde bestimmt ist und in dieser stiftungsmäßigen Begrenzung der Kirchengemeinde zustatten kommen soll. Die Kirchengemeinde ist auch vollkommen geeignet, die Verwaltung dieses Vermögens, das in der Stiftung als einer juristischen Person seinen Eigentümer, aber noch keinen Verwalter hat, selbst in die Hand zu nehmen. Sie hat auch allen Anlaß zu dem Verlangen, von der Verwaltung nicht ausgeschlossen zu werden, weil sie bei Unzulänglichkeit des Kirchenstiftungsvermögens anstelle der leistungsunfähigen Kirchenstiftung mit Umlagen einzuspringen hat, die in die Kirchenstiftungskasse fließen. Die kirchengemeindliche Stiftungsverwaltung ist aber zugleich ein Vorbild für die oben¹²⁷ geforderte Eigenständigkeit und Selbstverantwortung der kirchlichen Stiftungen, für die hier der Einfachheit halber einmal der Begriff der Selbstverwaltung verwendet werden soll. Dieser Begriff muß allerdings mit größter Vorsicht gebraucht werden. Vor allem darf er hier nicht wie üblich vom Eigentum her verstanden werden, denn unter diesen Umständen ist jede Stiftungsverwaltung eine Fremdverwaltung. Der Begriff der „Selbstverwaltung“ soll hier vielmehr eine dezentralisierte Stiftungsverwaltung im Gegensatz zu einer zentralisierten Verwaltung des Stiftungsvermögens durch die Landeskirche ausdrücken. Denn gerade mit der dezentralisierten Stiftungsverwaltung ist ja die Eigenständigkeit der Stiftung und die Selbstverantwortung der Stiftungsorgane auf das engste verknüpft, während in einer zentralisierten Verwaltung die Stiftung zwar nach wie vor rechtlich selbständig ist, jedoch nur formell, weil sie die ihr eigentümliche Handlungsfähigkeit an die Landeskirche abtreten mußte. Die kirchengemeindliche Stiftungsverwaltung bringt auch keine Gefahr für das Stiftungsvermögen. Abgesehen davon,

126) Vgl. Meurer, Kirchenstiftung a.a.O. S. 11.

127) Vgl. oben S. 41 ff.

daß Interessenkollisionsfälle wegen der gleichen Interessenrichtung von Kirchengemeinde und Kirchenstiftung nicht zu häufig sein dürfen, ist im übrigen ausreichender Schutz für das Stiftungsvermögen durch die kirchliche Obhut geschaffen¹²⁸.

Der Kirchenvorstand als Vertreter und Verwalter des ortskirchlichen Stiftungsvermögens der Evang.-Luth. Kirche hat dafür zu sorgen, daß das ihm anvertraute Vermögen erhalten und bestmöglichst verwaltet, unstatthafte Ausgaben vermieden, die dem ortskirchlichen Stiftungsvermögen wirklich obliegenden Ausgaben richtig geleistet und namentlich die unterstellten Gebäude nebst Zubehör in gutem Zustand erhalten werden (§ 8 EStiftG. i. V. m. Art. 53 Abs. 3 der bisherigen KGO). Diese allgemeinen Verwaltungsgrundsätze können als die wichtigsten bezeichnet werden¹²⁹.

Die Verpflichtung zur bestmöglichen Verwaltung umfaßt z. B. die Sorge dafür, daß die Einnahmen pünktlich eingezogen, die Naturalien möglichst gut verwaltet und verwertet und die Kapitalien vorschriftsmäßig nutzbar gemacht und sichergestellt werden. Ergänzende Bestimmungen hierzu enthalten die Bekanntmachung vom 6. August 1943¹³⁰ und der erste Abschnitt der Verwaltungsordnung zur Kirchengemeindeordnung v. 14. 6. 1918¹³¹ (Nr. 19 Abs. 8 VB).

Für den Geschäftsgang der ortskirchlichen Stiftungen, die Aussetzung und Ausfertigung von Beschlüssen des Kirchenvorstandes als Kirchenverwaltung gelten vor allem die §§ 5 und 7 des Kirchenvorstandsgesetzes i. V. m. den Ziffern 4, 6, 25 der Durchführungsbestimmungen vom 10. Oktober 1946¹³². Der Kirchenvorstand bestimmt aus seiner Mitte für die Haushaltsführung der Kirchengemeinde und Kirchenstiftung einen oder mehrere Kirchenpfleger (Nr. 23 der Durchführungsbestimmungen zum Kirchenvorstandsgesetz).

Die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung der ortskirchlichen Stiftungen richtet sich nach den bestehenden Bestimmungen¹³³.

Neben den allgemeinen Grundsätzen der Vermögensverwaltung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens muß noch auf ein Institut eingegangen werden und zwar auf einen Verwaltungsverband, den sogenannten Stiftungsverband. Hierunter ist ein Verband zu verstehen, zu dem mehrere, im übrigen gesondert fortbestehende Kirchenstiftungen desselben Bekenntnisses zum Zwecke einer gemeinsamen Vermögensverwaltung vereinigt sind (§ 8 EStiftG., Art. 5 Abs. 5 KGO). Dieser Verband wird einer Kirchenstiftung gleichgeachtet und ist damit kraft Gesetzes rechtsfähig¹³⁴. Zu beachten ist allerdings, daß diese Regelung nur für schon bis zum Erlaß des

128) Vgl. oben S. 40 ff.

129) Vgl. Frank a.a.O. Art. 53, Anm. 4, S. 220.

130) KABL. S. 51.

131) Ministerialblatt f. Kirchen- und Schulangelegenheiten S. 163 ff.

132) KABL. S. 128.

133) Vgl. Anmerkung 103 oben.

134) Richtig Hellmuth, Das Rechtsinstitut der kirchlichen Stiftungsverbände in Bayern, in: Archiv des öffentlichen Rechts 1914 Bd. 32 S. 193—201.

staatlichen Stiftungsgesetzes bereits bestehende Stiftungsverbände gilt. Neu zu errichtende Stiftungsverbände bedürfen dagegen der staatlichen Genehmigung zur Erlangung der Rechtsfähigkeit nach Art. 4 StiftG., da im Stiftungsgesetz eine dem Art. 5 Abs. 5 KGO entsprechende Bestimmung fehlt.

Zweck des Verbandes ist die gemeinsame und damit vereinfachte, bessere und weniger kostspieligere Verwaltung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens. Durch die Bildung des Stiftungsverbandes werden bzw. wurden die an den einzelnen Kirchenstiftungen beteiligten Kirchengemeinden kraft Gesetzes zu einer Gesamtkirchengemeinde (§ 2 EStiftG. i. V. m. Art. 3, 18 KGO) zusammengeschlossen (§ 8 EStiftG., Art. 5 Abs. 5 KGO), der die Verwaltung anvertraut ist (§ 8 EStiftG., Art. 6 Abs. 2 KGO).

Der Unterschied zwischen Stiftungsverband und Gesamtkirchengemeinde liegt im Zweck, hier gemeinsame Vermögensverwaltung, dort Befriedigung der Ortskirchenbedürfnisse¹³⁵.

5. Die Beaufsichtigung

Die Aufsicht über die ortskirchlichen Stiftungen, die im Bereich einer Gesamtkirchengemeinde ihren Sitz haben, obliegt dem Landeskirchenrat grundsätzlich allein, soweit nicht die staatliche Stiftungsaufsicht in Frage kommt¹³⁶ (§ 5 Abs. 1 Ziff. a EStiftG.).

Da die Bildung eines Stiftungsverbandes kraft Gesetzes die Bildung einer Gesamtkirchengemeinde zur Folge gehabt hat^{136a}, haben alle in einem Stiftungsverband zusammengeschlossenen kirchlichen Stiftungen ihren Sitz im Bereich einer Gesamtkirchengemeinde und werden somit vom Landeskirchenrat beaufsichtigt. Für die übrigen, nicht im Bereich einer Gesamtkirchengemeinde gelegenen ortskirchlichen Stiftungen ist die kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde die Landeskirchenstelle in Ansbach (§ 5 Abs. 1 Ziff. a EStiftG.), vorbehaltlich der Verordnung betr. Errichtung einer Evang.-Luth. Landeskirchenstelle und der hierzu ergangenen Vollzugsvorschriften¹³⁷. Anstelle der Landeskirchenstelle entscheidet danach der Landeskirchenrat in Fragen des Denkmalschutzes, bei grundsätzlichen Fragen und wenn es sich um Beträge über 5000 DM handelt. Die Landeskirchenstelle hat insoweit die Verhandlungen vorzubereiten und zur weiteren Entscheidung dem Landeskirchenrat vorzulegen (Ziff. 3 d. VO v. 15. März 1930 üb. d. Errichtung einer Evang.-Luth. Landeskirchenstelle und Ziff. 8 Abschnitt I und II d. Vollzugsvorschriften dazu vom gleichen Tage).

135) Vgl. Hellmuth a.a.O.

136) Vgl. oben S. 48 ff.

136a) Vgl. Art. 5 Abs. 5 d. bisherigen KGO. Die Aufhebung der KGO durch das Stiftungsgesetz läßt die Rechtsfähigkeit der unter der KGO entstandenen Stiftungsverbände und Gesamtkirchengemeinden unberührt, da die Art. 3 ff StiftG. sich nur auf neu zu errichtende kirchliche Stiftungen beziehen.

137) KABL. 1930 S. 19 ff.

B. Die Pfründestiftungen

1. Sitz und Zweck

Als Sitz der Pfründestiftungen gilt herkömmlich der Sitz der Pfarrstelle, für die eine Pfründestiftung errichtet ist (§ 8 Abs. 1 EStiftG., Nr. 20 VB).

Der Zweck der Pfründestiftung ist die Bereitstellung einer Vermögensmasse zur Sustentation des Geistlichen, meistens des Seelsorgers. Die Pfründe ist ein seit alters her mit dem Kirchenamt verbundenes Nutzungsrecht und bildet auch heute noch die Grundlage der Pfarrbesoldung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern¹³⁸.

Allerdings bestehen Pfründestiftungen der Evang.-Lutherischen Kirche regelmäßig nur noch in älteren Gemeinden. In neugegründeten Gemeinden erfolgt eine Bereitstellung von Kapital als gesonderte Vermögensmasse zum Lebensunterhalt des Seelsorgers nicht mehr, sondern es wird die Besoldung aus laufenden Einnahmen wie Landes- und Kirchensteuermitteln, eventuell auch aus Staatsbeiträgen bestritten¹³⁹.

Das Pfründevermögen besteht meistens aus Liegenschaften, wozu vielfach Bezugsrechte auf Naturalleistungen wie z. B. Holzlieferungen kommen. Auch das Pfarrhaus ist regelmäßig Bestandteil der Pfründestiftung. Die Baulast ruht deshalb regelmäßig primär auf ihr, subsidiär auf anderen Verpflichteten wie Staat, Kirchengemeinde oder politische Gemeinde, Patron¹⁴⁰.

2. Vertretung der Pfründestiftung

Sämtliche Pfründestiftungen der Evang.-Luth. Kirche in Bayern sind zu dem Evangelisch-Lutherischen Pfründestiftungsverband zusammengeschlossen (Art. 1 Abs. 2 des Kirchengesetzes über die Bildung eines Pfründestiftungsverbandes v. 18. Januar 1935¹⁴¹). Die rechtliche Selbständigkeit der einzelnen Pfründestiftungen wird dadurch nicht berührt (Art. 5 des Gesetzes). Der Verband ist auf Grund staatlicher Verleihung Körperschaft des öffentlichen Rechts und führt den Namen „Evangelisch-Lutherischer Pfründestiftungsverband in Bayern r. d. Rhs.“ (Art. 2 d. Gesetzes). Der Pfründestiftungsverband vertritt die ihm angeschlossenen Pfründestiftungen gerichtlich und außergerichtlich, er hat insoweit die Stellung eines gesetzlichen Vertreters (Art. 4 Abs. 1 d. Gesetzes i. V. m. § 8 EStiftG., Nr. 20 Abs. 3 VB).

Der Pfründeinhaber (Pfarrer) ist gesetzlicher Vertreter seiner Pfründe nur noch für das von ihm bewohnte Pfarrhaus, den Pfarrgarten, die von ihm selbst bewirtschafteten Nebengebäude und des

138) Vgl. Vischer, Staatsaufsicht a.a.O. S. 163; Einzelheiten auch Gerhard Bickermann, Das Pfründewesen der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins, Diss. Erlangen 1937.

139) Vgl. Liermann, Kirchenrecht a.a.O. S. 384.

140) Derselbe a.a.O. S. 386.

141) KABL. S. 10.

Pfarrwaldes im Rahmen der Rechtsstellung eines Nießbrauchers (Art. 1 Abs. 1 i. V. m. Art. 3 Abs. 2 d. Gesetzes).

3. Verwaltung

Die Verwaltung des Pfründestiftungsvermögens läßt sich nach drei Systemen durchführen¹⁴²⁾

Zunächst nach dem reinen Pfründesystem, bei welchem der Pfarrer als Nießbraucher die Pfründe unter Aufsicht der Landeskirche verwaltet und allein auf die Erträgnisse der Pfründe sowie etwaige andere Einkünfte wie Stolgebühren und Rechnisse angewiesen ist. Dieses System kommt in der Praxis nicht mehr vor.

Nach dem kombinierten Gehalts- und Pfründesystem kann die Verwaltung des Pfründestiftungsvermögens in der Weise durchgeführt werden, daß zu niedrige Pfründeerträgnisse durch Zuschüsse aus Mitteln der Landeskirche bis zur Gehaltshöhe ergänzt werden, und daß die in seltenen Fällen vorkommenden höheren Einkünfte, welche die für den Pfarrer in Betracht kommende Gehaltsstufe übersteigen, zum Ausgleich an die Landeskirche abzuführen sind.

Gegenüber diesen beiden Systemen haben vielfach die Landeskirchen und auch die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern das System der Pfründezentralisierung durchgeführt. Nach diesem System bleibt die Pfründestiftung formell als selbständige Vermögensmasse bestehen, sie wird *nicht* zum landeskirchlichen Vermögen gezogen. Lediglich die Verwaltung und Nutzung liegt bei der Landeskirche, welche jedoch in der Verwendung des Reinertrags nicht frei ist, sondern ihn zur Pfarrbesoldung kraft gesetzlicher Bindung zu verwenden hat.

So bestimmt Nr. 20 Abs. 2 VB, daß die Erträgnisse der Pfründestiftungen der Pfarrbesoldung dienen. Solange nach Maßgabe des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 31. März 1955 Dienstbezüge aus landeskirchlichen Mitteln gewährt werden, müssen die Erträgnisse des Pfründeereinkommens an die Evang.-Luth. Kirche in Bayern abgeliefert werden (§ 22 Abs. 1 d. Pfarrbesoldungsgesetzes i. V. m. Art. 5 Abs. 2, 3 d. Kirchengesetzes ü. d. Pfründestiftungsverband und Ziff 2 ff. d. Übergangsbestimmungen dazu).

„Beide Systeme haben ihre Vorteile und Nachteile. Die Pfründe-zentralisation entlastet den Pfarrer von Verwaltungsgeschäften, nimmt ihm die oft unangenehme Sorge für die Verwertung ab und sorgt so für eine dem Wert entsprechende Nutzung. Sie läßt aber auch die Kirche leicht „reicher“ erscheinen, als sie tatsächlich ist und sichert in unruhigen Zeiten das Pfründegut nicht in dem Maße für kirchliche Zwecke, wie die privatrechtsähnliche Bindung an den einzelnen Pfarrer“^{143).}

142) Es wird hierin Liermann, Kirchenrecht a.a.O. S. 385, 386 zu folgen sein.

143) Liermann, Kirchenrecht a.a.O. S. 386.

4. Beaufsichtigung

Die Aufsicht über die Pfründestiftungen obliegt dem Landeskirchenrat (§ 5 Abs. 1 Ziff. b EStiftG.), dem die Verhandlungen über den Pfründestiftungsverband vorzulegen sind (Nr. 7 Abs. 1 Buchst. c VB). Größtenteils wird sich die Aufsicht des Landeskirchenrats über die Pfründestiftungen allerdings in der Aufsicht über den Pfründestiftungsverband erschöpfen, die er nach Art. 6 Abs. 1 d. Kirchengesetzes ü. d. Pfründestiftungsverband auszuüben berechtigt ist und dessen Vorstand wie dessen Beamten er ernennt.

6. Kapitel

Die Rechtsstellung der Stiftungen der Evangelisch-Reformierten Kirche

Auf Grund des Artikels 39 des staatlichen Stiftungsgesetzes hat das Moderamen der Evangelisch-Reformierten Kirche in Bayern die „Vorläufige Anordnung über die kirchlichen Stiftungen im Bereich der Evangelisch-Reformierten Kirche i. B.“ (VA) erlassen¹⁴⁴. Auch hierbei handelt es sich um allgemeine Vorschriften nach Art. 39 StiftG., wenngleich die VA nur wenige Punkte, hauptsächlich nur Zuständigkeitsbestimmungen, regelt.

Im § 1 VA wird der Kreis der Stiftungen der Evang.-Reform. Kirche näher umschrieben. Diese Bestimmung hat neben Art. 36 StiftG. nur deklaratorische Bedeutung.

So bestimmt § 1 VA:

„Kirchliche Stiftungen im Sinn dieser Vorläufigen Anordnung sind

a) die ortskirchlichen Stiftungen (Kirchenstiftungen, besonders Kultusstiftungen und -fonds usw.),

b) die Pfründestiftungen.“

Darüber hinaus sind sonstige, überwiegend religiösen Zwecken der Evangelisch-Reformierten Kirche gewidmete Stiftungen nach Art. 36 StiftG. als kirchliche Stiftungen im Sinn der VA anzusehen.

§ 2 VA bestimmt weiter, daß an die Stelle der Obhutspflicht des Staates und der staatlichen Stiftungsaufsicht die Obhutspflicht und Stiftungsaufsicht der Evangelisch-Reformierten Kirche tritt.

Im § 3 VA heißt es dann:

„Die Aufsicht über die kirchlichen Stiftungen obliegt als kirchlicher Stiftungsaufsichtsbehörde:

a) für die Pfründestiftungen nach der bisherigen Praxis dem Landeskirchenrat bzw. Pfründestiftungsverband. Sollten genehmigungspflichtige Grundstücksgeschäfte in Frage kommen, so kann der Landeskirchenrat nur mit Zustimmung des Mo-

144) Die VA ist allerdings noch nicht veröffentlicht worden. „Vorläufig“ ist sie deshalb, weil sie noch der Bestätigung durch die Landessynode bedarf.

deramens die erforderliche aufsichtliche Genehmigung erteilen^{144a}.

b) Für alle übrigen Stiftungen, die im Bereich einer Kirchengemeinde ihren Sitz haben, dem Moderamen.“

Die Stiftungen der Evangelisch-Reformierten Kirche unterliegen ebenso wie die Stiftungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche grundsätzlich den Bestimmungen des 1. Abschnittes des staatlichen Stiftungsgesetzes bezüglich der allgemeinen Bestimmungen der Art. 1 und 2 StiftG., der Entstehung (Art. 3—7 StiftG.), der Satzungen (Art. 8—9), der allgemeinen Grundsätze der Stiftungsverwaltung (Art. 10—13, 15 StiftG.) und der Umwandlung und des Erlöschens (Art. 17—20).

Für die Pfründestiftungen der Evangelisch-Reformierten Kirche kommt die Übergangsregelung des Art. 47 StiftG. nicht in Betracht, da für sie bereits allgemeine Vorschriften über Sitz, Zweck, Vertretung, Verwaltung und Beaufsichtigung bestehen.

Denn so bestimmt § 10 EStiftG.: „Im Einvernehmen mit dem Moderamen der Evangelisch-Reformierten Kirche in Bayern, sind die vorstehenden für Pfründestiftungen geltenden Bestimmungen auch auf die Pfründestiftungen im Bereich der Evangelisch-Reformierten Kirche in Bayern anzuwenden.“ Das will nichts anderes besagen, als daß die Pfründestiftungen der Evang.-Reform. Kirche die gleiche Rechtsstellung wie die Pfründestiftungen der Evang.-Luth. Kirche haben sollen¹⁴⁵. Eine Abweichung besteht lediglich darin, daß bei genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäften, die Grundstücke betreffen (insbesondere nach § 7 Abs. 1 Ziff. 3 EStiftG.), der Landeskirchenrat der Evang.-Luth. Kirche nur mit Zustimmung des Moderamens der Evang.-Reform. Kirche die erforderliche aufsichtsrechtliche Genehmigung erteilen kann (§ 3 a VA).

Für die übrigen Stiftungen der Evangelisch-Reformierten Kirche, insbesondere für die ortskirchlichen Stiftungen, bestehen außer der Zuständigkeitsbestimmung des § 3 b VA, der für sie als kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde das Moderamen benennt, noch keine allgemeinen Bestimmungen nach Art. 39 StiftG, so daß nach Art. 47 StiftG. staatliches Recht, der 2. Abschnitt des staatlichen Stiftungsgesetzes Anwendung findet. Dies ist eine Abweichung von der Rechtsstellung der Stiftungen der Evang.-Luth. Kirche, insoweit als bei letzteren der 2. Abschnitt als kirchliches Recht gilt, während er bei den Stiftungen der Evang.-Reform. Kirche als staatliches Recht Anwendung findet.

Das macht sich insbesondere bei den Genehmigungsvorbehalten bemerkbar, wo die Stiftungen der Evang.-Reform. Kirche mit Ausnahme der Pfründestiftungen wie die weltlichen Stiftungen zu be-

144a) Auf Grund des Abkommens zwischen Evang.-Luth. Kirche und Evang.-Reform. Kirche in Bayern vom 14. August 1922 (KABl. S. 205) betreut der Landeskirchenrat auch die Pfründestiftungen der Evang.-Reform. Kirche.

145) Insoweit kann auf die Ausführungen im 5. Kapitel, S. 33 ff. verwiesen werden.

handeln sind (Art. 31, 47 StiftG.). Hiernach bedürfen folgende Rechtsgeschäfte der Genehmigung des Moderaments:

1. „die Annahme von Zustiftungen, die mit einer Last verknüpft sind, welche nachhaltig den Wert der Zustiftung übersteigt oder die einem erweiterten oder anderen Zweck als die Hauptstiftung dienen;
2. die Abweichungen von den Vorschriften des Art. 10 Abs. 2;
3. die Veräußerung oder Belastung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten, sofern sie die Wertgrenze von 3000 DM übersteigt;
4. die Veräußerung oder wesentliche Veränderung von Sachen, die einen besonderen wissenschaftlichen, geschichtlichen oder künstlerischen Wert haben, besonders Archive, Registraturen sowie Teile von solchen;
5. die Aufnahme eines Darlehens, sofern es nicht zur Schuldentilgung dient oder das Darlehen zur Bestreitung von im Voranschlag vorgesehenen Ausgaben erforderlich ist und innerhalb des gleichen Geschäftsjahres aus laufenden Einnahmen wieder getilgt wird, ferner der Abschluß von Bürgschaftsverträgen und verwandten Rechtsgeschäften, die ein Einstehen für fremde Schuld zum Gegenstand haben;
6. Rechtsgeschäfte, die mit einem Gesamtkostenaufwand von mehr als 10 000 DM oder bei jährlich wiederkehrenden Leistungen von mehr als 5000 DM verbunden sind oder an denen ein Mitglied eines Stiftungsorgans oder eine im Dienst der Stiftung stehende Person beteiligt ist.“

Zu diesen Fällen der kirchlichen Stiftungsaufsicht durch das Moderament tritt noch das beschränkte Oberaufsichtsrecht des Staates im selben Umfange wie bei den Stiftungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche¹⁴⁶.

Der zweite Abschnitt des staatlichen Stiftungsgesetzes bringt für die Stiftungen der Evangelisch-Reformierten Kirche mit Ausnahme der Pfründestiftungen zwar allgemeine Vorschriften über die Verwaltung und Beaufsichtigung (z. B. Art. 25, 27, 28 StiftG. für die Verwaltung und Art. 21, 22, 23, 24, 29, 30, 31, StiftG. für die Beaufsichtigung), enthält jedoch keine allgemeinen Vorschriften über den Sitz, Zweck und die Vertretung dieser Stiftungen. Da die Kirchengemeindeordnung und das Gesetz über die ortskirchlichen Vertretungskörper, die diesbezügliche Bestimmungen enthielten, durch Art. 50 Abs. 2 Ziff. 7 und 8 StiftG. aufgehoben worden sind, fehlen hier insoweit die rechtlichen Grundlagen. Es bliebe lediglich die Frage offen, ob man diese Vorschriften der KGO gewohnheitsrechtlich als innerkirchliches Recht für die Evangelisch-Reformierte Kirche fortbestehen lassen könnte.

Das wird man einmal für die Bestimmung des Art. 6 Abs. 2 der bisherigen Kirchengemeindeordnung bejahen müssen. Diese Bestim-

146) Vgl. oben S. 48 ff.

mung („die Angelegenheiten des protestantischen ortskirchlichen Stiftungsvermögens sind der Kirchengemeinde zur Verwaltung anvertraut und werden neben den eigenen Angelegenheiten der Kirchengemeinde durch ihre Vertretungskörper besorgt“) beruhte auf dem lebhaften Wunsch der protestantischen Kirchen und kam ganz der Bedeutung entgegen, die die Kirchengemeinde im evangelischen Kirchenrecht genießt¹⁴⁷. Die kirchengemeindliche Stiftungsverwaltung und die Vertretung der ortskirchlichen Stiftung durch die Organe der Kirchengemeinde entsprach ganz der evangelischen Rechtsauffassung, diese staatliche Norm war zugleich innerkirchliches Gedankengut und wurde von den evangelischen Kirchen nicht ausgeführt, weil sie sich der staatlichen Gesetzgebung beugen mußten, sondern hauptsächlich deshalb, weil das, was der staatliche Gesetzgeber in Art. 6 Abs. 2 bestimmte, in Übereinstimmung zum evangelischen Kirchenrechte stand. Unabhängig vom staatlichen Recht bestand daher diese Bestimmung als ungeschriebenes innerkirchliches Gewohnheitsrecht, das durch regelmäßige Übung von den evangelischen Kirchen in der Überzeugung angewendet wurde, daß es auch wirklich Recht war. Aus diesem Grund gilt Art. 6 Abs. 2 der bisherigen KGO für die evangelisch-reformierte Kirche gewohnheitsrechtlich als innerkirchliches Recht trotz seiner Aufhebung durch den staatlichen Gesetzgeber weiter, während die evangelisch-lutherische Kirche ihn ausdrücklich durch Rechtssatz (§ 8 EStiftG., Nr. 19 Abs. 1 VB) zum innerkirchlichen Recht erklärt hat.

Auch der Bestimmung des Art. 6 Abs. 3 der bisherigen KGO über den Sitz des ortskirchlichen Stiftungsvermögens wird man die gewohnheitsrechtliche Weitergeltung als innerkirchliches Recht nicht absprechen können. Auch hier handelt es sich für die Evangelisch-Reformierte Kirche um objektives Recht, das durch regelmäßige Übung entstanden ist, weil die Beteiligten (die Kirchen) es für rechtlich geboten hielten. Das gleiche wird man bei den allgemeinen Vorschriften der KGO über den Zweck des ortskirchlichen Stiftungsvermögens (Art. 12 ff. KGO) sagen müssen.

Den Stiftungen der Evangelisch-Reformierten Kirche kommt also im wesentlichen die gleiche Rechtsstellung zu, wie den Stiftungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche. Auch von einer Neuregelung des Stiftungsrechts durch die Evangelisch-Reformierte Kirche ist keine wesentliche Abweichung vom Stiftungsrecht der Evangelisch-Lutherischen Kirche zu erwarten, vielmehr ist anzunehmen, daß letztere der Evang.-Reform. Kirche als Vorbild dienen wird.

7. Kapitel

Die Rechtsstellung der Stiftungen der Katholischen Kirche in Bayern

1. Die innerkirchliche Gesetzgebung

Auf Grund der den Kirchen nach Art. 39 StiftG. eingeräumten Autonomie und Selbstverwaltung über ihre Stiftungen haben die

147) Vgl. Frank a.a.O. S. 55.

Bischöfe der sieben bayerischen Diözesen als Übergangslösung die „Vorläufige Satzung für die Verwaltung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens innerhalb der Katholischen Kirche in Bayern“ (VS)¹⁴⁸ erlassen, die mit dem staatlichen Stiftungsgesetz am 1. 1. 1955 in Kraft getreten ist.

In Nr. 5 VS wird bestimmt: „Sobald als möglich wird diese vorläufige Satzung durch eine vom hochwürdigsten Episkopat zu vereinbarende endgültige Satzung ersetzt werden, welche die Verwaltung des ortskirchlichen Stiftungs- und Kirchengemeindevermögens nach einheitlichen Grundsätzen regelt.“ Neben der VS, die lediglich das ortskirchliche Stiftungsvermögen und das Pfründestiftungsvermögen der Katholischen Kirche in Bayern betrifft, ist für die Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen der Katholischen Kirche (im folgenden kurz katholische Stiftungen genannt) außer den Bestimmungen des staatlichen Stiftungsgesetzes vor allem der „Codex Iuris Canonici“ (CIC) vom 27. Mai 1917 maßgebend, der am 19. Mai 1918 in Kraft getreten ist.

2. Der Kreis der katholischen Stiftungen nach dem CIC

Der CIC unterscheidet ebenso wie das Stiftungsgesetz in Art. 36 drei große Gruppen katholischer Stiftungen:

1. Die **Kirchenstiftung** (*fabrica ecclesiae*), die der CIC als „*bona quae destinata sunt reparandae decorandaeque ecclesiae divinoque in eadem cultui exercendo*“ (c. 1182 § 1) d. h. zeitliche Güter, die bestimmt sind zur Erhaltung und Ausstattung der Kirche sowie zur Bestreitung der Kultusbedürfnisse, bezeichnet¹⁴⁹.
2. Das **Sonderstiftungsvermögen** (cc. 1489—1494). Außer dem Kirchenstiftungsvermögen besteht in der katholischen Kirche vielfach ein sogenanntes „Sonderstiftungsvermögen“ (*bona piarum causarum*), das ein Zweckvermögen in engerem Sinn darstellt, welches also nur bestimmten kirchlichen Zwecken dient und nur ausschließlich zu diesen verwendet werden darf.
Die Wichtigkeit dieses Sonderstiftungsvermögens geht schon daraus hervor, daß ihm der Kodex einen besonderen Titel widmet¹⁵⁰. Vor allem fallen hierunter die verschiedenartigsten Erziehungs- und Wohltätigkeitsanstalten der Katholischen Kirche, soweit diese in Stiftungsform organisiert sind.
3. Die **Pfründestiftungen oder Benefizien**. Im Kanon (c) 1409 wird das Benefizium als ein juristisches Wesen definiert, das von der zuständigen kirchlichen Obrigkeit

148) Würzburger Diözesanblatt, Amtliches Verordnungsblatt der Diözese Würzburg, 100. Jahrgang, Heft 25 vom 31. Dezember 1954, S. 193.

149) Vgl. auch Sebastian Schröcker, Die Verwaltung des Ortskirchenvermögens nach kirchlichem und staatlichem Recht, Paderborn 1935, S. 16 ff.

150) CIC. lib. III, Tit. XXVI, c. 1489—1494.

für immer eingesetzt und errichtet ist und aus dem heiligen Amte sowie dem Rechte besteht, die Einkünfte der damit verbundenen D^{os} zu beziehen.

3. Entstehung, Verwaltung und Erlöschen katholischer Stiftungen nach dem Stiftungsgesetz und dem CIC

Die Stiftungen der katholischen Kirche, die im Kodex als „nicht kollegiale moralische Personen“ bezeichnet werden (c. 99), treten nach katholischem Kirchenrecht ins Dasein durch kirchliche Einrichtung und zwar entweder durch eine gesetzliche Anordnung oder durch ein formelles Dekret des zuständigen kirchlichen Oberen (c. 100 § 1). Voraussetzung für die Errichtung einer Stiftung der Katholischen Kirche ist zunächst das Vorhandensein einer Gesamtheit vermögenswerter Güter und die Verfolgung eines auf Dauer berechneten kirchlichen oder karitativen Zweckes (cc. 100 § 1, 102 § 1). Die Errichtung einer katholischen Stiftung ist ein oberhirtlicher Akt, der in schriftlicher Form (formale decretum) ergehen muß (c. 100 § 1). Dabei erfolgt die Verleihung der Rechtsfähigkeit kraft kirchlichen Rechts entweder durch Gesetz, den CIC, oder durch besondere Erklärung im Errichtungsakt.

Rechtspersönlichkeit a priori kommt nach dem CIC (c. 1495) vor allem den Kirchen- und Pfründestiftungen zu, während bei Unterichts-, Erziehungs- und Wohltätigkeitsstiftungen die Rechtsfähigkeit besonders im Errichtungsakt ausgesprochen werden muß¹⁵¹.

Die katholischen Stiftungen bedürfen jedoch, sofern sie ihre Aufgaben in einer für den staatlichen Bereich wirksamen Weise erfüllen wollen, der staatlichen Anerkennung. Neben die kirchliche Rechtsfähigkeit muß die staatliche Anerkennung treten, die der Staat dem kirchlichen Institut nach Art. 3, 4, 6 StiftG. durch Genehmigung der kanonischen Errichtung erteilt. Erst mit der staatlichen Anerkennung gelten sie als Stiftungen im Sinn des Stiftungsgesetzes.

Gerade bei den katholischen Stiftungen zeigen sich besonders gut die Auswirkungen der „Organisations“- und der „Konzessionsgenehmigung“. Wenn man mit der Organisationsgenehmigung die Rechtsfähigkeit aus der kirchlichen Organisation erwachsen läßt, so bedeuten die Art. 3, 4, 6 StiftG. lediglich einen Riegel für die kirchliche Rechtsfähigkeit, der durch die staatliche Anerkennung beiseite geschoben wird, so daß sich die kirchliche Rechtsfähigkeit auch auf den staatlichen Bereich ausdehnen kann. Es gibt für das kirchliche Institut also lediglich eine einzige „Rechtsfähigkeit“, und das ist die kirchliche. Im Gegensatz dazu würde die Konzessionstheorie dazu führen, die Rechtsfähigkeit in eine kirchliche und staatliche aufzuspalten, was zu den größten Komplikationen im Rechtsleben führen kann.

Eine Stiftung der katholischen Kirche im Sinne des Stiftungsgesetzes entsteht daher durch kanonische Errichtung und staatliche

151) Vgl. Eduard Eichmann—Klaus Mörsdorf, Lehrbuch des Kirchenrechts auf Grund des Codex Juris Canonici, 7. Auflage, Paderborn 1953, Bd. I, S. 211.

Anerkennung (Genehmigung) (CIC cc. 100 § 1, 102 § 1, 1495, Art. 3, 4, 6, 36, 39 StiftG.).

Entsprechend den obersten Verwaltungsgrundsätzen des staatlichen Stiftungsgesetzes (Art. 10 ff. StiftG.) bestimmt auch das katholische Kirchenrecht, daß das Stiftungsvermögen als zweckgebundenes Vermögen seinen Zwecken dienstbar zu machen und seiner Zweckbestimmung zu erhalten ist. Die Pflichten der kirchlichen Stiftungsorgane als Verwalter des kirchlichen Stiftungsvermögens ergeben sich aus dem allgemeinen Grundsatz, daß sie ihr Amt mit der Sorgfalt eines guten Hausvaters verwalten müssen (c. 1523 pr.). Sie müssen das ihnen anvertraute Vermögen vor dem Untergang sowie vor jeglichem Schaden bewahren (c. 1523 n. 1) und dürfen den Ertrag des Stiftungsvermögens nur entsprechend dem Stiftungszweck verwenden (Art. 12 StiftG.). Die Mitglieder der Stiftungsorgane sind zur gewissenhaften und sparsamen Verwaltung verpflichtet. Organmitglieder, die ihre Obliegenheiten vorsätzlich oder grobfahrlässig verletzen, sind der Stiftung zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet (Art. 15 StiftG.).

Im einzelnen bestehen die Verwaltungspflichten in:

1. **Sorgepflichten** für den Vermögensbestand (c. 1523 n. 1), für die rechtmäßige Verwaltung (c. 1523 n. 2), für rechte Nutzung (c. 1523 n. 3), für nutzbringende Anlage (c. 1523 n. 4) und für soziale Anliegen (c. 1524);
2. **Rechenschaftspflichten** wie Buchführung und Rechnungslegung (c. 1523 n. 5, 6, 1525)¹⁵².

Umwandlung und Erlöschen von katholischen Stiftungen bestimmen sich ausschließlich nach staatlichem Recht (Art. 17 ff., 37 Abs. 2 StiftG.). Abweichend vom staatlichen Recht kennt das katholische Kirchenrecht zwei Fälle des Untergangs einer Stiftung und zwar 1. die oberhirtliche Aufhebung und das tatsächliche Erlöschen (c. 102 § 1). Erstere ist nach katholischem Kirchenrecht in der Regel ein Akt der Verwaltung und hat zwangsmäßigen Charakter, sie kann aber auch durch kirchliches Gesetz erfolgen. Eine endgültige Aufhebung nach dem CIC setzt voraus, daß der Ortsordinarius als Stiftungsaufsichtsbehörde im Rahmen seiner Zuständigkeit und aus gerechter Veranlassung handelt¹⁵³. Ein Recht der Selbstauflösung kommt der katholischen Stiftung kirchenrechtlich nicht zu, weil sie durch obrigkeitlichen Willen errichtet und folglich nur auf diesem Wege wieder aufgehoben werden kann¹⁵⁴.

Ein tatsächliches Erlöschen einer katholischen Stiftung ist dann gegeben, wenn die Stiftung seit hundert Jahren zu bestehen aufgehört hat.

152) Auf Einzelheiten muß an dieser Stelle verzichtet werden, um Wiederholungen zu vermeiden. Einzelheiten vgl. Carl Holböck, Handbuch des Kirchenrechts, 2. Bd., Innsbruck und Wien 1951, S. 915; Joseph Wenner, Kirchliches Vermögensrecht, 2. Aufl., Paderborn 1936, S. 189 ff.

153) Vgl. Eichmann—Mörsdorf a.a.O. Bd. I S. 215.

154) Derselbe a.a.O. Bd. I S. 215.

Das Vermögen einer aufgehobenen oder erloschenen Stiftung fällt dann der unmittelbar übergeordneten juristischen Person zu, sofern nicht nach dem Stifter- oder Geberwillen oder mit Rücksicht auf wohlerworbene Rechte Dritter oder besondere partikularrechtliche Bestimmungen etwas anderes vorgesehen ist (c. 1501, Art. 20 StiftG.).

Geht man davon aus, daß der Staat kirchliche Stiftungen nur mit *Zustimmung* der betreffenden Kirche aufheben darf¹⁵⁵, so wird man bei den katholischen Stiftungen regelmäßig in der Zustimmung des Ordinariats als kirchliche Stiftungsaufsichtsbehörde gleichzeitig auch eine oberhirtliche Aufhebung der Stiftung nach kanonischem Recht (c. 102 § 1) erblicken müssen, die allerdings der Form des Kanons 102 § 1 bedarf. Insoweit hat auch die staatliche Aufhebung einer katholischen Stiftung nach Art. 17 bis 20, 37 Abs. 2 StiftG., im Gegensatz zum früheren Rechtszustand der KGO, kirchenrechtliche Auswirkungen¹⁵⁶.

4. Die Obhutspflicht der Katholischen Kirche

Die VS und vor allem der CIC enthält schon allgemeine Bestimmungen über die Durchführung der Aufsicht über das Kirchenvermögen. Die Übergangsregelung des Art. 47 StiftG. und durch sie das staatliche Recht finden daher für die katholischen Stiftungen keine Anwendung.

Gegenteiliges läßt sich auch nicht aus Nr. 1 VS schließen, die bestimmt: „Die Obhutsbefugnisse, welche nach Art. 31—34 des bayerischen Stiftungsgesetzes im allgemeinen dem bayerischen Staate zustehen, sind hinsichtlich der kirchlichen Stiftungen (Art. 36 StiftG.) auf die kirchlichen Behörden übergegangen (Art. 38 Abs. 1). Die bisherigen Befugnisse der staatlichen Behörden (Stiftungsaufsichtsbehörden) sind damit erloschen.“

Man wird hierin auch keine Verweisung auf die staatlichen Aufsichtsbestimmungen in dem Sinne erblicken können, daß diese als innerkirchliches Recht gelten sollen, sondern offensichtlich mehr eine negative Zuständigkeitsnorm in dem Sinn, daß nunmehr an die Stelle der staatlichen die kirchliche Stiftungsaufsicht getreten ist.

Die mit der Obhutspflicht verbundene Stiftungsaufsicht wird nach Art. 38 StiftG. für die Stiftungen der Katholischen Kirche von den zuständigen (erz-)bischöflichen Ordinariaten ausgeübt. Sie erteilen die stiftungsaufsichtliche Genehmigung für die nach innerkirchlichem Recht, insbesondere nach den besonderen Diözesanvorschriften¹⁵⁷ genehmigungspflichtigen Rechts- und Tathandlungen.

155) Vgl. oben S. 39 ff.

156) Wenn Eichmann—Mörsdorf (a.a.O. S. 215) die Aufhebung einer katholischen Stiftung durch den Staat für kirchenrechtlich belanglos ansieht, so geht er dabei vom damaligen Rechtszustand der KGO aus, der sich durch das Stiftungsgesetz grundlegend geändert hat.

157) Für die Diözese Augsburg gelten nach oberhirtlichen Erlassen vom 11. Dezember 1954 (Amtsblatt der Diözese Augsburg 1954, S. 263, Ziff. 13) und vom 21. März 1955 (Amtsblatt a.a.O. 1955, S. 78, Ziff. 2) alle bisherigen kirchlichen Erlasse, die nicht durch die Rechtsentwicklung als überholt anzu-

Bei der Durchführung der kirchlichen Stiftungsaufsicht über die katholischen Stiftungen sind die Ordinariate an die maßgebenden Aufsichtsgrundsätze des CIC gebunden, die zugleich als allgemeine Vorschriften über die Beaufsichtigung katholischer Stiftungen im Sinne des Artikels 39 StiftG. angesehen werden können. Art. 39 StiftG. betrifft ja nicht nur allgemeine kirchenstiftungsrechtliche Vorschriften, welche die Kirchen auf Grund des Stiftungsgesetzes erlassen können, wie zum Beispiel die VS; vielmehr enthält er gleichzeitig, da er lediglich die materiellrechtliche Bestätigung des den Kirchen seit der Weimarer Verfassung verfassungsrechtlich eingeräumten Selbstgesetzgebungs- und Selbstverwaltungsrechts ist, eine Anerkennung der bisherigen kirchlichen Stiftungsgesetzgebung für den staatlichen Bereich, soweit diese nicht mit den für alle geltenden Gesetzen in Widerspruch steht. Das kann man bei den Aufsichtsgrundsätzen des CIC nicht sagen. Nach dem CIC obliegt es dem Ortsordinarius, die Verwaltung des in seinem Gebiet befindlichen Kirchenvermögens, das ja hauptsächlich in der Stiftungsform organisiert ist, zu leiten und zu beaufsichtigen (c. 1519). Die Leitungsbefugnisse des Ortsoberhirten bestehen darin, daß er die gesamte Geschäftsgebarung der kirchlichen Vermögensverwaltung durch Erlaß geeigneter Verordnungen zu regeln hat. In diesen Verordnungen soll er allerdings Rücksicht nehmen auf besondere Rechte, rechtmäßige Gewohnheiten und örtliche Verhältnisse (c. 1519 § 2) wie Konkordatsbestimmungen, die staatliche Rechtsordnung und wohlerworbene Rechte Dritter¹⁵⁸.

Die Aufsichtsbefugnisse des Ortsordinarius bestehen teils in einer vorgängigen, teils nachgängigen Überwachung der ihm unterstellten Stiftungsverwaltung. Die vorgängige Aufsicht besteht zunächst in der Prüfung und Genehmigung des alljährlich aufzustellenden Haushaltsplanes sowie in der für den Abschluß wichtiger Rechtsgeschäfte (z. B. cc. 1530 § 1 n. 3, 1532 §§ 2, 3) einzuholenden Einwilligung des Ordinariats. Die nachgängige Aufsicht zeigt sich in der Rechenschaftsablage, die von allen kirchlichen Stiftungsverwaltern alljährlich dem Ortsordinarius zu leisten ist (c. 1525) und in der Visitation seitens des Ortsoberhirten oder seiner Beauftragten (cc. 344, 447 § 1 n. 4, 1521 § 2)¹⁵⁹.

sehen sind, weiter, solange sie nicht ausdrücklich aufgehoben werden, mit der Folge, daß in allen Fällen, in denen bisher eine staats- oder pfründeaufsichtliche Genehmigung erforderlich war, auch künftig zur Rechtswirksamkeit der betreffenden Rechtsgeschäfte und Verfügungen die stiftungsaufsichtliche Genehmigung durch das Ordinariat erforderlich ist. Zur VS hat das Erzbischöfliche Ordinariat München-Freising in den „Vorläufigen Verwaltungsrichtlinien“ (Amtsblatt der Erzdiözese München-Freising 1955, Nr. 1 Ziff. 12 S. 6 ff.) u. a. alle Veränderungen des kirchlichen Grundbesitzes, alle Darlehens- und sonstigen Rechtsgeschäfte sowie die Führung von Zivilprozessen für genehmigungspflichtig erklärt.

158) Vgl. Eichmann—Mörsdorf a.a.O. Bd. II S. 488; P. Heribert Jone, Gesetzbuch der lateinischen Kirche, Paderborn 1952, Bd. II c. 1519 § 2, S. 687.

159) Vgl. Eichmann—Mörsdorf a.a.O. Bd. II S. 489.

Zu dieser fast unumschränkten kirchlichen Obhutspflicht über die katholischen Stiftungen tritt lediglich noch das beschränkte Oberaufsichtsrecht des Staates in demselben Umfange wie bei den protestantischen Stiftungen¹⁶⁰.

5. Besonderheiten der ortskirchlichen Stiftungen, der Pfründestiftungen und der Unterrichts- und Wohltätigkeitsstiftungen der Katholischen Kirche in Bezug auf Sitz, Zweck, Vertretung, Verwaltung und Beaufsichtigung

A. Die ortskirchlichen Stiftungen

Die Kirchenstiftung (*fabrica ecclesiae*) ist als Hauptvertreterin des ortskirchlichen Stiftungsvermögens nach katholischem Kirchenrecht die mit der Errichtung einer Kirche ins Dasein tretende juristische Person, der die Aufgabe zugewiesen ist, Trägerin der Rechte und Pflichten zu sein, die sich zufolge der Kirchengründung und Unterhaltung in vermögensrechtlicher Hinsicht ergeben¹⁶¹. Sie ist regelmäßig die Trägerin des Gotteshausvermögens, d. h. der „Gesamtheit der im Dienste einer bestimmten Kirche stehenden Vermögenswerte, näherhin das Kirchengebäude selbst mit allem Zubehör“ sowie der „zur Erhaltung und Ausstattung der Kirche und zur Bestreitung der gottesdienstlichen Bedürfnisse dienenden Vermögensstücke“¹⁶².

Die Rechtsstellung der ortskirchlichen Stiftungen der Katholischen Kirche bemißt sich nach den einschlägigen Bestimmungen des kanonischen Rechts sowie der VS in Verbindung mit der „Satzung für die kirchlichen Steuerverbandsvertretungen in den bayerischen Diözesen“ (StVS) vom 4. November 1924 in der letzten Fassung vom 10. Januar 1942¹⁶³.

1. Sitz und Zweck

Die ortskirchlichen Stiftungen sind nach dem CIC „nicht kollegiale moralische (juristische) Personen“ (c. 99). Sie haben wie jede andere moralische Person ihren Sitz an dem Orte, wo sie errichtet sind bzw. dort, wo ihre Verwaltung ihren Sitz hat¹⁶⁴.

Der Zweck des ortskirchlichen Stiftungsvermögens besteht in der Erfüllung der örtlichen Kirchenbedürfnisse (Art. 39 StiftG., Nr. 3 VS i. V. m. Art. 17 Abs. 1 StVS).

160) Vgl. oben S. 48 ff.

161) So Eichmann—Mörsdorf a.a.O. Bd. II S. 307.

162) Derselbe a.a.O. Bd. II, S. 306, 307; vgl. auch Adalbert Erler, Kirchenrecht, Frankfurter Grundrisse für das juristische Studium, Band 25, Frankfurt/M. 1949, S. 147 ff.

163) Abgedruckt bei Roedel a.a.O. S. 190 ff., allerdings nicht in der letzten Fassung. Zur Satzung vgl. auch Anton Alfred Seitz, Die Ortskirchen- und Steuerverbandsvertretungen der katholischen Kirche des rechtsrhein. Bayern, Diss. Würzburg 1934.

164) Vgl. Jone a.a.O. Bd. III S. 25 zu Kanon 1561 § 1 mit der dort angeführten Literatur.

Als Ortskirchenbedürfnisse (Art. 17 Abs. 2 Ziff. 1—9, Abs. 3 StVS, Nr. 3 VS) gelten die notwendigsten Erfordernisse für die würdige Feier des öffentlichen Gottesdienstes, die Seelsorge und die Vermögensverwaltung und zwar im einzelnen:

1. die Herstellung und Unterhaltung der Kirchen mit regelmäßigem Gottesdienste, ferner die Unterhaltung der bestehenden kirchlichen Friedhöfe und der dazu gehörenden Bauwerke;
2. die Herstellung und Unterhaltung der erforderlichen Gebäude für die Pfarrgeistlichen einschließlich der bisher den Pfründestiftungen oder Pfründebesitzern obliegenden Verbindlichkeiten hinsichtlich der Pfründewohngebäude, abgesehen von den Mietmannspflichten, ferner die Unterhaltung der im Eigentum der Kirchenstiftung oder Benefiziumsstiftung stehenden Wohngebäude der Inkuratbenefizien, soweit die Stiftungsmittel nicht ausreichen und die Baupflicht nicht einem Dritten obliegt, sowie, wo dies bisher üblich war, der erforderlichen Gebäude für die Messner nebst Bezahlung der Brandversicherungsbeiträge;
3. die Anbringung und Unterhaltung der nötigen Blitzableiter auf den größeren der in Ziff. 1 und 2 genannten Gebäude;
4. die Beschaffung und Unterhaltung der inneren Einrichtung für die genannten Kirchen einschließlich der Kirchenstühle und Gerätschaften, dann die Bereitstellung des sonstigen sachlichen Bedarfs für die Zwecke des Gottesdienstes und der Seelsorge;
5. die Aufbringung des Dienst Einkommens der weltlichen Kirchendiener, das angemessen sein soll, mit Einschluß der nötigen Stellvertretungskosten im Falle des Urlaubs;
6. die Bezahlung von Pfarr- und Schulvisitations- und Installationskosten nach Maßgabe der hierüber jeweils bestehenden Vorschriften der kirchlichen Oberbehörde;
7. die Sorge für die nach Vorschrift der kirchlichen Oberbehörde zu haltenden Gesetz- und Amtsblätter sowie für die Pfarrmatrikeln;
8. die Bestreitung des sonstigen Verwaltungsaufwandes einschließlich des sachlichen Bedarfs für die pfarramtliche Geschäftsführung;
9. die Aufbringung eines Grundbeitrages für jeden Seelsorgegeistlichen in den Ortskirchengemeinden;
10. die Erfordernisse für die Verbindlichkeiten des ortskirchlichen Stiftungsvermögens und der Kirchengemeinde auf Grund Herkommens, besonderer Rechtsverhältnisse oder gesetzmäßiger Beschlüsse der Kirchenverwaltungen.

Die Erfüllung dieser Ortskirchenbedürfnisse obliegt unter den Voraussetzungen des Art. 18 StVS primär der ortskirchlichen Stiftung.

2. Vertretung und Verwaltung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens

Die Verwaltung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens erfolgt gemäß der StVS durch die nach den Bestimmungen dieser Satzung gewählten Kirchenverwaltungen unter der Obhut der kirchlichen Oberbehörden (Art. 39 StiftG., Nr. 3 VS).

Vertretungsorgan der ortskirchlichen Stiftung ist die Kirchenverwaltung, die die ortskirchlichen Stiftungen gerichtlich und außergerichtlich vertritt.

Die Kirchenverwaltung besteht grundsätzlich aus dem Pfarrer als Vorstand und aus nach Maßgabe der Art. 7 ff. StVS und der „Wahlordnung für die kirchlichen Steuerverbandsvertretungen in den bayerischen Diözesen“ gewählten weltlichen Kirchengemeindemitgliedern, den sogenannten Kirchenverwaltern. Die Zahl der Kirchenverwalter beträgt bei Pfarrkirchenverwaltungen mindestens vier, bei anderen Kirchenverwaltungen mindestens zwei und wird durch die kirchliche Oberbehörde bestimmt (Art. 3 StVS).

In Stiftungsverbänden zusammengeschlossene Ortskirchenstiftungen werden durch die Gesamtkirchenverwaltung (Art. 3 Abs. 2 StVS) vertreten, die sich aus zwei bis zehn geistlichen Mitgliedern und aus gewählten weltlichen Mitgliedern, deren Zahl dreimal so groß wie die der Geistlichen sein muß und von den kirchlichen Oberbehörden auf die Einzelkirchengemeinden nach Verhältnis der Seelenzahl verteilt wird, zusammengesetzt.

Zu den geistlichen Mitgliedern der Gesamtkirchenverwaltung sind die Vorstände der Einzelkirchenverwaltungen berufen (Art. 3 Abs. 3 StVS).

Im Gegensatz zur protestantischen Kirchenverwaltung, die sowohl in der Verwaltung des Kirchengemeindevermögens als auch in der Verwaltung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens als kirchengemeindliches Organ¹⁶⁵ auftritt, die daher in jeder Beziehung von der Kirchengemeinde abhängig ist, weil ihre Tätigkeit unter das Selbstverwaltungsrecht der Kirchengemeinde fällt, vereinigt die katholische Kirchenverwaltung in sich zwei Funktionen: Sie ist Verwalterin des Stiftungsvermögens und Verwalterin des Kirchengemeindevermögens. Nur in der letzteren Beziehung ist sie von der Kirchengemeinde abhängig. Dieser Rechtszustand war schon unter der KGO so, die ihn im wesentlichen mit Rücksicht auf das katholische Kirchenrecht eingeführt hatte (Art. 6 Abs. 1 der bisherigen KGO). Die Kirchengemeinde ist nämlich eine dem katholischen Kirchenrecht vollständig fremde Erscheinungsform, weshalb auch eine kirchengemeindliche Stiftungsverwaltung (Abhängigkeit der Kirchenverwaltung von der Kirchengemeinde) zum kanonischen Recht in äußerstem Gegensatz stehen würde, da dieses die Gemeindemitglieder nur als Objekt der priesterlichen Seelsorge betrachtet. Diese Tatsache hat der Gesetzgeber der KGO damals berücksichtigt¹⁶⁶. Nachdem die

165) Vgl. oben S. 53 ff.; Frank a.a.O. Art. 6 S. 55.

166) Vgl. Frank a.a.O. S. 54.

KGO durch das Stiftungsgesetz aufgehoben ist und damit der Anwendung des kanonischen Rechts auf Grund des Art. 39 StiftG. nichts mehr im Wege steht, ergibt sich heute die Unabhängigkeit der Kirchenverwaltung als Verwalterin des Stiftungsvermögens direkt aus dem CIC.

Der CIC geht davon aus, daß die Vertretung und Verwaltung des ortskirchlichen Stiftungsvermögens dem Kirchenrektor (Pfarrer) obliegt (c. 1182 § 1 c). Außer diesem können aber auch noch andere, und zwar sowohl Kleriker als auch Laien, zur Verwaltung der Güter einer Kirche berufen werden, die mit dem Kirchenrektor den Kirchenverwaltungsrat, auch Kirchenstiftungsrat genannt, bilden (c. 1183). Die Mitglieder einer solchen Laienkirchenverwaltung werden vom Bischof bestellt und abgesetzt, „nisi aliter legitime constitutum fuerit“. Damit baut der Kodex durch Anerkennung entgegenstehenden Gewohnheitsrechts die Brücke zum Staatsrecht und zum partikularen Kirchenrecht, wie der StVS, die sich dem staatlichen Recht anpassen mußte. Es ist deshalb auch nach dem Kodex durchaus zulässig, daß die Kirchenverwalter nicht eingesetzt, sondern gewählt werden, an und für sich schon ein gewaltiger Eingriff in den hierarchischen Aufbau¹⁶⁷ der Katholischen Kirche.

Eine kirchengemeindliche Stiftungsverwaltung wie in der protestantischen Kirche ist aber für die Katholische Kirche durch den Kodex verboten. Die ganze Verwaltung des Stiftungsvermögens muß nämlich von der Kirchenverwaltung im Namen der Kirche geführt werden (c. 1521 § 2). Diese Vorschrift besagt zunächst, daß die Verwaltung im Namen des kirchlichen Instituts geführt werden muß, das Eigentümer der Kirchengüter ist, also hier im Namen der Ortskirchenstiftung. Weiter aber besagt sie, daß sich die Verwaltungsbefugnisse von der zuständigen kirchlichen Obrigkeit herleiten¹⁶⁸, wodurch eine kirchengemeindliche Stiftungsverwaltung ausgeschlossen wird.

3. Beaufsichtigung ortskirchlicher Stiftungen

Neben den allgemeinen Aufsichtsgrundsätzen des CIC (cc. 1519 ff.), stellt Art. 23 a StVS für die ortskirchlichen Stiftungen eine Reihe von Genehmigungsvorbehalten auf.

So ist die oberhirtliche Genehmigung vor allem erforderlich:

1. Bei Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken oder von Rechten, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des bürgerlichen Rechts gelten; ferner bei Verfügungen über ein Recht an einem Grundstück mit

167) Über den Aufbau der Katholischen Kirche vgl. die kurzen Ausführungen b. Wilhelm Kahl, Grundriß zu den Vorlesungen über Kirchen- und Eherecht, 2. Ausgabe, Guben 1901, S. 31 § 18; ferner Albert M. Koeniger—Friedrich Giese, Grundzüge des katholischen Kirchenrechts und des Staatskirchenrechts, 3. Aufl. Bonn (Augsburg), Frankfurt/M., Mainz 1949, S. 64 ff.

168) Vgl. Jone a.a.O. Bd. II S. 688.

Ausnahme von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden;

2. bei Erwerb, Veräußerung oder Verpfändung eines Kircheneinrichtungs- oder Ausstattungsgegenstandes im Werte von 500 DM oder mehr; bei Neuanschaffung ist der Entwurf zur Genehmigung beizulegen;
3. bei ortskirchlichen Bauführungen, d. h. Neubauten, Erweiterungen und Instandsetzungen, welche die Bedarfssumme von 5000 DM übersteigen; Entwürfe und Kostenvoranschläge sind zur Genehmigung vorzulegen;
4. bei Führung eines Zivilprozesses für oder gegen ortskirchliches Stiftungsvermögen, welchen nicht die laufende Vermögensverwaltung mit sich bringt;
5. bei Eingehung einer Verpflichtung der in Ziff. 1—3 bezeichneten Verfügungen (Art. 23 b StVS).

B. Die Pfründestiftungen

1. Allgemeines

Die Pfründestiftung ist nach staatlichem Recht eine Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit, die mit Vermögensmitteln ausgestattet ist, um den Lebensunterhalt eines Geistlichen sicherzustellen.

Im katholischen Kirchenrecht heißt die Pfründestiftung „beneficium“ und besteht aus zwei wesentlichen Bestandteilen, nämlich einem Kirchenamt und dem Recht auf die mit dem Amte verbundenen Erträge der Mitgift (dem Stiftungsvermögen) (c. 1409). Obwohl kein Benefizium ohne Mitgift bestehen kann, ist die Mitgift, genau wie das Stiftungsvermögen nach staatlichem Recht, kein konstitutiver Bestandteil des Benefiziums¹⁶⁹.

Außer diesen zwei Bestandteilen ist zur Bildung eines Benefiziums noch eine Bedingung gefordert, nämlich, daß das Benefizium von der rechtmäßigen kirchlichen Autorität für immer errichtet ist (cc. 1409, 1414 ff.).

Mit dieser Errichtung entsteht zugleich eine neue moralische Person der Kirche, die jedoch noch der staatlichen Anerkennung bedarf, um auf staatlichem Bereich handeln zu können (cc. 1409, 1414 ff., Art. 4, 5, 6 StiftG.).

Das Vermögen der Pfründestiftung kann sich aus fünf verschiedenen Wertobjekten zusammensetzen (c. 1410):

- a) Vermögensobjekten, die im Eigentum des Benefiziums als moralischer Person stehen; derartige Vermögensobjekte können Immobilien (Gebäude, Felder, Wälder usw.), Mobilien (Inventar, Bargeld, Wertpapiere usw.), endlich auch dingliche Rechte an fremden Sachen sein (Nießbrauch usw.);

169) Vgl. Jone a.a.O. Bd. II S. 601.

- b) bestimmte und rechtlich geschuldete Leistungen einer natürlichen oder moralischen Person;
- c) bestimmte und freiwillige Gaben der Gläubigen, sofern sie dem Inhaber des Benefiziums gehören;
- d) Stolgebühren (= Rechnisse der Gläubigen für kirchliche Amtshandlungen) bis zur Höhe der Diözesantaxe oder der rechtmäßigen Gewohnheit;
- e) Chordistributionen.

Das Einkommen des Pfründebesitzers setzt sich regelmäßig zusammen aus ¹⁷⁰:

- a) Ständiger Gehalt aus Staats-, Stiftungs- und Gemeindekassen, teils Bargeld teils Naturalien; besonders aber aus Kirchensteuermitteln;
- b) Zinsen aus den zur Pfründe gestifteten Kapitalien;
- c) Erträgnisse der Realitäten, Gebäude und Dienstgebäude;
- d) Erträgnisse aus Rechten;
- e) Stolgebühren;
- f) Meßstipendien.

Je nach dem verschiedenen Gesichtspunkt, von dem aus die Benefizien betrachtet werden, können sie auch verschieden eingeteilt werden (c. 1411), wobei jedoch zu beachten ist, daß die folgenden verschiedenen Gruppen von Benefizien einander nicht ausschließen:

- a) Die Benefizien können je nachdem sie für gewöhnlich im Konsistorium verliehen werden oder nicht, Konsistorial- oder Nichtkonsistorialbenefizien sein;
- b) weltgeistliche Benefizien oder ordensgeistliche, je nachdem sie ausschließlich dem Weltklerus oder dem Ordensklerus gehören;
- c) Residentialbenefizien und Nichtresidentialbenefizien, je nachdem, ob mit ihnen die Residenzpflicht verbunden ist oder nicht;
- d) Manualbenefizien und Perpetualbenefizien, je nachdem, ob sie auf Widerruf oder für immer übertragen werden;
- e) Kuratbenefizien und Inkuratbenefizien, je nachdem, ob mit ihnen die Seelsorge verbunden ist oder nicht.

2. Vertretung und Verwaltung

Nach Nr. 2 VS i. V. m. Art. 39 StiftG. erfolgt die Verwaltung des Pfründestiftungsvermögens gemäß den kanonischen Vorschriften durch den Pfründeeinhaber unter der Obhut der kirchlichen Oberbehörde.

¹⁷⁰) Näheres vgl. August Geiger, Handbuch für die gesamte Pfarramtsverwaltung im Königreich Bayern, 10. Aufl., Regensburg 1913, 2. Bd. S. 308.

Der Pfründeeinhaber ist zugleich gesetzlicher Vertreter der Pfründestiftung (c. 1476). Im Gegensatz zu den protestantischen Kirchen, deren Pfründestiftungen durch den Pfründestiftungsverband vertreten werden und bei denen die Pfründe Zentralisation vorherrscht, ist in der Katholischen Kirche das Pfründewesen ausgesprochen dezentralisiert. Überhaupt ist es eine Besonderheit, daß, während das katholische Verfassungsrecht hierarchisch zentralistisch aufgebaut ist, das Vermögensrecht sich in der Form der Dezentralisation entwickelt hat. Ganz anders wiederum bei der Evang.-Luth. Kirche, die verfassungsrechtlich auf der Kirchengemeinde, also dezentralistisch von unten nach oben aufgebaut ist¹⁷¹, während sich im Vermögensrecht immer stärker zentralistische Bestrebungen bemerkbar machen.

Der Pfründeeinhaber ist Verwalter der Benefizialgüter und muß seine Verwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften führen (c. 1476 § 1). Diese sind hauptsächlich enthalten in cc. 1523 bis 1528, 1530 bis 1543. Sie können auch noch ergänzt werden durch partikularrechtliche Bestimmungen.

So ist der Pfründeeinhaber zunächst einmal an die allgemeinen Verwaltungsgrundsätze (cc. 1523—1528)¹⁷² gebunden, die ihren wesentlichen Ausdruck im Kanon 1523 pr. finden: Der Pfründeeinhaber hat sein Verwaltungsamt mit der Sorgfalt eines guten Hausvaters auszuüben.

Darüber hinaus muß er die allgemeinen Bestimmungen bezüglich Verträgen über Kirchengut, die der Kodex für alle Verwalter kirchlichen Vermögens aufstellt (cc. 1529 ff.), beachten.

Vor allem:

1. Vor der Veräußerung von Pfründegut müssen rechtschaffene Sachverständige in einem schriftlichen Gutachten den Wert abschätzen (c. 1530 n. 1);
2. Eine Veräußerung darf nur stattfinden, wenn ein gerechter Grund, nämlich sowohl eine dringende Notwendigkeit als auch offener Nutzen der Kirche vorhanden ist (c. 1530 n. 2);
3. Die Veräußerung darf nur mit Erlaubnis des zuständigen kirchlichen Oberen — je nach dem Wert der Apostolische Stuhl oder der Bischof — erfolgen. Ohne vorausgehende Erlaubnis ist die Veräußerung ungültig (cc. 1530 n. 3, 1532);
4. Kirchengut darf nicht unter dem vom Sachverständigen angegebenen Preis verkauft werden (c. 1531 § 1).
5. Der Pfründeeinhaber darf abgesehen von kleinen ortsüblichen Schenkungen keine Schenkung aus dem Mobiliarvermögen der Kirche machen (c. 1535).

Wesentlich für die Verwaltung des Pfründestiftungsvermögens sind auch noch die Vorschriften des CIC über die Verpachtung kirchlicher Grundstücke (cc. 1541 ff.).

171) Zum Aufbau vgl. Gustav-Adolf Vischer, Aufbau und Organisation der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern, München 1948.

172) Vgl. oben S. 64 ff.

Das Grundstück soll demjenigen verpachtet werden, dessen Angebot unter Berücksichtigung aller Umstände als das günstigere erscheint (cc. 1541 § 1, 1531 § 2). Im Pachtvertrag soll dem Pächter die Verpflichtung auferlegt werden, auf die Erhaltung der Grenzen zu achten, das Grundstück richtig zu bebauen und den Pachtzins richtig und rechtzeitig zu bezahlen. Im Pachtvertrag sollen auch hinreichende Sicherungen für die Erfüllung dieser Verpflichtungen enthalten sein (c. 1541 § 1). Bei der Verpachtung von Benefizialgütern sind Vorauszahlungen des Pachtzinses für mehr als ein halbes Jahr ohne Erlaubnis des Ortsordinarius verboten. Erteilt dieser in außerordentlichen Fällen die Erlaubnis, dann soll er durch geeignete Vorschriften dafür sorgen, daß daraus weder für das Benefizium noch für etwaige Nachfolger des Benefiziaten ein Schaden entsteht (c. 1479).

Für die Verpachtung ist die Erlaubnis des jeweiligen kirchlichen Oberhirten nötig (c. 1541 § 2 n. 1, n. 3).

Sonst verweist der CIC bezüglich der Miet- und Pachtverträge (c. 1479) sowie für alle Rechtsgeschäfte in vermögensrechtlichen Angelegenheiten grundsätzlich auf das staatliche Recht. Daher sind in Bayern für Miet- und Pachtverträge über Benefizialgüter die §§ 535 bis 597 und das allgemeine Recht der Schuldverhältnisse (§§ 241 bis 432) des Bürgerlichen Gesetzbuches maßgebend.

Der Pfründeinhaber muß für den Schaden aufkommen, den er durch nachlässige Führung der Verwaltung oder auf andere schuldhaftige Weise dem Benefizium verursacht hat. Wenn nötig, muß er vom Ortsordinarius zur Wiedergutmachung des Schadens gezwungen werden (c. 1476 § 2).

Der Pfründeinhaber muß auch für die Auslagen aufkommen, die mit der gewöhnlichen Verwaltung der Benefizialgüter und Einheimung der Erträge verbunden sind. Auslagen für außerordentliche Reparaturen an der Wohnung des Benefiziaten treffen für gewöhnlich denjenigen, dem die Baulast an der Benefizialkirche obliegt (c. 1477 §§ 1, 2), regelmäßig also die Kirchenstiftung (c. 1186), wenn keine besonderen Stiftungsbestimmungen oder Gewohnheitsrecht Gegenteiliges vorsehen¹⁷³.

Kleinere Reparaturen, für die der Pfründeinhaber selbst aufkommen muß, soll er möglichst bald vornehmen, damit nicht infolge Aufschubs größere Reparaturen entstehen.

3. Beaufsichtigung

Der Pfründeinhaber ist einerseits der Nutznießer des Pfründevermögens. Über die Erträge der Benefizialgüter, die zum standes-

¹⁷³ In Bayern ist die Baulast an den Pfründewohngebäuden — abgesehen von Mietmannspflichten — als Ortskirchenbedürfnis erklärt (Art. 17 Abs. 2 Ziff. 2 StVS). Sie hat nach Maßgabe des Art. 18 Abs. 1 StVS regelmäßig die Ortskirchenstiftung zu tragen. Die kleine Baulast ist vielfach durch den sog. Baukanon, eine vom Pfründeinhaber jährlich zu leistende Durchschnittssumme abgelöst. Mancherorts bestehen auch örtliche Pfründebaufonds (Meurer, KVR III, S. 557 ff.).

gemäßen Unterhalt gehören, hat er das freie Verfügungsrecht und zwar auch dann, wenn er Privatvermögen besitzt. Lediglich die Erträge, die nicht zum standesgemäßen Unterhalt notwendig sind, muß er den Armen geben oder zu anderen frommen Zwecken verwenden (c. 1473). Andererseits ist er aber auch Verwalter und gesetzlicher Vertreter der Pfründestiftung (c. 1476). Aus dieser doppelten Stellung des Pfründeinhabers ergibt sich schon, daß häufig die Gefahr einer Interessenkollision bestehen wird. Der Pfründeinhaber ist zwar als Vertreter und Verwalter der Pfründestiftung verpflichtet, die Ansprüche der Pfründestiftung auch in dem Falle zur Geltung kommen zu lassen, in dem sie mit seinen persönlichen Vorteilen in Widerspruch treten. Jedoch besteht immer die Gefahr, daß bei einer Kollision zwischen den eigenen Vorteilen des Pfründebesitzers und den Interessen der Pfründestiftung die Verpflichtung gegenüber der Pfründestiftung zugunsten der eigenen Vorteile abgewertet wird. Diese Gefahr besteht um so mehr, als derartige Kollisionsfälle keineswegs selten sind. Z. B. der Pfründebesitzer will ein Gebäude benutzen, ohne viel für die Unterhaltung aufzuwenden, da dieses sein Einkommen schmälern würde. In Interesse der Pfründestiftung als Eigentümerin des Gebäudes ist es aber gelegen, daß alle Baufälle sofort gewendet werden, damit das Gebäude möglichst lang in einem brauchbaren Zustande bleibt¹⁷⁴. Hier ist eine verstärkte Obhutspflicht der kirchlichen Oberbehörden unerlässlich, die allerdings nicht so weit gehen sollte, wie die einstige staatliche Pfründekuratel. Der Rahmen für diese Obhut ist in den Grundsätzen des CIC gegeben. Aufgabe der kirchlichen Stiftungsaufsichtsbehörden der Katholischen Kirche wird es sein, in einer endgültigen Satzung diesen Rahmen den örtlichen Verhältnissen entsprechend detailliert auszubauen, um die Rechte der Pfründestiftung und des Pfründebesitzers namentlich hinsichtlich der Bewirtschaftung und Verwaltung des Vermögens abzugrenzen und die widerstreitenden Interessen auszugleichen.

Überhaupt wird die Regelung des Pfründestiftungsvermögens für die Katholische Kirche weit mehr als für die protestantischen Kirchen eine sehr umfassende gesetzgeberische Arbeit werden, welche voraussichtlich geraume Zeit für die Vorbereitung in Anspruch nehmen wird. Es wird sich dabei handeln um die Regelung des Verhältnisses des Pfründebesitzers zur Pfründestiftung nach allen Beziehungen, so insbesondere um die individuellen Rechte des jeweiligen Pfründebesitzers gegenüber den Rechten und Interessen der Pfründe, um das Fassionssystem¹⁷⁵, um die Regelung der Baupflicht an den Pfründegebäuden, um die Abgrenzung der Baufälle, welche

174) Vgl. Geiger a.a.O. Bd. II S. 445 mit weiteren Beispielen.

175) Die rechtliche Bedeutung der Fassion ist die Zusammenstellung der Einkünfte und Lasten einer Seelsorgerstelle. Durch den Eintrag in die Fassion werden Rechtsansprüche und Verbindlichkeiten nicht geschaffen, sondern nur konstatiert. Die wirtschaftliche Bedeutung der Fassion besteht darin, daß sie den Maßstab bildet für die Berechnung der staatlichen Einkommensaufbesserungen usw. (Geiger a.a.O. Bd. II S. 350.)

der Pfründe zur Last liegen, von denjenigen, die der jeweilige Pfründebesitzer zu wenden hat, um Baufallschätzungen usw.

C. Die Unterrichts- und Wohltätigkeitsstiftungen der Katholischen Kirche

Nach Art. 36 StiftG. sind auch die von den Kirchen errichteten bzw. verwalteten Unterrichts- und Wohltätigkeitsstiftungen als kirchliche Stiftungen anzusehen¹⁷⁶.

Als solche unterliegen sie der kirchlichen Gesetzgebung und Selbstverwaltung innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes (Art. 39 StiftG.).

Maßgebend für ihre Rechtsstellung sind neben den allgemeinen Vorschriften des I. Abschnitts des staatlichen Stiftungsgesetzes über Rechtspersönlichkeit, Entstehung, Verwaltung, Umwandlung und Erlöschen vor allem die einschlägigen Bestimmungen des CIC, cc. 1489 bis 1494.

1. Allgemeines

Die Unterrichts- und Wohltätigkeitsstiftungen werden vom kanonischen Recht als kirchliche Wohlfahrtsanstalten bezeichnet. Man versteht hierunter Hospitäler, Waisenheime und sonstige Anstalten, die Werken der Religion oder der leiblichen oder geistlichen Wohlfahrt gewidmet sind. Selbstredend zählen auch die kirchlichen Unterrichtsstiftungen hierzu, da die christliche Erziehung ein eigenes Anliegen und eine eigene Aufgabe der Religion und geistlichen Wohlfahrt ist.

Anders als die Kirchen- und Pfründestiftungen sind die Unterrichts- und Wohltätigkeitsstiftungen der Katholischen Kirche nicht von Haus aus mit kirchlicher Rechtspersönlichkeit ausgestattet, sondern es wird ihnen die kirchliche Rechtsfähigkeit vom Ortsoberhirten verliehen (c. 1489 § 1). Zusätzlich bedürfen sie der staatlichen Anerkennung wie alle anderen kirchlichen Stiftungen auch, um auf staatlichem Bereich wirksam handeln zu können.

Kirchliche Wohlfahrtsanstalten gehen regelmäßig auf eine Stiftung¹⁷⁷, sei es aus privaten, sei es aus kirchlichen Mitteln, zurück. Der Stifter des Vermögens gibt der Anstalt das Grundgesetz in der Stiftungsurkunde, in welcher er sorgfältige Bestimmungen über Verfassung, Zweck, Ausstattung, Verwaltung und Leitung der Anstalt, über die Verwendung der Einkünfte und über die Rechtsnachfolge zu treffen hat (c. 1490, Art. 8 StiftG.).

Durch die Stiftung wird die Wohlfahrtsanstalt noch nicht zur kirchlichen Anstalt, erforderlich ist die oberhirtliche Genehmigung (c. 1489 §§ 1, 2), die allein der zuständige Ortsoberhirte erteilen kann und zwar entweder durch Errichtung oder durch Anerkennung.

¹⁷⁶) Vgl. oben S. 11 ff.

¹⁷⁷) So auch Joseph Lammeyer, Die juristischen Personen der katholischen Kirche, Paderborn 1929 S. 191.

Der Unterschied ist darin zu sehen, daß mit der Errichtung die Verleihung der kirchlichen Rechtsfähigkeit verbunden ist, während die bloße Anerkennung von der Verleihung der Rechtsfähigkeit absieht. Der Ortsoberhirte darf eine kirchliche Wohlfahrtsanstalt nur dann errichten oder anerkennen, wenn sie einem tatsächlich nützlichen Zweck dient und eine so große Vermögensmasse vorhanden ist, daß man unter Berücksichtigung aller näheren Umstände vernünftigerweise annehmen kann, sie genüge zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes (c. 1489 § 2).

2. Vertretung und Verwaltung

Die Verwaltung der rechtsfähigen Unterrichts- und Wohltätigkeitsstiftungen bestimmt sich einmal nach den grundlegenden Bestimmungen des I. Abschnitts des Stiftungsgesetzes (Art. 10 bis 13, 15 StiftG.) sowie über Art. 39 StiftG. nach c. 1489 § 3. Die Verwaltung einer selbständigen Wohlfahrtsanstalt obliegt danach dem nach Maßgabe der kirchenamtlich genehmigten Anstaltssatzung berufenen Leiter, der regelmäßig auch der gesetzliche Vertreter der Stiftung sein wird. Der Leiter hat die gleichen Rechte und Pflichten wie andere Verwalter kirchlichen Vermögens (c. 1518 ff.) und hat insbesondere nach der Stiftungsurkunde seines Amtes zu walten¹⁷⁸.

3. Aufsicht

Die Aufsicht über die kirchlichen Unterrichts- und Wohltätigkeitsstiftungen steht nach Art. 38 StiftG. den Kirchen zu. Nach Art. 39 StiftG. i. V. m. c. 1491 führt sie der Ortsoberhirt. Er hat das Recht und die Pflicht, dieselben zu visitieren (c. 1491 § 1) sowie Rechnungslegung und Rechenschaftsbericht zu fordern (c. 1492 § 1). Er hat schließlich darüber zu wachen, daß der in der Stiftung einer Wohlfahrtsanstalt zum Ausdruck gekommene Wille des Stifters in jeder Hinsicht befolgt wird (Art. 2 StiftG., c. 1493).

IV.

Schlußwort

In dieser Arbeit mußten, da die von den Kirchen auf Grund des Art. 39 StiftG. erlassenen Gesetze nur Provisorien darstellen, noch Lücken in der vollständigen Darstellung der neuen Rechtsstellung der kirchlichen Stiftungen in Kauf genommen werden. Es konnte daher lediglich in großen Linien aufgezeigt werden, wie seit Erlaß des Stiftungsgesetzes kirchliches und staatliches Recht zusammenwirken.

Die große Tat des Stiftungsgesetzes war es, daß es mit dem Territorialismus, wie die deutschen Verfassungen schon längst, gebrochen hat und den Kirchen auf Grund des Art. 39 StiftG. die Möglichkeit gegeben hat, ihr Stiftungsrecht in Anpassung an die jeweiligen Be-

178) Vgl. Eichmann—Mörsdorf a.a.O. Bd. II S. 459.

dürfnisse allein materiellrechtlich mit Wirkung für den staatlichen Bereich zu regeln.

Während die Katholische Kirche bei der Ausgestaltung ihres Stiftungsrechts größtenteils auf den allgemeinen Bestimmungen des kanonischen Rechts aufbauen kann und damit schon die große Linie vorgezeichnet bekommen hat, die es durch partikularrechtliche Bestimmungen auszufüllen gilt, stehen die protestantischen Kirchen vor einer ungleich schwierigeren Lage, da ihnen ein solches Vorbild fehlt.

Denn die Katholische Kirche hat ja bekanntlich jene staatlichen Schranken der Kirchengemeindeordnung nur „temporum et locorum, ratione habita“ toleriert, aber niemals den grundsätzlichen Widerspruch gegen sie aufgegeben, sondern bloß darauf gewartet, nach Wegfall der staatlichen Normen ihr eigenes Recht ins Leben treten zu lassen, während die protestantischen Kirchen in Bayern unter der Herrschaft des Summepiskopats zu einer selbständigen Rechtsbildung in diesem wichtigen Teilgebiet ihres Lebens nicht kraftvoll genug gewesen waren.

Neben den gesetzestechnischen Schwierigkeiten, vor die das Stiftungsgesetz die Kirchen stellt, hat es ihnen auch noch eine bedeutende Mehrarbeit gebracht. Besonders deutlich zeigt sich dies bei dem Übergang der Stiftungsaufsicht vom Staat auf die Kirche: Wo vor Inkrafttreten des Stiftungsgesetzes die Kirche von der Staatsaufsicht nur zu hören war oder um ihre Zustimmung angegangen werden mußte, wo also die Kirche sich zum bearbeiteten und rechtlich klargelegten Fall nur zu äußern hatte, ist in Zukunft die ganze Sachbehandlung ausschließlich Sache der Kirche, was neben der Mehrarbeit vor allem eine Verlagerung der Verantwortung mit sich bringt.

Möge diese Arbeit ein kleiner Beitrag auf dem schwierigen aber schönen Weg sein, der nun vor den Kirchen liegt.

SCHRIFTTUMSVERZEICHNIS

- Anschütz, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, Kommentar, 13. Aufl. Berlin 1930.
- Arndt: Artikel „Kirchengut“ in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft, 2. Aufl. Bd. III, S. 905 ff.
- Bickermann, Gerhard: Das Pfründewesen der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern rechts des Rheins, Dissertation, Erlangen 1937.
- Bonner Kommentar: Kommentar zum Bonner Grundgesetz, Loseblattausgabe, Hamburg 1950.
- Brander, Vitus: Drei Abhandlungen zur Rechtsfrage der auf dem Konkordat vom Jahre 1817 beruhenden Verpflichtungen des Bayerischen Staates an das Bistum Würzburg, Würzburg 1954.
- Buholzer, Joseph: Die Säkularisation katholischer Kirchengüter während des 18. und 19. Jahrhunderts, insbesondere in Deutschland, Dissertation Freiburg i. Ue., Luzern 1921.
- Bundesgerichtsrätekommentar: 10. Aufl. Berlin 1953.
- Dabelstein, Hans: Die Rechtsgrundlage der Staatsaufsicht über die katholische Kirche und die evangelischen Kirchen Deutschlands, Dissertation, Hamburg 1930.
- Dove, R. W. und Sehling, Emil: Artikel „Säkularisation“, in: Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche von Albert Hauck, Leipzig 1908, Bd. XXI, S. 838—858.
- Ebers, Godehard Josef: Art. 137, 138, 140, 141, Religionsgesellschaften, in: Die Grundrechte und Grundpflichten der Weimarer Reichsverfassung, Kommentar herausgegeben von Nipperdey, 2. Bd. Berlin 1930.
- : Staat und Kirche im neuen Deutschland, München 1930.
- Ebert, Ludwig: Der kirchenrechtliche Territorialismus in Bayern im Zeitalter der Säkularisation, Paderborn 1911.
- Eichler, Friedrich: Die Neuordnung des Stiftungsrechts in Bayern, in: Bayerische Verwaltungsblätter, Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung, München 1955, Heft 4.
- Eichmann, Eduard—Mörsdorf, Klaus: Lehrbuch des Kirchenrechts auf Grund des Codex Juris Canonici, 7. Aufl. 3 Bde., Paderborn 1953.
- Erler, Adalbert: Kirchenrecht, Frankfurter Grundrisse für das juristische Studium, Bd. 25, Frankfurt/M. 1949.
- Flörchinger, Anton: Das Problem der Trennung von Kirche und Staat und die Besetzung der katholischen Kirchenämter nach bayerischem Recht, Dissertation, Würzburg 1929.
- Frank, Josef: Die bayerische Kirchengemeindeordnung, Kommentar, Regensburg 1913, 2. Teil: Erläuterungen.
- Friedrich, Alois: Die Kirchenstiftungen in Bayern, Dissertation Erlangen 1927.
- Gebhard, Ludwig: Die Verfassung des Deutschen Reichs, Kommentar, München 1932.
- Geiger, Karl August: Handbuch für die gesamte Pfarramtsverwaltung im Königreich Bayern, 10. Aufl. Regensburg 1910/1913, 2 Bde.
- Giese, Friedrich: Staat und Kirche im neuen Deutschland, Tübingen 1932.
- : Die Reichsverfassung vom 11. August 1919, Kommentar, 7. Aufl. Berlin 1926.
- Heckel, Johannes: Kirchengut und Staatsgewalt, in: Rechtsprobleme in Staat und Kirche, Festschrift für Rudolf Smend, Göttingen 1952.
- : Kirchliche Autonomie und staatliches Stiftungsrecht in den Kirchengemeinden der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern r. d. Rhs., Nördlingen 1932.

- : Diktatur, Notverordnungsrecht, Verfassungsnotstand, in: Archiv des öffentlichen Rechts, N. F. 22, 1932, S. 261 ff.
- : Das staatskirchenrechtliche Schrifttum der Jahre 1930 und 1931, in: Verwaltungsarchiv, Bd. 37 (1932) S. 280 bis 299.
- Hellmuth, H.: Die Staatsaufsicht im Rahmen der bayerischen Kirchengemeindeordnung, in: Arch. d. öff. Rechts, 31. Bd. 1913, S. 556—563.
- : Das Rechtsinstitut der kirchlichen Stiftungsverbände in Bayern, in: Arch. d. öff. Rechts 1914, Bd. 32, S. 193—231.
- Helmreich, Karl—Rock, Kurt: Handausgabe der bayer. Gemeindeordnung, 5. Aufl. München und Würzburg 1924.
- Hofmann, August: Das Recht der Religionsgesellschaften in Bayern, Nachtrag zum Handbuch der inneren Verwaltung für Bayern von v. Henle, Abschnitt V (Religionsangelegenheiten). 2. Aufl. München 1929.
- Hohenlohe, Konstantin: Grundlegende Fragen des Kirchenrechts, Wien 1931.
- Holböck, Carl: Handbuch des Kirchenrechts, 2 Bde., Innsbruck und Wien 1951.
- Hoegner, Wilhelm: Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechts, München 1949.
- Huber, Ernst Rudolf: Die Garantie der kirchlichen Vermögensrechte in der Weimarer Verfassung, Tübingen 1927.
- Jahn, Heinrich v.: Die Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern vom 14. August 1919, Kommentar, München, Berlin und Leipzig 1927.
- Jone, P. Heribert: Gesetzbuch der lateinischen Kirche, 3 Bde., Paderborn 1950 1952, 1953.
- Kadner, Bruno: Die rechtliche Stellung der Kirchenverwaltung in der evang.-luther. Landeskirche in Bayern r. d. Rhs., Dissertation, Erlangen 1928.
- Kahl, Wilhelm: Grundriß zu den Vorlesungen über Kirchen- und Eherecht, 2. Ausgabe, Guben 1901.
- Kahr, Gustav v.: Bayerische Gemeindeordnung, 2. Bd., München 1896 u. 1898.
- Kern, Eduard: Staat und Kirche in der Gegenwart, Hamburg, Berlin, Bonn 1951.
- Koeniger, Albert M.—Giese, Friedrich: Grundzüge des katholischen Kirchenrechts und des Staatskirchenrechts, 3. Aufl. Bonn, Augsburg, Frankfurt/M., Mainz 1949.
- Kratzer, Jakob: Die Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern vom 14. August 1919, Kommentar, München, Berlin und Leipzig 1925.
- Kress, Joseph: Ist der bayerische Staat zu den Leistungen an die Seelsorgegeistlichkeit rechtlich verpflichtet? München 1930.
- Lammeyer, Joseph: Die juristischen Personen der katholischen Kirche, Paderborn 1929.
- Langheinrich, Ernst: Kirchengemeindeordnung für das Königreich Bayern, Kommentar, München, Berlin und Leipzig 1914.
- Lehmann, Heinrich: Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches, 9. Aufl. Berlin 1955.
- Liermann, Hans: Deutsches Evangelisches Kirchenrecht, Stuttgart 1933.
- : Mündliches Rechtsgutachten zum Stiftungsgesetz, erstattet am 23. September 1954 vor dem Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen des Bayer. Landtags, in: Drucksachen des Bayer. Landtags der IV. Tagung 1953/54, Bd. VII: Protokoll über die 238. Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen vom 23. September 1954.
- : Die Staatsaufsicht über Stiftungen, ihre Aufgaben und ihre Grenzen, Referat, gehalten auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wohltätigkeits-, Erziehungs- und Kultusstiftungen in Frankfurt/M. am 28. November 1951, in: Blätter der Wohlfahrtspflege in Württemberg-Baden, 99. Jahrgang, Heft Nr. 2, Februar 1952, S. 36 ff.
- : Kirchen und Staat, 2 Bde., München 1954, 1955.
- : Der Entwurf des bayer. Stiftungsgesetzes und das deutsche Stiftungswesen, in: Blätter der Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg, 100. Jahrgang, März 1953, Heft Nr. 3.
- Lilienthal, A.: Die Staatsaufsicht über die Religionsgesellschaften nach Art. 137 der Reichsverfassung, Berlin 1925.

- Löhr, Joseph: Ist eine staatliche Kirchenhoheit und eine besondere Staatsaufsicht über die Kirche mit der Deutschen Reichsverfassung vereinbar? Paderborn 1927.
- Mangoldt, Hermann v.: Das Bonner Grundgesetz, Kommentar, Berlin und Frankfurt/M. 1953.
- Masson, Christoph: Gemeinde und Stiftungsrecht, Das Recht der örtlichen Stiftungen in Bayern, in: Vorschriftensammlung für die bayerische Gemeindeverwaltung, München Oktober 1955, Heft 340.
- Meurer, Christian: Kirchenstiftung und Kirchengemeinde, München und Berlin 1910.
- : Bayerisches Kirchenvermögensrecht, 3 Bde. 1. Bd.: Bayerisches Kirchenstiftungsrecht, Stuttgart 1899.
2. Bd.: Bayerisches Pfründerecht, Stuttgart 1901.
3. Bd.: Die Rechtsfähigkeit und Baulast auf dem Gebiet der Kirche in Bayern, Stuttgart 1919.
- Mitterwieser, Alois: Geschichte der Stiftungen und des Stiftungsrechts in Bayern, München 1907.
- Nawiascky, Hans—Leusser, Claus: Die Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946, Handkommentar, München/Berlin 1948.
- Piloty, Robert: Die Verfassungsurkunde des Königreichs Bayern, Kommentar, 2. Aufl., München 1907.
- Reinhard, August: Die Kirchenhoheitsrechte des Königs von Bayern, München 1884.
- Rieder, Hans: Staat und Kirche nach modernem Verfassungsrecht, Berlin 1928.
- Roedel, August: Das bayerische Kirchenrecht, München 1930.
- Scharnagl, Anton: Das neue bayerische Stiftungsgesetz, Juristische Beilage zum Klerusblatt Nr. 7, München 1955.
- : Das Stiftungsgesetz, Referat, in: Klerusblatt Nr. 23, München 1953, S. 372 ff.
- Schilling, Friedrich: Die verschiedene länderrrechtliche Auslegung des Art. 137 der Reichsverfassung auf dem Gebiete der kirchlichen Vermögensverwaltung, Dissertation, Erlangen 1932.
- Schmitt, Josef: Kirchliche Selbstverwaltung im Rahmen der Reichsverfassung, Paderborn 1926.
- Schröcker Sebastian: Die Verwaltung des Ortskirchenvermögens nach kirchlichem und staatlichem Recht, Paderborn 1935.
- Seitz, Anton, Alfred: Die Ortskirchen- und Steuerverbandsvertretungen der katholischen Kirche des rechtsrh. Bayerns, Dissertation, Würzburg 1934.
- Singer, Johann B.: Das neue bayerische Stiftungsgesetz vom 26. November 1954 in seiner Auswirkung auf die kirchliche Verwaltung, Juristische Beilage zum Klerusblatt Nr. 17, München 1955.
- Smend, Rudolf: Staat und Kirche nach dem Bonner Grundgesetz in: Zeitschrift für Evangelisches Kirchenrecht, 1. Bd., Tübingen 1951.
- Süsterhenn, Adolf—Schäfer, Hans: Kommentar der Verfassung für Rheinland-Pfalz 1950.
- Vischer, Gustav-Adolf: Aufbau und Organisation der evangel.-luth. Kirche in Bayern, München 1948.
- : Die staatskirchenrechtlichen Auswirkungen des neuen bayerischen Stiftungsrechts, in: Bayer. Verwaltungsblätter, Zeitschrift für öffentl. Recht und öffentl. Verwaltung, München 1955, Heft 5.
- : Staatsaufsicht ohne Ende? in: Zeitschrift für Evangelisches Kirchenrecht, 1951, S. 163 f.
- Wenner, Joseph: Kirchliches Vermögensrecht, 2. Aufl. Paderborn 1936.
- Weber, Werner u. Peters, Hans: Die Gegenwartslage des Staatskirchenrechts, 2 Berichte in den Verhandlungen der Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer zu Marburg am 16. und 17. Oktober 1952, in: Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer, Heft 11, Berlin 1954, S. 153 ff.

1956-170